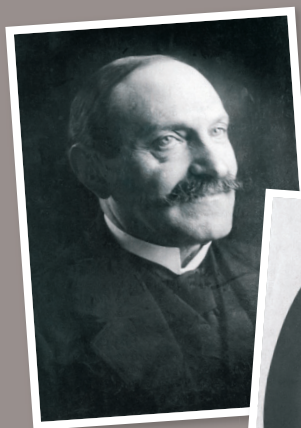




Jacob Hirsch (Hrsg.)

Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung

Porträts – Debatten – Motive

Jacob Hirsch (Hrsg.)

Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung Porträts – Debatten – Motive

Beiträge aus dem
Archiv der sozialen Demokratie
Heft 18

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

IMPRESSUM

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke

Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

public.history@fes.de

<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

© 2023 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:

Philipp Kufferath

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Maya Hässig, Köln

Bildnachweise (Umschlag):

Vorderseite oben: Hugo Haase, ca. 1917 (Quelle: AdsD, 6/FOTA006655; Rechte: AdsD), Jakob Altmaier, 1960 (Quelle: AdsD, 6/FOTA015620; Rechte: AdsD), Jeanette Wolff, 1950 (Quelle: AdsD, 6/FOTA127488; Rechte: AdsD). Vorderseite unten: Rosa Luxemburg, ca. 1910 (Quelle: AdsD, 6/FOTA007538; Rechte: AdsD); Paul Singer, ca. 1905 (Quelle: AdsD, 6/FOTA009119; gemeinfrei), Ludwig Rosenberg, ca. 1968 (Quelle: AdsD, 6/FJHD012295; Rechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung). Rückseite: Toni Sender, Gerhart Seger und Siegfried Aufhäuser bei einer Demonstration in den USA gegen die Aufführung des Films „Sieg im Westen“, 1.7.1940 (Quelle: AdsD, 6/FOTA033561; Rechte: AdsD).

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2023

ISBN 978-3-98628-261-5

ISSN 1431-6080

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung (Jacob Hirsch).....	5
2. Jüdische Perspektiven nach 1848	9
Weder Gehilfe noch Gegner von Karl Marx – Stephan Born, der pragmatische Organisator von 1848 (Jürgen Schmidt)	11
Paul Singer – »Nicht, wer ist der Mann, sondern: wie ist der Mann?« (Ursula Reuter).....	17
Paul Nathan – Demokratie und Menschenrechte als Pfeiler moderner Sozialpolitik (David Hamann)	23
Sechs Gesichter deutsch-jüdischer Sozialisten vor dem Zweiten Weltkrieg (Yuval Rubovitch)	29
3. Revolution 1918 und Weimarer Republik	35
Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der November- revolution 1918 (Frank Jacob).....	37
Die innerparteiliche Spaltung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und ihre jüdischen Akteure 1916–1922 (Yuval Rubovitch)	44
Hugo Sinzheimer und die soziale Gerechtigkeit (Abraham de Wolf).....	49
Hugo Haase und Paul Levi – Über die Kritik am Weltkrieg und den Kampf für eine solidarische Gesellschaft (Thilo Scholle)	55
Die Sozialdemokratie als jüdischer Emanzipationsraum (Christian Dietrich)...	63
Elias Laub – Ein Verleger zwischen osteuropäisch-jüdischer und deutscher Arbeiterbewegung (Stefan Braun)	68
»Frei Heil« und Davidstern – Jüdische Arbeitersportvereine 1919–1933 (Yuval Rubovitch)	75
Antisemitismus auf Anfrage – Die »Ostjudendebatte« des preußischen Landtages im November 1922 (Ralf Hoffrogge).....	84

»Doppelt verfolgt«: Im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit – Schicksale jüdischer Sozialdemokraten in der NS-Zeit (Peter Beule).....	91
Rosi Wolfstein-Frölich – Eine Jüdin auf dem Weg von der Sozialdemokratie zum Kommunismus und wieder zurück? (Riccardo Altieri).....	97
»Jüdinnen und Juden in der Arbeiterbewegung Thüringens« – Ergebnisse einer Ausstellung (Uwe Roßbach/Judy Slivi)	103
4. Jüdische Perspektiven nach 1945	111
Jakob Altmaier – Vermittler und Wegbereiter der Wiedergutmachung (Kristina Meyer).....	113
Die Probleme Israels mitgelebt – Ludwig Rosenberg und Israel (Frank Ahland).....	120
Fritz Lamm – Sozialismus als Heimat (Maria Daldrup).....	125
Siegfried Aufhäuser – Ein jüdischer Fabrikantensohn bewegt die Angestellten (Gunter Lange).....	131
Jeanette Wolff – Mit »Bibel und Bebel« für Gerechtigkeit und Demokratie (Bernd Faulenbach).....	138
Toni Sender – Jüdin, Gewerkschafterin und Sozialdemokratin (Gisela Notz)	146
Antisemitismus im antifaschistischen Arbeiterstaat (Julius Övermeyer)	153
5. Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	161

IMPRESSUM

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke

Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

public.history@fes.de

<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

© 2023 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:

Philipp Kufferath

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Maya Hässig, Köln

Bildnachweise (Umschlag):

Vorderseite oben: Hugo Haase, ca. 1917 (Quelle: AdsD, 6/FOTA006655; Rechte: AdsD), Jakob Altmaier, 1960 (Quelle: AdsD, 6/FOTA015620; Rechte: AdsD), Jeanette Wolff, 1950 (Quelle: AdsD, 6/FOTA127488; Rechte: AdsD). Vorderseite unten: Rosa Luxemburg, ca. 1910 (Quelle: AdsD, 6/FOTA007538; Rechte: AdsD); Paul Singer, ca. 1905 (Quelle: AdsD, 6/FOTA009119; gemeinfrei), Ludwig Rosenberg, ca. 1968 (Quelle: AdsD, 6/FJHD012295; Rechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung). Rückseite: Toni Sender, Gerhart Seger und Siegfried Aufhäuser bei einer Demonstration in den USA gegen die Aufführung des Films „Sieg im Westen“, 1.7.1940 (Quelle: AdsD, 6/FOTA033561; Rechte: AdsD).

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2023

ISBN 978-3-98628-261-5

ISSN 1431-6080

Jacob Hirsch

1. Einleitung

Jüdische Menschen und die deutsche Arbeiterbewegung – was verbindet beide miteinander? Die Erklärung, die sich nicht unmittelbar erschließen mag, bedarf einiger Vorüberlegungen, auch wenn das Engagement von Jüdinnen und Juden innerhalb der Arbeiterbewegung letztlich individuell über die Motive einer jeden einzelnen Person zustande kommt.

Zunächst sollte erwähnt sein, dass es sich im Folgenden nicht um eine religiöse Auslegung handelt. Zwar existieren Überlegungen, die bereits einen Zusammenhang zwischen Judentum und der Arbeiterbewegung beispielsweise in der jüdischen Wirtschafts- und Sozialethik sehen und die durch Einzelbeispiele durchaus plausibel erscheinen.¹ Dies trifft jedoch nur bedingt auf den Großteil der jüdischen Menschen in der Sozialdemokratie zu, haben doch viele mehr oder weniger mit der jüdischen Tradition gebrochen oder sich weitgehend an die Mehrheitsgesellschaft assimiliert.

Nicht denkbar ist die Kohäsion von jüdischen Menschen und der Arbeiterbewegung allerdings ohne die Diskriminierungen, denen Jüdinnen und Juden nicht erst seit der Neuzeit ausgesetzt waren. Während sie dem religiös begründeten Antijudaismus durch Übertreten zum Christentum entkommen konnten, funktionierte diese Form der Assimilation nicht mehr im sogenannten Rassenantisemitismus des 19. Jahrhundert.² Als sich bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein großer Teil der deutschen Jüdinnen und Juden in der bürgerlichen Mittelschicht etabliert hatte³ – anders als es teilweise in Osteuropa oder den USA gesche-

1 Vgl. *Gunter Lange*, Jeanette Wolff. 1888 bis 1976. Eine Biographie, Bonn 1988, S. 126–135; vgl. auch die Beiträge von Abraham de Wolf und Bernd Faulenbach in diesem Band.

2 Vgl. *Volker Losemann*, Rassenideologien und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Wolfgang Benz/Werner Bergmann* (Hrsg.), Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg im Breisgau u. a. 1997, S. 304–337.

3 Vgl. *Kirsten Heinsohn*, Juden in der Weimarer Republik, in: *Arno Herzig/Cay Rademacher* (Hrsg.), Die Geschichte der Juden in Deutschland, Hamburg 2007, S. 170–179, hier: S. 174. Regional gab es jedoch auch jüdische Industrieproletariate, beispielsweise in Berlin oder im Ruhrgebiet. Vgl.

hen ist –, erlebte der Antisemitismus einen weiteren Aufschwung. Der moderne Antisemitismus, der mit Vorstellungen von jüdischer Macht argumentierte,⁴ schloss dabei direkt an bisher vorherrschende antisemitische Ressentiments an und fungierte darüber hinaus auch als politisches Programm: Die antisemitische Bewegung richtete sich inhaltlich nicht nur gegen Jüdinnen und Juden, sondern auch gegen alle Entwicklungen, die zu einer jüdischen Emanzipation führten. Sie war damit „die erste große Gegenbewegung gegen die moderne Gesellschaft“.⁵

So mag es im Kontrast dazu wenig verwundern, dass im Wahlkampf vor allem die bürgerlich-liberalen Parteien die jüdische Wählerschaft ansprachen. Das Aufkommen der Sozialdemokratie bot dagegen einen geeigneten Raum für Jüdinnen und Juden, um selbst politisch in Aktion zu treten, positionierte sich die Bewegung doch inhaltlich in völliger Opposition zu den völkisch-nationalen Kräften in der Gesellschaft. Insofern stellte sie auch einen Gegenentwurf zum grassierenden Antisemitismus dar. Als religiös indifferent ausgerichtete Bewegung war eine jüdische Herkunft hier nicht von Relevanz. Umso deutlicher zeichnet sich der überproportionale Anteil an jüdischen Personen ab, die von Beginn an politische Schlüsselpositionen in der deutschen Arbeiterbewegung eingenommen hatten und zum Teil erheblich zu ihrem Aufstieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beitrugen. Wohingegen Jüdinnen und Juden milieubedingt also weniger zur sozialdemokratischen Wählerschaft zählten, waren beispielsweise unter den SPD-Reichstagsabgeordneten vor 1914 etwa zehn Prozent jüdisch.⁶

Die Motive, sich als Jude oder Jüdin der Sozialdemokratie anzuschließen, waren dabei divers und wichen individuell voneinander ab. Während sich die einen als Arbeiter, Angestellte oder über die Gewerkschaften anschlossen, näherten sich

Moshe Zimmermann, Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997, S. 97; *Ludger Heid*, Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923, Hildesheim 1995.

4 Das bekannteste Beispiel ist hier die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung. Vgl. beispielsweise *Eva Horn/Michael Hagemeyer* (Hrsg.), Die Fiktion der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der »Protokolle der Weisen von Zion«, Göttingen 2012.

5 *Reinhard Rürup*, Judenemanzipation und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, in: *Benz/Bergmann*, Vorurteil und Völkermord, S. 117–158, hier: S. 119.

6 *Ulrich Sieg*, Das Judentum im Kaiserreich (1871–1918), in: *Herzig/Rademacher*, Die Geschichte der Juden in Deutschland, S. 122–137, hier: S. 127. Arno Herzig geht sogar von einer dauerhaften Zahl jüdischer Abgeordneter zwischen acht und zwölf Prozent aus, vgl. *Arno Herzig*, 1815–1933: Emanzipation und Akkulturation, in: Informationen zur Politischen Bildung Nr. 307, 2012, URL: <www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/7674/1815-1933-emanzipation-und-akkulturation/> [28.10.2022].

andere eher aus dem linksliberalen Spektrum. Wiederum andere waren bereits über ihr (familiäres) Umfeld sozialistisch geprägt. Die in diesem Band erwähnten Personen sollen daher exemplarisch für die innerjüdische Diversität stehen und dabei die Verbindung deutlich machen, die zwischen Arbeiterbewegung und jüdischen Individuen bestand und teils noch immer besteht.

Aber wer gilt in dieser Betrachtung überhaupt als jüdisch, wo doch so viele ihre Herkunft nicht als Identifikationspunkt betrachteten, manche gar zum Christentum konvertierten? Bei den Personen, die das Judentum aktiv praktizierten, stellt sich diese Frage gar nicht erst. Für alle anderen gilt, dass sie entweder an einem Punkt ihres Lebens eine jüdische Sozialisation erfahren haben und/oder unmittelbar als Jüdinnen und Juden von Antisemitismus betroffen waren.⁷

Zeitlich lassen sich die Wirkungsräume der hier betrachteten Personen und Debatten in drei Epochen einteilen: die erste Kohorte um das Revolutionsjahr 1848, die Zweite an das Ende des Ersten Weltkrieges und der Revolution 1918/19. Die Dritte sah sich dem Terror der Nationalsozialisten ausgesetzt und war nach der Shoah politisch aktiv. Damit ist auch ein wichtiges Anliegen des vorliegenden Sammelbands formuliert, nämlich Jüdinnen und Juden nicht nur passiv und ex negativo aus einer Opferperspektive antisemitischer Diskriminierung darzustellen, sondern ebenfalls zu demonstrieren, welche aktive und konstruktive Rolle sie in Prozessen hin zu einer liberalen Demokratie in Deutschland gespielt haben.

Auch das Jubiläumsjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, das 2022/23 stattgefunden hat, sollte ein positiveres Narrativ stärken. Das Archiv der sozialen Demokratie möchte mit diesem Band, der in überarbeiteter Form aus einer Online-Blogserie hervorgegangen ist,⁸ einen Beitrag dazu leisten. An dieser Stelle sei Anja Kruke, Ursula Bitzegeio, Philipp Kufferath und Mascha Schlomm herzlich gedankt, ohne die weder der Blog noch diese Publikation zustande gekommen wären.

Was verbindet jüdische Menschen nun mit der Arbeiterbewegung? Die folgenden Beiträge, die sowohl Biografien als auch Debatten umfassen, orientieren sich

⁷ Es ist anzumerken, dass alle erwähnten Personen aus jüdischen Familien stammen und nach dem jüdischen Recht, der Halacha, als jüdisch gelten.

⁸ URL: <www.fes.de/feshistory/juedische-menschen-in-der-arbeiter-innenbewegung> [27.10.2022].

an dieser Fragestellung. Gleichzeitig soll damit aber auch an die erwähnten Personen erinnert und eine weitergehende Beschäftigung mit dem Themenbereich angeregt werden, auch über die prominenten Protagonisten hinaus.

2. Jüdische Perspektiven nach 1848

Weder Gehilfe noch Gegner von Karl Marx – Stephan Born, der pragmatische Organisator von 1848

Jürgen Schmidt

Mit Karl Marx und Ferdinand Lassalle hatten zwei bedeutende Vertreter der sozialistischen Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts einen jüdischen Familienhintergrund (im Fall Marx konvertiert). Doch auch Stephan Born, zentraler Organisator der »Arbeiterverbrüderung« im Revolutionsjahr 1848, gehörte zu jenen Menschen, die sich in und für die sozialen und demokratischen Bewegungen engagierten und aus einem jüdischen Elternhaus stammten.

Herkunft und Ausbildung

Geboren als Simon Buttermilch 1824 in Polnisch-Lissa (heute Leszno) in der preußischen Provinz Posen, konvertierte Born 1860 zum Protestantismus. Ist es angemessen, in einer Reihe über Juden und Jüdinnen in der Arbeiterbewegung über jemanden zu schreiben, der in seiner rund 150 Seiten starken Autobiografie nicht ein einziges Mal die Worte *Jude*, *Judentum* oder *jüdisch* gebrauchte, geschweige denn seine Konversion und seinen Namenswechsel thematisierte?¹ Doch, wie viele Beispiele dieser Reihe zeigen, war das ein häufig wiederkehrendes Muster: Man streifte sein Judentum ab, entweder indem man konvertierte oder/und sich von der Religion als Deutungs- und Identifikationsrahmen löste.

Stephan Borns Abkehr vom Judentum lässt sich vermutlich aus seinem familiären Hintergrund erklären, denn bereits seine Eltern wandten sich dem Reformjudentum zu. In Leszno lebte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine starke jüdische Minderheit, die rund 40 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Im jüdischen Viertel gab es seit 1799 eine Synagoge, vermutlich die älteste Synagoge Großpolens, aus deren Talmudschule bedeutende Rabbiner hervorgingen. Aus Leszno stammte auch Leo Baeck, dessen Vater dort bereits als Rabbiner und

¹ Vgl. *Stephan Born*, *Erinnerungen eines Achtundvierzigers* (1898), Berlin/Bonn 1978.

Religionslehrer tätig war.² Die Familie Buttermilch löste sich jedoch von traditionell-rabbinischen Anschauungen. Allerdings erfolgte noch keine Abkehr von der jüdischen Religion, sondern eine Ausrichtung auf das Reformjudentum. Stephan Borns Vater Meir Buttermilch schickte seine Söhne auf das Gymnasium; dem ältesten ermöglichte er ein Medizinstudium. Leidtragender dieser Entscheidung war allerdings Stephan, da der Maklerfamilie nun das Schulgeld fehlte, um ihm weiterhin den Besuch des Gymnasiums zu ermöglichen. Stattdessen absolvierte Stephan ab 1840 in Berlin eine Lehre zum Buchdrucker – eine Ausbildung, die er sich selbst gewünscht hatte. In diesen Zeitraum fällt auch der Namenswechsel zu »Born«, den neben Stephan und seinen Brüdern auch Meir Buttermilch wählte; allerdings gab nur Stephan sich auch einen neuen Vornamen. Die Konversion zum Protestantismus erfolgte bei Stephan Born vermutlich erst im Jahr 1860 bei seiner Heirat mit Friederike Julie Agnes Temme, der Tochter eines in die Schweiz emigrierten preußischen Juristen.³

Der Jugendliche und junge Erwachsene Stephan Born war ehrgeizig und bildungsbeflissen. Er absolvierte seine Lehrzeit und strebte doch mehr im Leben an. So suchte er Berliner Bibliotheken auf, nahm in seiner Mittagspause an Vorlesungen an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin teil, ging ins Theater, versuchte sich an ersten schriftstellerischen Arbeiten und trat dem »Berliner Handwerkerverein« in der Sophienstraße bei, »eine Bildungsstätte für heranwachsende Revolutionäre«, wie er in der autobiografischen Rückschau den Verein charakterisierte.⁴

Wie sehr sich Born schon in dieser frühen Zeit mit der sozialen Frage beschäftigte, zeigt die von ihm anonym veröffentlichte Broschüre über den »Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen«. Darin wandte er sich gegen ein von oben eingesetztes, patriarchales Unterstützungswesen. Stattdessen sollte ein emanzipatorischer Reformprozess angestoßen werden. Aus eigener Kraft und durch Ver-

2 Vgl. *Gesine Schmidt*, Jüdisches Leben in Lissa/Leszno. Das Schicksal der Familien Metz und Sachs aus der Provinz Posen, Berlin 2018.

3 Vgl. *Walter Grab*, Stephan Born. Organisator der deutschen Arbeiterschaft in der Revolution von 1848, in: *Ludger Heid/Arnold Paucker* (Hrsg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, London u. a. 1992, S. 19–34, hier: S. 32 f.

4 *Born*, Erinnerungen, S. 15.

einigung sollte sich die Arbeiterschaft von »Rohheit und Unkultur« befreien und »Gerechtigkeit (...) ohne Blutvergießen« erlangen.⁵

»Arbeiterverbrüderung« und Revolution von 1848

Gedanklich so ausgerüstet, ist es kein Wunder, dass Born auf seiner Gesellenwanderschaft zu den Hotspots westeuropäischer Demokratiebewegungen in Leipzig, Brüssel und Paris wanderte. Er bewegte sich in einem Umfeld, in dem ihm Menschen wie Robert Blum und Friedrich Engels begegneten. Born wurde Mitglied des »Bundes der Gerechten«, der sich später in »Bund der Kommunisten« umbenannte. Engels jedenfalls war von dem jungen Buchdrucker angetan, sah in ihm aber auch einen noch formbaren Propagandisten des »Bundes der Kommunisten«: »Pauke ihn noch etwas ein«, schrieb Engels an Karl Marx im Oktober 1847, »wenn er [Born] [nach Brüssel] hinkommt; der Kerl ist von allen für unsre Sachen am zugänglichsten und wird auch in London gute Dienste leisten, wenn er noch etwas präpariert wird.«⁶

Stephan Born machte seine Sache in London beim zweiten Kongress des »Bundes der Kommunisten« ohne Frage sehr gut, noch dazu, da mit ihm »die Deutschen durch einen Arbeiter repräsentiert sind«, wie Engels feststellte.⁷ Doch schon wenige Monate später mussten Marx und Engels feststellen, dass Born seine eigenen Vorstellungen von der Lösung der sozialen Frage und sozialer Konflikte hatte. Bereits im Vorfeld als auch in der Revolution selbst hatten sich zahlreiche Handwerker- und Arbeitervereine gegründet, teils noch in der Tradition der Gesellenvereine, teils sich aus ihnen lösend. Born erkannte das Potenzial dieser Selbstorganisation für den Emanzipationsprozess der Arbeiterschaft. Nach seiner Ansicht brauchte es nicht den blutigen (Klassen-)Kampf. Reformen waren nach seinem Verständnis der erfolgversprechendere Weg, der nach seiner Auffassung auch näher an den Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft zu liegen schien.⁸

5 *Stephan Born*, Der Verein zur Hebung der arbeitenden Klassen und die Volksstimmen über ihn, Leipzig 1845, S. 21.

6 *Friedrich Engels an Karl Marx*, 25./26. Oktober 1847, in: *dies.*, Werke (MEW), (Ost-)Berlin 1963, Bd. 27, S. 98.

7 *Friedrich Engels an Karl Marx*, 23./24. November 1847, in: *ebd.*, S. 107.

8 Vgl. *Jürgen Schmidt*, Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870, Teil I und II, Bonn 2018.

Als Netzwerker gelang es Born Ende August/Anfang September 1848 mit weiteren Mitstreitern auf einem Kongress, die »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« ins Leben zu rufen. Organisatorisch war die »Arbeiterverbrüderung« mit einer Zentrale in Leipzig ausgestattet, die über Bezirks- und Lokalkomitees über alle deutschen Staaten vernetzt sein sollte.⁹ Rund 170 Vereine mit insgesamt etwa 15.000 Mitgliedern gehörten ihr an. Sozialpolitisch ging es um die Stärkung der Selbsthilfe der Arbeiter durch selbstorganisierte Arbeitsbüros. Die Produktion sollte gemeinschaftlich in Produktivgenossenschaften erfolgen. Politisch forderte die »Arbeiterverbrüderung« das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer. Ein laizistisches Schulsystem und die Abschaffung von Schulgeld lassen zumindest noch indirekt etwas von Stephan Borns Herkunft und dem Abbruch seiner Schullaufbahn erahnen.

Politische oder soziale Revolution?

In der Rückschau hat Stephan Born sich mit Verweis auf die Gründung der »Arbeiterverbrüderung« von seinen ursprünglichen kommunistischen Überzeugungen klar abgesetzt:

»Weggewischt waren für mich mit einem Male alle kommunistischen Gedanken, sie standen mit dem, was die Gegenwart forderte, in gar keinem Zusammenhang. Man hätte mich ausgelacht oder bemitleidet, hätte ich mich als Kommunisten gegeben.«¹⁰

Doch Stephan Born konstruierte hier in der Rückschau einen Zwiespalt, der sich auch später in der historischen Forschung im Ost-West-Systemkonflikt halten sollte: hier die Kommunisten, dort die Sozialreformer in der 1848er-Revolution. Doch das Umfeld von Stephan Borns »Arbeiterverbrüderung« und den kommunistischen Vereinen um Karl Marx und Friedrich Engels gestaltete sich wesentlich verschlungener, als es diese Dichotomie-Bildung wahrhaben will.

Beispielweise polemisierte Born 1848 in der Zeitung »Das Volk«, die das Zentralkomitee der »Arbeiterverbrüderung« herausgab, einerseits gegen den existierenden Klassenstaat. Er sei »die Organisation der herrschenden Klasse zur Unter-

9 Vgl. *Wilhelm Friedensburg*, Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiter-Kongreß (1840–September 1848), Leipzig 1923, S. 60 ff.

10 *Born*, Erinnerungen, S. 55.

drückung der schwächeren« sowie »die Organisation der Kapitalisten zur Ausbeutung der Arbeiter«. Das war mehr als wahlverwandt mit Anschauungen, die in den kommunistischen Gruppen vorherrschten. Zudem hoffte Born auf die politische Revolution zur Durchsetzung der Demokratie – und mit »dem Sturze der Monarchie stürzt sonach auch das Kapital«. ¹¹

Doch andererseits lehnte Born eine »soziale Revolution« ab. Hier vertraute er vielmehr auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation der Arbeiterschaft. Die zu gründenden Produktivassoziationen sollten dazu dienen, dass die »so organisierten Arbeiter sich selbst ein Kapital anschaffen«, um »dem Kapital seine erdrückende Macht« zu nehmen. ¹² So blieb bei Stephan Born das Verhältnis zum Kapital und zur Revolution merkwürdig ambivalent. Born entfernte sich dabei einerseits von grundlegenden Umsturzhoffnungen eines »Kommunistischen Manifests«, ohne sich mit einem seichten Reformismus zufrieden zu geben.

Dieses ideologische wie organisatorische Beziehungsgeflecht zwischen beiden Richtungen der Arbeiterbewegung erklärt darüber hinaus, dass die Akteure sich nicht einfach entlang einer klassenkämpferischen Revolutionspartei hier und einer sozialdemokratischen Reformpartei spalteten. Als sich längst abzeichnete, dass Born eigene Ideen verfolgte, stand er noch in engem Kontakt mit Marx. Die Situation war zwischen 1848 und 1850 noch zu sehr im Fluss, um daraus aus der Rückschau jene bipolare Zuspitzung zwischen Reform- und Revolutionspartei zu konstruieren, die so lange die Forschung prägte. Der Gegensatz war erkennbar, aber nicht unüberbrückbar. Schließlich war Stephan Born auch keineswegs nur der fähige Kongressorganisator oder Sozialreformer, sondern beteiligte sich 1849 aktiv an der sogenannten Dresdner Mairevolution.

Emigration und Rückzug aus der Politik

Nach 1849 ging Stephan Born ins Exil in die Schweiz. Die politische Bühne betrat er nicht mehr. Zunächst gründete er eine eigene Druckerei, die er offensichtlich erfolgreich leitete und gewinnbringend verkaufte, denn danach nahm er seinen vor der Revolution abgebrochenen Bildungsweg wieder auf. Er studierte,

¹¹ Das Volk, Nr. 16 vom 8. Juli 1848, S. 61.

¹² Zit. nach Hartmut Zwahr, Städtische Unterschichten, in: Christof Dipper/Ulrich Speck (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main/Leipzig 1998, S. 248–261, hier: S. 260.

wurde Lehrer, Journalist und Redakteur. An der Universität Basel schrieb er seine Habilitation über »Die romantische Schule in Deutschland und Frankreich«. Mit dem Kommunismus hatte der Exilant Born nichts mehr zu tun. Aber er blieb, wie Walter Grab es in einem biografischen Beitrag schrieb, »den Idealen des politischen Fortschritts und der sozialen Reformen treu«.¹³ Mit der Gründung der »Arbeiterverbrüderung« als einer überregional agierenden Arbeiterbewegung im Namen von Sozial-, Bildungs- und Politikreform hat er einen wichtigen Beitrag für die deutsche Arbeiterbewegung geleistet. Seine jüdische Herkunft spielte dabei wohl kaum eine Rolle, seine Erfahrung als ein von Entfaltungsmöglichkeiten und Bildung (zunächst) Ausgeschlossener umso mehr.

Literatur

Born, Stephan, Der Verein zur Hebung der arbeitenden Klassen und die Volksstimmen über ihn, Leipzig 1845.

Born, Stephan, Erinnerungen eines Achtundvierzigers (1898), Berlin/Bonn 1978.

Friedensburg, Wilhelm, Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiter-Kongreß (1840–September 1848), Leipzig 1923.

Grab, Walter, Organisator der deutschen Arbeiterschaft in der Revolution von 1848, in: *Ludger Heid/Arnold Paucker* (Hrsg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, London u. a. 1992, S. 19–34.

Marx, Karl/Friedrich Engels, Werke (MEW), (Ost-)Berlin 1963, Bd. 27.

Schmidt, Gesine, Jüdisches Leben in Lissa/Lesznó. Das Schicksal der Familien Metz und Sachs aus der Provinz Posen, Berlin 2018.

Schmidt, Jürgen, Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870, Bonn 2018.

Zwahr, Hartmut, Städtische Unterschichten, in: *Christof Dipper/Ulrich Speck* (Hrsg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main/Leipzig 1998, S. 248–261.

¹³ Grab, Stephan Born, S. 32.

Paul Singer – »Nicht, wer ist der Mann, sondern: wie ist der Mann?«

Ursula Reuter

Paul Singer, 1844 als jüngstes Kind einer jüdischen Familie in Berlin geboren, war mehr als zwei Jahrzehnte zusammen mit August Bebel Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und eine der prägenden Figuren der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich. Heute weitgehend vergessen, wirft seine ungewöhnliche Lebensgeschichte Schlaglichter nicht nur auf die Geschichte der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, sondern allgemein auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Verwerfungen im Kaiserreich.

Am 31. Januar 1911 starb Paul Singer nach langer Krankheit im Alter von 67 Jahren in seiner Heimatstadt Berlin. Am darauffolgenden Sonntag begleiteten hunderttausende Männer und Frauen seinen Sarg zum städtischen Friedhof in Friedrichsfelde. Der Trauerzug vom Vorwärts-Haus in der Lindenstraße zum acht Kilometer entfernten Friedhof war die »größte sozialdemokratische Demonstration in Berlin, wenn nicht in Deutschland, vor dem Ersten Weltkrieg«¹ – ein Ereignis, das schon damals ganz unterschiedlich gelesen werden konnte. So schrieb Rosa Luxemburg an eine Genossin:

»Wären Sie nicht (...) verhindert gewesen, am Begräbnis Singers teilzunehmen, so hätte Ihnen jener Tag viel Mut und Glauben an unsere Sache gegeben. Es war etwas Gewaltiges an Masse und an Idealismus. Die Sozialdemokratie ist eine Macht, und sie beherrscht jetzt wirklich schon die Herzen und die Hirne enormer Massen.«²

Während die organisierten proletarischen Massen Luxemburg beeindruckten, versetzten sie die preußische Polizei in Alarmstimmung. Doch zeichnete sich Singers

¹ Thomas Lindenberger, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995, S. 313. Der Beitrag beruht auf Ursula Reuter, Paul Singer (1844–1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004.

² Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Band 4, Juli 1911 bis 1914, Ostberlin 1987, S. 23.

Beerdigung – kaum weniger beunruhigend für den Obrigkeitsstaat – auch durch die Teilnahme prominenter bürgerlicher Trauergäste wie dem Berliner Oberbürgermeister aus. Dies unterschied sie von anderen sozialdemokratischen Trauerzügen.³

Unternehmer und Sozialdemokrat

Geboren wurde Paul Singer am 16. Januar 1844 in Berlin in eine kinderreiche jüdische Familie aus dem unteren Bürgertum. Sein Vater Jacob Singer, zuletzt als Gold- und Silberhändler tätig, starb im Revolutionsjahr 1848 und ließ seine Familie in ärmlichen Verhältnissen zurück. Seit Anfang der 1850er Jahre betrieb seine Mutter Caroline Singer eine Posament- und Strumpfwarenhandlung, während die älteren Schwestern »ins Geschäft« gingen, um das Familieneinkommen aufzubessern.

Paul besuchte die Königliche Realschule, die er aber schon mit vierzehn Jahren aus finanzieller Not verlassen musste. Nach einer Lehre in einer Textilhandlung und Tätigkeiten als Handlungsgehilfe gründete er 1869 gemeinsam mit seinem älteren Bruder Heinrich eine eigene Firma, die »Damenmäntelfabrik Gebrüder Singer«. Aus eigener Kraft und ohne großes Gründungskapital gelang den Brüdern der Aufstieg zu erfolgreichen mittelständischen Unternehmern – eine beachtliche, aber in der Epoche der Reichsgründung nicht außergewöhnliche Karriere.

Der berufliche Erfolg, der sich in den 1870er Jahren einstellte, war Paul Singer, der zeitlebens unverheiratet blieb, mit seinem Bruder und einer Schwester zusammenlebte und einen bürgerlichen Lebensstil pflegte, nicht genug: Schon mit Anfang 20 erwachte sein Interesse an der Politik. Er schloss sich der demokratischen Bewegung am linken Rand des Liberalismus an. Deren Leitfigur war der jüdische Arzt und Revolutionsveteran von 1848, Johann Jacoby (1805–1877). Singer gefiel es besonders, dass Jacoby auch die immer aktueller werdende »soziale Frage« in den Blick nahm und die »wirtschaftliche Besserung des Arbeiterstands« als Voraussetzung für die gewünschte politische Umgestaltung ansah.⁴

3 Vgl. Ursula Reuter, Trauerfeiern für Parlamentarier, in: *Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), *Das Zeremoniell im Kaiserreich*, Düsseldorf 2008, S. 327–340.

4 Ursula Reuter, Die andere Fortschrittspartei – Johann Jacoby und Paul Singer, in: *Detlef Lehnert* (Hrsg.), *Sozialer Liberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Wien u. a. 2012, S. 67–81.

Bald gingen dem jungen Singer (wie dem alten Jacoby) die Bestrebungen der Liberalen und der Demokraten bei sozialen und ökonomischen Fragen nicht mehr weit genug. Dies machte ihn für neue Ideen empfänglich: Nachdem er im Mai 1868 Wilhelm Liebknecht (1826–1900) und August Bebel (1840–1913) in Berlin kennengelernt hatte, schloss er sich der Sozialdemokratie »Eisenacher Richtung« an, die mit Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 eine entscheidende Vorläuferin der SPD war. Damit stand er nicht allein: Wie Thomas Welskopp dargelegt hat, hatte die frühe Sozialdemokratie nicht wenige Unternehmer, Ärzte und Kaufleute in ihren Reihen.⁵

Allerdings bekannte sich Singer aus geschäftlichen Rücksichten nicht öffentlich zu seiner Parteimitgliedschaft. Der junge Firmengründer engagierte sich stattdessen in kaufmännischen Interessensvertretungen und im »Berliner Asylverein für Obdachlose«, einem Verein der bürgerlich-progressiven Wohlfahrtspflege. Trotz aller Diskretion war er der preußischen politischen Polizei 1879 »schon seit Jahren als verdeckter Socialist und Wohltäter bekannt«.⁶

Das Sozialistengesetz als Katalysator einer politischen Karriere

Es war das repressive »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, kurz Sozialistengesetz, das 1878 in Kraft trat und Singer dazu veranlasste, eine aktivere Rolle zu übernehmen. Da er neben seinen politischen Talenten und dem Vertrauen, das ihm Bebel und Liebknecht entgegenbrachten, auch noch über finanzielle und zeitliche Ressourcen verfügte – im Gegensatz zu seinen proletarischen Genossen –, wurde er schnell einer der wichtigsten Sozialdemokraten in der Reichshauptstadt. Er unterstützte verfolgte Genossen und ihre Familien, nutzte seine Geschäftsreisen zu politischen Gesprächen im In- und Ausland und stellte 1884 Geld für die Gründung des »Berliner Volksblatts« (dem Vorgänger des »Vorwärts«) zur Verfügung. Im selben Jahr wurde er erstmals in den Reichstag gewählt.

⁵ Vgl. *Thomas Welskopp*, *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Vormärz und Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

⁶ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C, Nr. 13101, Bl. 7; zit. nach *Reuter*, *Paul Singer*, S. 77.

Seinen ersten Wahlerfolg hatte er schon ein Jahr früher bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung errungen. Der Wahlkampf war von heftigen Auseinandersetzungen zwischen der liberalen Mehrheit und der konservativ-antisemitischen »Berliner Bewegung« des berüchtigten Hofpredigers Adolf Stöcker geprägt, deren aggressive antisemitische Stimmungsmache schon seit Ende der 1870er Jahre das politische Klima in Berlin vergiftete. Singers Kandidatur stellte für letztere eine Provokation in zweierlei Hinsicht dar: Er war kein Proletarier, sondern ein etablierter Wirtschaftsbürger, und er war Jude. Von den Berliner Genossinnen und Genossen wurde dies offensiv aufgegriffen – so formulierte ein Wahlkämpfer:

»Ich verhehle nicht, daß es gewissermaßen eine Demonstration ist, wenn wir als unseren ersten und vorzüglichsten Kandidaten einen Juden aufstellen. Wir wollen damit gleichzeitig konstatieren, daß wir keinen Rassen- und Religionsunterschied kennen und daß wir mit den Antisemiten nichts zu schaffen haben. Außerdem aber hat Herr Paul Singer bewiesen, daß er für die Arbeiter-Interessen einzutreten versteht.«⁷

Der politische Erfolg hatte einen Preis: Zum Jahresende 1887 schied Singer aus seiner Firma aus. Der konkrete Grund war eine antisemitische Hetzkampagne gegen Singer als »jüdische[n] Unternehmer« und angeblichen Ausbeuter von Berliner Arbeiterinnen.⁸ Von nun an war er einer der ganz wenigen sozialdemokratischen »Berufspolitiker«, die sich der Politik widmen konnten, ohne von ihr leben zu müssen – Diäten gab es noch nicht. Seit 1886 Mitglied, seit 1890 Vorsitzender des Fraktionsvorstands, wurde er einer der einflussreichen sozialdemokratischen Parlamentarier vor und hinter den Kulissen des Reichstags. Seit 1887 amtierte er bei fast allen Parteitag und war schließlich ab 1890 Ko-Vorsitzender der wieder legalen Partei (seit 1892 mit Bebel) sowie nicht zuletzt ein Pionier der sozialdemokratischen Kommunalpolitik.

Sozialdemokratie, Judentum und Antisemitismus

Singer war kein theoretischer Kopf, sondern ein Mann der praktischen Politik in Partei und Parlament sowie ein vor allem in Berlin sehr populärer Parteiführer von volkstümlicher Ausstrahlung. Zusammen mit Bebel gilt er als Exponent des

7 Die Post Nr. 235 vom 29.8.1883 (BLHA, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C, Nr. 15434, Bl. 368); zit. nach *Reuter*, Paul Singer, S. 95.

8 Vgl. zu der Kampagne gegen den »Mäntel-Singer« ausführlich *Reuter*, Paul Singer, S. 147–163.

sozialdemokratischen Parteimarxismus, der seine klassische Formulierung im Erfurter Parteiprogramm von 1891 fand. An der »bewährten und sieggekrönten Taktik« der SPD hielt Singer zeitlebens fest, Revisionsbedarf wie sein alter Berliner Bekannter Eduard Bernstein, der Begründer des parteiinternen »Revisionismus« sah er nicht. Für ihn war der Kampf um die politische Emanzipation der Arbeiterklasse entscheidend – für die jüdische Minderheit wünschte er eine vollständige Assimilation in einer sozialistischen Gesellschaft. Allerdings war dies noch Zukunftsmusik, und so trat er, im Gegensatz zu vielen jüdischen Genossinnen und Genossen seiner Generation, nie aus der jüdischen Gemeinde aus und begründete dies mit seinem Gefühl der Solidarität mit der angefeindeten Gruppe.

Antisemitische Anfeindungen begleiteten Singer während seines ganzen öffentlichen Lebens. Für konkrete Abwehrmaßnahmen trat er jedoch nicht ein und vertrat mit dem Parteitheoretiker Karl Kautsky die Meinung: »Neben der Auflösung des Judentums ist das revolutionäre Denken der Volksmasse das beste Gegengift gegen den Antisemitismus.«⁹ Letzterer wurde von ihm als ein hässlicher Überrest aus alten Zeiten abqualifiziert. Seine spezifische Modernität blieb ihm – wie vielen zeitgenössischen Sozialdemokraten – verborgen. Konkreten Angriffen begegnete Singer ausweichend, Hetzkampagnen in der Presse versuchte er möglichst zu ignorieren – anders als die Berliner Genossen, die 1883 seine Kandidatur als Jude so offensiv propagiert hatten.

Nicht nur in der bürgerlichen Öffentlichkeit, der liberalen bis konservativen und natürlich antisemitischen Presse, auch in der sozialdemokratischen Subkultur wurde Singers Judentum wahrgenommen und kommentiert. Doch war dies kein Hinderungsgrund für seine außergewöhnliche Karriere in einer Partei, die sich als egalitärer Gegenentwurf zur repressiven bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreichs verstand. In diesem Sinne war ihm die eigene Herkunft letztlich irrelevant, wie er 1883 bei der Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung postulierte: »Meine Kandidatur (...) gibt die Gewissheit, dass die Arbeiter auch in Zukunft die Gleichheit für alle hochhalten werden, dass sie nicht fragen, wer ist der Mann, sondern: wie ist der Mann.«¹⁰ Dass diese »Gewissheit« für nachfolgende Genera-

9 Karl Kautsky, Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage, in: Die Neue Zeit 21, 1903–1903, H. 2, S. 307.

10 Eduard Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Teil 2, Berlin 1909, S. 116 f.

tionen erneut radikal in Frage gestellt werden würde, hätte er wohl kaum für möglich gehalten.

Paul Singer starb, bevor die klassische deutsche Sozialdemokratie, deren Geschichte er drei Jahrzehnte lang an entscheidender Position mitgestaltet hatte, im Ersten Weltkrieg auseinanderbrach und das Kaiserreich durch eine Revolution beseitigt wurde. Einerseits in seiner Epoche und seinen generationellen Erfahrungen und Irrtümern verhaftet, ist andererseits sein Beharren auf sozialdemokratische Werte heute noch erstaunlich aktuell.

Literatur

Bernstein, Eduard, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Teil 2, Berlin 1909.

Kautsky, Karl, Das Massaker von Kischineff und die Judenfrage, in: *Die Neue Zeit* 21, 1902–1903, H. 2, S. 307.

Luxemburg, Rosa, Gesammelte Briefe, Band 4: Juli 1911 bis 1914, Ostberlin 1987.

Lindenberger, Thomas, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995.

Welskopp, Thomas, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Vormärz und Sozialistengesetz, Bonn 2000.

Reuter, Ursula, Die andere Fortschrittspartei – Johann Jacoby und Paul Singer, in: *Detlef Lehnert* (Hrsg.), Sozialer Liberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien u. a. 2012, S. 67–81.

Reuter, Ursula, Paul Singer (1844–1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004.

Reuter, Ursula, Trauerfeiern für Parlamentarier, in: *Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Das Zeremoniell im Kaiserreich, Düsseldorf 2008, S. 327–340.

Paul Nathan – Demokratie und Menschenrechte als Pfeiler moderner Sozialpolitik

David Hamann

Prägende Jahre in Berlin

Der in Berlin geborene Paul Nathan (1857–1927) entstammte einer verarmten deutsch-jüdischen Bankiersfamilie. Er war geprägt durch die »liberale Ära« des prosperierenden Reichsgründungsjahrzehnts und definierte sich als patriotischer, deutscher Staatsbürger. Ab 1876 studierte er an der Berliner Universität Geschichte, Volkswirtschaft, Recht, Französisch und Englisch. Als Hörer bei Heinrich von Treitschke im Jahr 1879 wurde er zum Zeitzeugen der Entstehung einer modernen Form des Antisemitismus. Seine pro-jüdische Positionierung resultierte, wie er später gegenüber dem Herausgeber des »Vorwärts« Friedrich Stampfer erwähnte, aus persönlichen Erfahrungen und praktischen Erwägungen. Er erwähnte, dass er eigentlich gänzlich »ohne jüdische Tradition« sei und sich für die Juden erst als Erwachsener interessiert habe, als er sah, »dass sie verfolgt wurden«.¹ Neben Treitschke, der den verhängnisvollen Slogan »Die Juden sind unser Unglück« erfand, trieben Anfang der 1880er Jahre die sogenannten »Radau-Antisemiten« auf den Straßen Berlins und in Preußen ihr Unwesen. Jüdische Menschen wurden auf öffentlicher Straße angefeindet, beleidigt und geschlagen, in Pommern kam es zu Pogromen, die denen im Russländischen Reich in nichts nachstanden.² Der radikale Antisemitismus der frühen 1880er Jahre wollte die liberalen Errungenschaften und die Erfolge der jüdischen Emanzipation zurückdrehen und stellte deshalb eine ganz persönliche Bedrohung für Nathans eigene, staatsbürgerliche Integrität dar. In Nathans Selbstverständnis bildeten Deutsch- und Jüdischsein keine Gegensätze, sondern eine Synthese. Die sogenannte »Juden-

1 Alfred Wiener, Paul Nathan – Darstellung und Deutung, in: ARJ Information, April 1957; vgl. *Christoph Jahr*, Paul Nathan. Publizist, Politiker und Philanthrop 1857–1927, Göttingen 2018, S. 31 ff. und S. 99.

2 Vgl. David Hamann, Ein Ticket von Brody über Berlin nach New York. Die organisierte Solidarität deutscher Juden für osteuropäische jüdische TransmigrantInnen im Krisenjahr 1881/82, Kapitel 2 (im Druck).

frage« charakterisierte er nicht, wie die meisten seiner Zeitgenossen, als Nationalitäts- oder gar Rassemerkmal, sondern als Religionszugehörigkeit oder als »Frage der sozialen Schichtung«.³

Politischer Journalist und Kämpfer gegen den Antisemitismus

Inspiziert von Eduard Lasker und mit Unterstützung seines Mentors Ludwig Bamberger gelangte der junge Nathan 1881 in die Kreise des aktiven Berliner Netzwerks linksliberaler Politiker, Journalisten und Intellektueller. Als Journalist schrieb er zunächst Artikel für die Zeitschrift »Tribüne« der linksliberalen »Sezession«, die sich 1880 von der Nationalliberalen Partei abgespalten hatte. Von 1883 bis 1908 arbeitete er, anfangs als Redakteur, später neben Theodor Barth als Mitherausgeber, bei der linksliberalen Wochenzeitschrift »Die Nation«, eine der bedeutendsten politischen Zeitungen ihrer Zeit, in der unter anderem Theodor Mommsen, Rudolf Virchow, Friedrich Naumann, Hugo Preuß, Maximilian Harden, Lujo Brentano und viele andere Persönlichkeiten von Rang und Namen publizierten.⁴ Früh entwickelte Nathan den für ihn charakteristischen journalistischen Stil, der akribische Recherchen und Wissenschaftlichkeit mit Aufklärung und einer nicht selten scharfzüngigen Ironie verband. Ein wichtiges Vorbild war ihm der Berliner Arzt und Pionier der modernen Sozialstatistiker Salomon Neumann (1819–1908). Schon Mitte der 1880er Jahre hatte Nathan sich in Berlin und darüber hinaus einen Namen als streitbarer Publizist gemacht, der als »unermüdlicher literarischer Kämpfer gegen antisemitische Tendenzlügen anscrieb«.⁵ Die pseudowissenschaftlichen Traktate und Hetzschriften der antisemitischen Bewegung beantwortete er mit gründlich recherchierten Hintergrundartikeln und »Faktenchecks«. Als einer der Ersten arbeitete Nathan die europäische Dimension des modernen Antisemitismus klar heraus. Seine Studie über den »Ritualmord« im ungarischen Tiszaeszlár gehört bis heute zu den ausführlichsten Schilderungen über die An-

3 Julius Moses, Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, Berlin/Leipzig 1907, S. 22.

4 Vgl. *Jahr*, Paul Nathan, S. 84 ff.; vgl. Detlef Lehnert, Paul Nathan (1857–1927). Ein demokratischer Sozialfortschrittler und »Die Nation«, in: ders. (Hrsg.), Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1945, Köln u. a. 2015, S. 177–204.

5 Die Neuzeit. Wochenschrift für politische, religiöse und Cultur-Interessen vom 29.6.1894, S. 265; vgl. *Jahr*, Paul Nathan, S. 99–115.

fänge der modernen antisemitischen Bewegung.⁶ Häufig nutzte Nathan sein internationales Pressenetzwerk, um – selbst stets hinter den Kulissen agierend – Kampagnen oder Lobbyarbeit zugunsten humanitärer Projekte zu initiieren oder öffentliche Solidarität mit zu Unrecht Verfolgten zu mobilisieren. So intervenierte Nathan im Jahr 1901 etwa zugunsten der Rückkehr des im Exil lebenden Eduard Bernstein.⁷

Humanist und Aktivist – Der »Hilfsverein der deutschen Juden«

1901 agierte Paul Nathan als treibende Kraft hinter der Gründung und Etablierung des »Hilfsvereins der deutschen Juden«. Der Hilfsverein war der erste professionell agierende deutsche Dachverband, der die seit den 1880er Jahren zunehmende jüdische Emigration aus Ost- und Südosteuropa in die USA und ab 1907 nach Palästina koordinierte – namentlich den Transit der Emigrierenden durch das Deutsche Reich. Diese von den Zeitgenossen als »Migrationsfürsorge« bezeichnete Arbeit lag bis zur Gründung des Hilfsvereins in den Händen lokaler Honoratioren in den Grenz- und Transitorten und war eng verwoben mit der frühen jüdischen »Abwehr« des Antisemitismus. Paul Nathan, der sich in beiden Bereichen bewegte und auskannte, organisierte als »Geschäftsführer im Ehrenamt« den Aufbau und leitete den Verein bis zu seinem Tod.⁸ Für die gute Sache legte Nathan seine ganze Energie in die Waagschale. Er war ein Meister des Schmiedens pragmatischer Allianzen, auch mit seinen Gegenspielern. Schon 1904 holte er die Zionistische Bewegung mit ins Boot, der er zwar negativ gegenüberstand, deren weitverzweigtes Netzwerk im Russländischen Reich und in Rumänien (sowie später auch in Palästina) jedoch unerlässlich für die Organisation des jüdischen Transits war.⁹ Die Mühen zahlten sich aus. Schätzungsweise 200.000 Jüdinnen

6 Vgl. *Paul Nathan*, *Der Prozess von Tisza-Eszlár. Ein antisemitisches Kulturbild*, Berlin 1892.

7 Vgl. *Jahr*, Paul Nathan, S. 130–132.

8 Vgl. *David Hamann*, *Migration organisieren – Paul Nathan und der Hilfsverein der deutschen Juden (1881–1914/18)*, in: *Kalonymos* 19, 2016, H. 2, S. 6–10; vgl. *David Hamann*, *Jüdische Selbstorganisation und Abwehrarbeit in Berlin am Beispiel ost- und südosteuropäischer jüdischer Migration (1880–1893)*, in: *Medaon* 13, 2019, H. 25, S. 1–13.

9 Vgl. *David Hamann*: »Hand in Hand« in gegenseitiger Abneigung. Zum amivalenten Verhältnis des Hilfsvereins der deutschen Juden zur zionistischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Lisa Sophie Gebhard/David Hamann* (Hrsg.), *Deutschsprachige Zionismen. Verfechter, Kritiker und Gegner, Organisationen und Medien (1890–1938)*, Berlin 2019, S. 43–58.

und Juden aus Ost- und Südosteuropa emigrierten bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs mithilfe des Hilfsvereins.¹⁰

Vom Sozialfortschrittler zum Sozialdemokraten

1899 ergänzte Paul Nathan sein vielfältiges Engagement um einen Sitz in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er bis 1919 angehörte. Stadtverordneter blieb das einzige und höchste politische Amt, das er in seinem Leben ausübte. Zusammen mit Hugo Preuß bildete er die Spitze der »sozialfortschrittlichen« Fraktion – deren wichtigster Vertreter im Reichstag war Theodor Barth, der Mitherausgeber der »Nation«. Die Sozialfortschrittler um Nathan bekannten sich zum »kommunalen Sozialliberalismus« und wiesen deutlich weniger Berührungsängste mit der Sozialdemokratie auf als Vertreter anderer liberaler Fraktionen.¹¹ Nathan war ein erklärter Gegner des Sozialistengesetzes, das er als undemokratisch und ungerecht ansah. Programmatisch gab es mit der SPD Überschneidungspunkte und pragmatische Allianzen bei Abstimmungen, etwa im Bereich der Volksbildung oder der städtischen Kinderbetreuung.¹² Zunehmend realisierte Nathan, dass progressive Fortschritte und grundlegend demokratische Reformen nicht ohne die SPD möglich waren. Dies lag, vor allem auf der Reichsebene, zu einem großen Teil an der Schwäche oder der Uneinigkeit der liberalen Parteien.

Nathans zutiefst demokratische Grundüberzeugungen deckten sich in vielen Bereichen mit denen der Sozialdemokratie. Er befürwortete das »soziale Emporkommen« der Arbeiterbevölkerung, um eine »Versöhnung und Annäherung« und schließlich die Überwindung aller Klassenunterschiede zu erreichen. Schon 1890 hatte er eine vielgelesene Schrift über die »Bestrebungen der Berliner Bau-genossenschaft« herausgegeben und darin menschenwürdiges Wohnen für die Arbeiterschaft als zentrale kommunale Aufgabe angemahnt.¹³ Jedoch war, wie bei seiner Allianz mit den Zionisten im Hilfsverein, die inhaltliche Nähe zur SPD

10 Vgl. Tabelle »Gesamteinnahmen und Ausgaben des Hilfsvereins der deutschen Juden«, in: Festschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens des Hilfsvereins der Deutschen Juden, gegründet am 28ten Mai 1901, Berlin 1926, S. 59.

11 Zit. nach Detlef Lehnert, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Hugo Preuß. Politik und Verfassung in der Weimarer Republik, Tübingen 2008, S. 1–70, hier: S. 6, Anm. 22.

12 Vgl. *Jahr*, Paul Nathan.

13 Vgl. ebd., S. 120; vgl. Paul Nathan, Die Wohnungsfrage und die Bestrebungen der Berliner Bau-genossenschaft, Berlin 1890.

mehr auf pragmatische Vernunft als auf wirkliche Zuneigung zurückzuführen. Vieles passte ihm an der SPD nicht. Besonders ambivalente Gefühle hegte er etwa gegenüber »radikalen«, orthodox-marxistisch argumentierenden Personen. Mit Begriffen wie »Klassenpolitik« und mit fruchtlosen ideologischen Grundsatzdebatten konnte er nichts anfangen. In der Weimarer Republik war Nathan 1919 Gründungsmitglied der linksliberalen DDP unter Friedrich Naumann. Ein wenig herablassend meinte er, dass nur die »Macht der Tatsachen«, die er beim politischen Linksliberalismus verortete, die »Erziehung der Sozialdemokratie« vollenden könne.¹⁴ Nur ein Jahr später sah er jedoch kaum noch politisches Potential für die schwächelnde DDP, während die Sozialdemokratie sich als Garant der demokratischen Verfassung etablierte. Als die DDP 1921 begann, mit der Deutschen Volkspartei anzubündeln, zog Nathan die Konsequenz und trat zur SPD über. Dadurch wechselte er jedoch nicht seinen politischen Glauben, wie seine liberalen Weggefährten beim »Berliner Tagesspiegel« meinten, sondern, wie Christoph Jahr treffend zusammenfasst, verlagerte er »lediglich sein Gewicht vom rechten auf den linken Fuß«.¹⁵ Nathan selbst beschrieb seinen Wechsel mit den Worten, er wolle dort wieder anknüpfen, wo er »als junger Student gestanden habe, im Lager der Sozialdemokratie«.¹⁶

Ein Demokrat aus Überzeugung

Universalistisches Denken, staatlich verbrieftes Rechts- und Chancengleichheit sowie humanitäre Prinzipientreue bildeten die Eckpfeiler von Nathans politischem Selbstverständnis. Gesellschaftlicher Fortschritt bedeutete für ihn die Überwindung sozialer und klassenbedingter Ungleichheit, die Förderung demokratischer Mitbestimmung und parlamentarischer Partizipationsprozesse, die Beseitigung von Unterdrückung und Ungerechtigkeit und die grundsätzliche, konsequente Einhaltung von Menschenrechten. Diese Grundsätze hatten stets einen höheren Stellenwert als eine Parteizugehörigkeit. Nathans sozialpolitisches Verantwortungsgefühl zeigte sich vor allem in seinen Bemühungen um Volks- und publizistische

14 Paul Nathan an Max M. Warburg vom 18.12.1919, zit. nach *Jahr*, Paul Nathan, S. 132.

15 Vgl. *Lehnert*, Paul Nathan, S. 179 f.; *Jahr*, Paul Nathan, S. 132–134, zit. S. 134; vgl. *Berliner Tageblatt* vom 5.11.1921, S. 3.

16 Paul Nathan an Paul Löbe vom 7.11.1921, in: BArch, N 2207/10, Bl. 50 f.

Bildung und Aufklärung sowie in seiner mitunter aufreibenden humanitären Arbeit im Hilfsverein der deutschen Juden.

Literatur

Hamann, David, Ein Ticket von Brody über Berlin nach New York. Die organisierte Solidarität deutscher Juden für osteuropäische jüdische TransmigrantInnen im Krisenjahr 1881/82, Kapitel 2 (im Druck).

Hamann, David, »Hand in Hand« in gegenseitiger Abneigung. Zum amivalenten Verhältnis des Hilfsvereins der deutschen Juden zur zionistischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Lisa Sophie Gebhard/David Hamann* (Hrsg.), Deutschsprachige Zionismen. Verfechter, Kritiker und Gegner, Organisationen und Medien (1890–1938), Berlin 2019, S. 43–58.

Hamann, David, Jüdische Selbstorganisation und Abwehrarbeit in Berlin am Beispiel ost- und südosteuropäischer jüdischer Migration (1880–1893), in: *Medaon* 13, 2019, H. 25, S. 1–13.

Hamann, David, Migration organisieren – Paul Nathan und der Hilfsverein der deutschen Juden (1881–1914/18), in: *Kalonymos* 19, 2016, H. 2, S. 6–10.

Jahr, Christoph, Paul Nathan. Publizist, Politiker und Philanthrop 1857–1927, Göttingen 2018.

Lehnert, Detlef, Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), Hugo Preuß. Politik und Verfassung in der Weimarer Republik, Tübingen 2008, S. 1–70.

Lehnert, Detlef, Paul Nathan (1857–1927). Ein demokratischer Sozialfortschrittler und »Die Nation«, in: *ders.* (Hrsg.), Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1945, Köln u. a. 2015.

Moses, Julius, Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, Berlin/Leipzig 1907.

Nathan, Paul, Der Prozess von Tisza-Eszlár. Ein antisemitisches Kulturbild, Berlin 1892.

Nathan, Paul, Die Wohnungsfrage und die Bestrebungen der Berliner Baugenossenschaft, Berlin 1890.

Wiener, Alfred, Paul Nathan – Darstellung und Deutung, in: *ARJ Information*, April 1957.

Sechs Gesichter deutsch-jüdischer Sozialisten vor dem Zweiten Weltkrieg

Yuval Rubovitch

Der rasante Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts verlief parallel zur rapiden Integration und Assimilation deutscher Jüdinnen und Juden. Verbunden über den Anspruch auf Emanzipation, hatte dies auch eine überproportionale Beteiligung jüdischer Personen innerhalb der Sozialdemokratie zur Folge. Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bildeten jedoch keine einheitliche Strömung in der Partei. Die Meinungsverschiedenheiten und die sich bekämpfenden ideologischen Strömungen spiegelten sich auch in der jüdischen Mitgliedschaft wider. Das breite Spektrum jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dient so auch als Beweis für die erfolgreiche Assimilation dieser Gruppe: Sie konnten innerhalb einer bestimmten Partei partizipieren, ohne dass ihre Herkunft dafür maßgeblich war; sie waren Teil eines Ganzen, ohne jedoch eine eigene Strömung oder eine Interessengemeinschaft zu bilden.

In diesem Beitrag können nicht alle relevanten Akteure vorgestellt werden. Die Auswahl illustriert jedoch, wie vielfältig jüdische Positionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie waren.

Moses Hess (1812–1875)

»Der Kommunistenrabbi Moses«, wie Arnold Ruge Moses Hess nannte, ist für viele der Gründer der deutschen Sozialdemokratie.¹ Diese Rolle ist fast in Vergessenheit geraten. Bekannt ist er dafür als Vordenker der zionistischen Bewegung: Hess, der in Bonn in eine orthodox-jüdische Familie geboren aufwuchs, war der erste Sozialist, der behauptete, dass die Zukunft der Welt von einer harmonischen Synthese zwischen verschiedenen nationalen Kulturen abhängig sei.

¹ Arnold Ruge, *Zwei Jahre in Paris*, Teil I, Leipzig 1846, S. 31, zit. nach Edmund Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1962, S. 181 ff.

In dieser Zukunft wäre auch die messianische Vision des Judentums – einschließlich eines jüdischen Nationalstaates – ein entscheidender Faktor.

Das Aufgreifen des »Antagonismus zwischen Reichtum und Armut, zwischen Demokratie und Aristokratie« war das originelle bei Hess. Als Frühsozialist formulierte er Vorschläge, um sich mit der Realität der aktuellen Lebensfragen auseinanderzusetzen. Sein Denken bildete die Basis des von Marx und Engels beschriebenen »wahren Sozialismus«. Die Idee Hess' und seiner Nachfolger sollte als Ersatz zur gewaltsamen Revolution dienen: eine Alternative sowohl zum kapitalistisch-liberalen Individualismus als auch zum gewaltsamen revolutionären Aufstand. Seine Auslegung des Kommunismus war jedoch – anders als bei Marx und Engels – eine Frage der Ethik, nicht der Wirtschaft oder der Klassen. Seine ideale Gesellschaft solle auf »wesentlicher Harmonie« beruhen, die mit dem Ziel einer »Gütergemeinschaft« zu einer Auflösung der »alten Gegensätze der Niedern und Hohen« führen könne.²

Ferdinand Lassalle (1825–1864)

Hess arbeitete eng mit seinem langjährigen Freund Ferdinand Lassalle zusammen. Lassalle, 1825 in Breslau in einer wohlhabenden jüdischen Familie geboren und 1864 infolge eines Duells verstorben, ist heutzutage vielmehr eine Ikone der deutschen Sozialdemokratie als eine ideologische Quelle. Lassalle verfolgte mit der Forderung eines allgemeinen Wahlrechts und der Unterstützung von Produktivgenossenschaften ein eigenständiges Sozialismuskonzept. Allerdings waren seine Ansichten nicht revolutionär im marxistischen Sinne, denn er scheute auch nicht davor, taktisch mit Bismarck und dem preußischen Staat zu kooperieren. Dass Lassalles Ideen letztlich nicht umsetzbar waren, wurde schon im 19. Jahrhundert deutlich. Die wichtigste Leistung des deutsch-jüdischen Arbeiterführers war jedoch nicht seine wirtschaftliche Lehre; diese hat er nie fertiggestellt. Sie blieb als Zukunftsplan zurück, als er mit 39 Jahren starb. Sein Verdienst war dagegen die Neuerfindung der deutschen Arbeiterbewegung nach ihrer Niederlage in der Revolution von 1848, wie es Michael R. Krätke formulierte. Lassalle wurde

2 Jürgen Wilhelm, Moses Hess. Wegbereiter der Sozialdemokratie und visionärer Zionist, Leipzig 2020, S. 17f.; Stathis Kouvelakis, Philosophy and Revolution: From Kant to Marx, London 2003, S. 141; Mario Keffler, Moses Hess and Ferdinand Lassalle. Pioneers of Social Emancipation, Berlin 2013, S. 10f.

und wird vor allem als Gründungsmythos aufgefasst, der in der Arbeiterbewegung und speziell in der Sozialdemokratie den Glauben daran erweckte, die Welt zu ändern und das kapitalistische System eines Tages zu erobern. Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) konnte er 1863 einen Grundstein dafür legen.³

Paul Singer (1844–1911)

Paul Singer, der mit August Bebel fast zwei Jahrzehnte lang Ko-Vorsitzender der SPD war, ist ein gutes Beispiel für die Assimilation und Integration von Jüdinnen und Juden in den Mainstream der deutschen Sozialdemokratie. Auch wenn sein Name heute weitgehend unbekannt ist, war Singer von zentraler Bedeutung für die Bewegung. Der ehemalige Linksliberale und erfolgreiche Geschäftsmann wuchs in einer Berliner jüdischen Familie unter ärmlichen Verhältnissen auf. Später engagierte er sich in der 1869 von Bebel und Liebknecht gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und war in der Parteipresse der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) aktiv, die aus der Vereinigung mit dem lassalleschen ADAV entstanden ist. Ab 1890, als die Partei nach der Aufhebung des »Sozialistengesetzes« wieder legal war, wurde Singer zum Ko-Vorsitzenden in den Parteivorstand gewählt. Er hatte dieses Amt bis 1909 inne und war der kompromissuchende Kopf der Partei, der auch außerhalb der eigenen Reihen Freunde fand. Als er Ende Januar 1911 starb, begleiteten ihn hunderttausende Menschen auf seinem letzten Weg zum Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde.⁴

Hugo Haase (1863–1919)

Singers Nachfolger als Ko-Vorsitzender wurde Hugo Haase. Nur wenige Jahre im Vorsitz der Partei, prägte der in Ostpreußen geborene Haase einen neuen Typus des assimilierten Judentums innerhalb der SPD. Er war jemand, der bis an die

3 Vgl. *Michael Krätke*, Ferdinand Lassalle – ein Dandy als Gründervater der Sozialdemokratie?, in: *Michael Krätke* u. a. (Hrsg.), *SPD – Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus*, Baden-Baden 2021, S. 83–90; *Yuval Rubovitch*, *Marxismus, Revisionismus, Zionismus*. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität, Leipzig 2021, S. 60 ff. und S. 94 ff.

4 Vgl. *Laurenz Demps*, Paul Singer, soziale Utopie, Judentum und Arbeiterbewegung, in: *Ludger Heid/Arnold Paucker* (Hrsg.), *Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933*, Tübingen, 1992, S. 103–114.

Spitze der Partei kam und sich auch traute, in grundsätzliche Polemiken inner- und außerhalb der Partei zu gehen, auch wenn es ihm in seinem Fall sogar das Leben gekostet hat. Haase war, genau wie der ebenfalls jüdische Eduard Bernstein, ein entschiedener Gegner des Ersten Weltkriegs. Die beiden veröffentlichten zusammen mit Karl Kautsky am 19. Juni 1915 in der Leipziger Volkszeitung das »Gebot der Stunde«. Es war zu diesem Zeitpunkt der wichtigste politische Text aus Deutschland gegen die Weiterführung des Weltkriegs.⁵ In der Folge fanden sich die drei Sozialdemokraten, zuvor auf unterschiedlichen Flügeln auftretend, in einer neuen oppositionellen Fraktion innerhalb der SPD wieder. 1917 erwuchs hieraus eine neue Partei – die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Haase nahm nach der Novemberrevolution und der Gründung der Republik 1918 an der Regierung Friedrich Eberts, dem Rat der Volksbeauftragten, teil, trat jedoch schnell aus Protest gegen die vermeintliche militärische Richtlinie zurück.⁶ Am 8. Oktober 1919 wurde er durch einen Rechtsextremen am Berliner Reichstag angeschossen, woran er einen Monat später verstarb. Hugo Haase war eines der vielen Opfer einer Serie rechter Gewalt in der Weimarer Republik.⁷

Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein

Der Name der polnisch-deutschen revolutionären Sozialistin jüdischer Abstammung Rosa Luxemburgs (1871–1919) ist auch 150 Jahre nach ihrer Geburt allseits bekannt. Zusammen mit Eduard Bernstein (1850–1932) waren beide Beispiele für streitlustige jüdische Charaktere in der Sozialdemokratie, die für ihre Überzeugung und die Wahrheit lebhaft kämpften: »Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat«, bleibt eines der bekanntesten Zitate Luxemburgs.⁸ Beide waren jüdischer Abstammung, politisch unterschieden sie sich dagegen stark voneinander und standen in langjährigem Streit um die Interpretation des Marxismus und den Weg zum Sozialismus. Bernstein, der als Chefredakteur des »Sozialdemokraten« in den 1880er Jahren und Autor der »Neuen Zeit« die Partei »marxisierte«,

5 Vgl. *Thilo Scholle*, Hugo Haase, Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Leipzig 2019, S. 34–52; *Rubovitch*, Marxismus, S. 194 f.

6 Vgl. *Scholle*, Hugo Haase, S. 52–57 und S. 62–78; *Rubovitch*, Marxismus, S. 195 ff.

7 Vgl. *Scholle*, Hugo Haase, S. 78 f.

8 *Annelies Laschitzka*, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg – Eine Biographie, Berlin 1996, S. 101 ff.

galt ab Ende der 1890er Jahre als ideologische Triebkraft des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie. Bernstein bezweifelte, dass die Theorien von Marx und Engels noch zur sozialen Realität Ende des 19. Jahrhunderts passten und argumentierte, dass die sozialistischen Ziele allein mit einer Revolutionsstrategie nicht erreicht werden konnten. Bernsteins Hauptargument lag darin, wissenschaftliche Axiome nicht als eherne Wahrheiten zu betrachten.⁹ Im Gegensatz aber zum revolutionären Drang Luxemburgs und ihrer Anhänger suchte Bernstein den Weg, die sozialistischen Ideen in das existierende System zu integrieren und so die bürgerliche Gesellschaft und den Kapitalismus zu überwinden.¹⁰ Luxemburg dagegen wollte diesem System ein Ende bereiten und ein neues sozialistisches System schaffen – demokratisch und keinesfalls elitär. Wie Bernstein verstand sie sich als Marxistin, war aber, trotz ihrer Kompromisslosigkeit in vielen Bereichen, keinesfalls doktrinär.¹¹ Sie wurde im Zuge des gescheiterten »Spartakus-Aufstands« im Januar 1919 durch Freikorps in Berlin ermordet.¹² Bernstein dagegen war vermutlich der größte Anhänger der Weimarer Republik. »Das Kaiserreich war der Krieg, die Republik wird der Friede sein«, rief er Ende 1918 aus.¹³ Sie war seine Hoffnungsträgerin für eine gerechtere Gesellschaft und sollte die Zukunft Deutschlands und der Welt sichern. Sein Verdienst war, die Partei parlamentarischer und weniger dogmatisch zu gestalten; das gelang ihm aber nur teilweise.¹⁴

Literatur

Bernstein, Eduard, Völkerbund oder Staatenbund. Eine Untersuchung, Berlin 1918.

Demps, Laurenz, Paul Singer, soziale Utopie, Judentum und Arbeiterbewegung, in: *Ludger Heid/Arnold Paucker* (Hrsg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933, Tübingen 1992, S. 103–114.

Jacob, Frank, Rosa Luxemburg, Ein Leben für die Revolution, Leipzig 2021.

⁹ Vgl. *Christina Morina*, Die Erfindung des Marxismus, München 2017, S. 151 f.

¹⁰ Vgl. *Tom Strohschneider* (Hrsg.), Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden, Berlin 2019, S. 12–16.

¹¹ Vgl. *Frank Jacob*, Rosa Luxemburg. Ein Leben für die Revolution, Leipzig 2021, S. 21–26.

¹² Vgl. ebd., S. 50–56.

¹³ *Eduard Bernstein*, Völkerbund oder Staatenbund. Eine Untersuchung, Berlin 1918.

¹⁴ *Yuval Rubovitch*, Eduard Bernstein: Deutscher, Sozialdemokrat »und trotz allem Jude«, Leipzig 2019, S. 42–44.

Jacob, Frank/Albert Scharenberg/Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Rosa Luxemburg, Band I: Leben und Wirken, Marburg 2021.

Keßler, Mario, Moses Hess and Ferdinand Lassalle. Pioneers of Social Emancipation, Berlin 2013.

Kouvelakis, Stathis, Philosophy and Revolution: From Kant to Marx, London 2003.

Krätke, Michael, Ferdinand Lassalle – ein Dandy als Gründervater der Sozialdemokratie?, in: *Michael Krätke u. a.* (Hrsg.), SPD – Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus, Baden-Baden 2021, S. 83–90.

Laschitz, Annelies, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg – Eine Biographie, Berlin 1996.

Morina, Christina, Die Erfindung des Marxismus, München 2017.

Rubovitch, Yuval, Eduard Bernstein: Deutscher, Sozialdemokrat »und trotz allem Jude«, Leipzig 2019.

Rubovitch, Yuval, Marxismus, Revisionismus, Zionismus. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität, Leipzig 2021.

Scholle, Thilo, Hugo Haase, Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Leipzig 2019.

Silberner, Edmund, Sozialisten zur Judenfrage, Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1962.

Strohschneider, Tom (Hrsg.), Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden, Berlin 2019.

Rosen, Zwi, Moses Hess und Karl Marx. Ein Beitrag zur Entstehung der Marxschen Theorie, Hamburg 1983.

Wilhelm, Jürgen, Moses Hess. Wegbereiter der Sozialdemokratie und visionärer Zionist, Leipzig 2020.

Wistrich, Robert, Socialism and the Jews, London/Toronto 1982.

3. Revolution 1918 und Weimarer Republik

Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Novemberrevolution 1918

Frank Jacob

Einleitung

In der Novemberrevolution waren Jüdinnen und Juden zentrale Figuren, auch wenn diese sich selbst teilweise nicht als solche wahrgenommen haben.¹ Rosa Luxemburg (1871–1919)² und Kurt Eisner (1867–1919)³ sind zwei dieser Figuren innerhalb der revolutionären Ereignisse in Berlin und München und beide verbanden mit der Revolution die Hoffnung auf Veränderung, auf eine neue und womöglich bessere Welt. Der folgende Beitrag soll sich mit diesen prominenten und revolutionären Figuren der deutschen Arbeiterbewegung auseinandersetzen.

Als polnische Jüdin erlebte Luxemburg des Öfteren antisemitische Anfeindungen und auch der in Berlin geborene Eisner wurde in seinem Leben mehr als einmal ex negativo mit seiner jüdischen Identität konfrontiert, die ihm selbst immer weniger bewusst und wichtig war. Michael Brenner unterstreicht dahingehend, dass sich »[f]ür viele zeitgenössische Beobachter und spätere Interpreten (...) die Frage der Kausalität klar beantworten [ließ]: Das sichtbare Hervortreten jüdischer Revolutionäre, von denen die meisten zudem nicht aus Bayern stammten, verursachte eine Gegenbewegung, die sich in einem bisher nicht gekannten Ausmaß antisemitischer Hetze und Gewalt Platz verschaffte.«⁴ Eisner, ebenso wie Luxemburg, wurde daher zu einer zentralen Figur des judäobolschewistischen Verschwö-

1 Vgl. *Michael Brenner*, Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918–1923, Berlin 2019, S. 16 und S. 21.

2 Vgl. *Frank Jacob*, Rosa Luxemburg. Ein Leben für die Freiheit, Leipzig 2021; *ders.*, Rosa Luxemburg. Living and Thinking the Revolution, Marburg 2021; *Annelies Laschitzka*, Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie, Berlin 2000; *Ernst Piper*, Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018.

3 Vgl. *Bernhard Grau*, Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2001; *Albert Earle Gurganus*, Kurt Eisner. A Modern Life, Rochester, NY 2018; *Frank Jacob*, Kurt Eisner. Ein unvollendetes Leben, Leipzig 2021.

4 *Brenner*, Der lange Schatten, S. 16.

rungsnarrativ,⁵ das den Zusammenhang zwischen Judentum und Russischer Revolution beschwor und damit auch im Kontext der Novemberrevolution in Deutschland antirevolutionäre Ressentiments mit dem Antisemitismus verband. Dabei sind Luxemburg und Eisner vor allem deshalb in der Sozialdemokratischen Partei aktiv geworden, da keine andere politische Kraft vermochte, so viel Inklusion und eine gleichberechtigte Zukunft für alle Menschen zu versprechen.

Kriegsgegnerschaft

Der sogenannte »Burgfrieden« und die damit verbundene Zustimmung zu den Kriegskrediten machten zu Beginn des Ersten Weltkrieges deutlich, dass nicht alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieselben Vorstellungen von Krieg und Imperialismus teilten. Eine kleine Gruppe ausgesprochener Kritikerinnen und Kritiker, zu denen auch Luxemburg und Eisner gehörten, meldete sich offensiv und entgegen der offiziellen Parteilinie zu Wort und war nicht bereit, die Fortsetzung des Krieges zu akzeptieren und den innenpolitischen »Frieden« zu unterstützen.⁶ Während Eisner in seinem »Arbeiter-Feuilleton« (1909–1917)⁷ versuchte, den Krieg und diejenigen zu diskreditieren, die von diesem profitierten, richtete sich Luxemburgs Groll, den sie in der »Junius-Broschüre« (1916)⁸ zum Ausdruck brachte, vor allem gegen die Sozialdemokratie selbst:

»Sieg oder Niederlage? So heißt die Losung des herrschenden Militarismus in jedem der kriegführenden Länder, und so haben sie, wie ein Echo, die sozialdemokratischen Führer übernommen. Um Sieg oder Niederlage auf dem Schlachtfelde soll es sich jetzt nur noch auch für die Proletarier Deutschlands wie Frankreichs, Englands wie Rußlands handeln, genau so wie für die herrschenden Klassen dieser Länder. Sobald die Kanonen donnern, soll jedes Proletariat am Siege des eigenen, also an der Niederlage

5 Vgl. dazu ausführlich *Frank Jacob*, *The Semiotic Construction of Judeo-Bolshevism in Germany, 1918–1933*, in: *ders.* (Hrsg.), *War and Semiotics. Signs, Communication Systems, and the Preparation, Legitimization, and Commemoration of Collective Mass Violence*, London 2020, S. 106–127; *ders.*, *Kurt Eisner, die Revolution in Bayern und die Genese eines antisemitischen Verschwörungsnarrativs*, in: *ZfG* 69, 2021, H. 12, S. 1024–1037.

6 Vgl. dazu ausführlich *Frank Jacob/Riccardo Altieri* (Hrsg.), *Krieg und Frieden im Spiegel des Sozialismus 1914–1918*, Berlin 2018.

7 Vgl. *Kurt Eisner, Arbeiter-Feuilleton*, 3 Bde., hrsg. v. *Frank Jacob* u. a., Berlin 2018. Vgl. dazu auch *Frank Jacob*, *Der Kultursozialismus Kurt Eisners (1867–1919). Das »Arbeiter-Feuilleton« und die Aufklärung der deutschen Arbeiterschaft*, in: *Arbeit-Bewegung-Geschichte* 18, 2019, H. 1, S. 9–25.

8 Vgl. *Junius [Rosa Luxemburg]*, *Die Krise der Sozialdemokratie*, Zürich 1916, URL: <www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1916/junius/index.htm> [2.11.2022].

der anderen Länder interessiert sein. Sehen wir zu, was ein Sieg dem Proletariat einbringen kann.«⁹

Die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung, auch aufgrund des Fehlverhaltens sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Parteien, müsse, so Luxemburg weiter, überwunden werden, denn:

»Der Wahnwitz wird erst aufhören und der blutige Spuk der Hölle wird verschwinden, wenn die Arbeiter in Deutschland und Frankreich, in England und Rußland endlich aus ihrem Rausch erwachen, einander brüderlich die Hand reichen und den bestialischen Chorus der imperialistischen Kriegshetzer wie den heiseren Schrei der kapitalistischen Hyänen durch den alten mächtigen Schlachtruf der Arbeit überdonnern: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«¹⁰

Die Sozialdemokratie spaltete sich schließlich in eine Mehrheitspartei (MSPD) und eine unabhängige Partei (USPD) auf;¹¹ die Haltung zum Krieg war schließlich das scheidende Element. Rosa Luxemburg konnte diese Ereignisse lediglich beobachten und kommentieren, war sie doch bereits seit 1915 in Haft.¹² Seit der Spaltung nahm Kurt Eisner dagegen aktiv an den Geschehnissen teil und etablierte die Münchner USPD zusammen mit vielen jungen Kräften der Sozialdemokratie, die er in der bayerischen Landeshauptstadt um sich versammelte. Im Januar 1918 rief Eisner im Zuge einer landesweiten Erhebung der Arbeiterschaft zum Streik auf. Dieser endete allerdings nicht wie zunächst noch gehofft mit einer offenen Revolution. Nachdem führende Köpfe des Streiks, darunter Eisner selbst, kurz nach dem Ende der Proteste verhaftet worden waren, verlief die Aktion schließlich endgültig im Sande.

Revolution und Judäobolschewismus

Wie Luxemburg in ihrer Zelle, setzte sich auch Eisner während seiner Haft inhaltlich mit der Sozialdemokratie auseinander.¹³ Auch der Russischen Revolution

⁹ Ebd., Teil VIII.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. *Andreas Braune/Mario Hesselbarth/Stefan Müller* (Hrsg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?*, Stuttgart 2018; *Uli Schöler/Thilo Scholle* (Hrsg.), *Weltkrieg. Spaltung. Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922*, Bonn 2018.

¹² Vgl. *Rosa Luxemburg*, *Briefe aus dem Gefängnis*, Berlin 2019.

¹³ Zu Eisners Haft vgl. *Kurt Eisner*, *Gefängnistagebuch*, hrsg. v. *Frank Jacob* u. a., Berlin 2016.

widmete sich der USPD-Politiker, allerdings schrieb er im Gegensatz zu Luxemburg keine politisch-wissenschaftliche Abhandlung, sondern verarbeitete die russische Februarrevolution 1917 in seinem dramatischen Einakter »Der Ifrit«.¹⁴ Wenn man die theoretischen Überlegungen Luxemburgs und Eisners vergleicht, dann wird deutlich, dass beide nicht an einer diktatorischen Korruption des Revolutionsprozesses, wie er in Sowjetrußland stattgefunden hatte,¹⁵ interessiert waren – etwas, das beiden mitunter bis heute vorgeworfen wird. Beide erhofften sich vielmehr die Materialisierung echter Freiheit und die Genese einer besseren, da klassenlosen, Gesellschaft im Zuge der revolutionären Veränderungen.

Die Realitäten waren freilich anders und die seit Oktober 1917 um sich greifende Bolschewismusfurcht, die sich im »Judäobolschewismus« mit antisemitischen Ressentiments und Stereotypen verband, wurde zu einem der Elemente, die die revolutionären Aktionen diskreditieren sollten. Ziel der Hetze waren sowohl Jüdinnen und Juden als auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, später dann auch Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Revolutionszeit verstärkt ins politische Rampenlicht getreten sind. Luxemburg und Eisner wurden in diesem Zusammenhang vor allem mit dem Vorwurf konfrontiert, als bolschewistische Agentin und Agent zu agieren, in der Absicht, Deutschland und Bayern zu schwächen, durch eine Fortsetzung der Revolution nach November 1918 zu radikalisieren und für eine feindliche Übernahme durch das internationale Judentum vorzubereiten, sei es in Form der plutokratischen Eliten des Westens oder der bolschewistischen »Horden« des Ostens.¹⁶ Die revolutionäre Aufbruchsstimmung in Deutschland wurde folglich durch die Erfahrung der Russischen Revolutionen seit 1917 diskreditiert und die antisemitischen Anfeindungen, die damit einhergingen, nahmen stetig zu.¹⁷ Gerade in Eisners Fall lassen sich letztere auch

14 Vgl. Kurt Eisner, Mors Immortalis. Stimmungen, Szenen und Phantasien aus dem großen Kriege, hrsg. v. Sophia Ebert u. a., Berlin 2019, S. 127 ff.

15 Vgl. dazu ausführlich Frank Jacob, 1917. Die korrumpierte Revolution, Marburg 2020.

16 Frank Jacob, Der Kampf um das Erbe der Revolution. Die Darstellung Kurt Eisners in den Printmedien der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29, 2020, S. 325–346.

17 Vgl. Jacob, 1917, S. 203–220. Vgl. ebenso Lutz Häfner, Demokratie, Diktatur oder »Dekretinismus«? Russische revolutionäre Erfahrungsräume und ihre Erwartungshorizonte in sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Deutschlands bis 1919, in: Frank Jacob/Riccardo Altieri (Hrsg.), Die Wahrnehmung der Russischen Revolutionen 1917. Zwischen utopischen Träumen und erschütterter Ablehnung, Berlin 2019, S. 115–143.

in zahlreichen Schmäh- und Drohbriefen belegen.¹⁸ Auch nach der Ermordung Luxemburgs am 15. Januar 1919 wurde dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern mit einem ähnlichen Schicksal gedroht, das sich etwa einen Monat später auch bewahrheiten sollte.¹⁹ Zugleich kursierte ein Gerücht, demzufolge Eisner ein landfremder Jude aus Galizien wäre, der eigentlich Kusmanowski hieße. Dieses Gerücht hielt sich auch nach Eisners Tod und wurde besonders in der nationalsozialistischen Propaganda immer wieder aufgegriffen, wenn die Diskreditierung der Revolution als ein von Juden gemachtes Ereignis unterstrichen werden sollte.²⁰

Luxemburg und Eisner wurden jedoch nicht nur von Kräften der politischen Rechten angegriffen und diffamiert, sondern ebenfalls auch innerhalb der Sozialdemokratie, vor allem der konservativen Repräsentanten des rechten Flügels der Partei. Luxemburg wurde zur »Terroristin« erklärt, während in Bayern der MSDP-Führer Erhard Auer (1874–1945) zunächst gegen die Revolution und nach dem Ende der Monarchie sowie der Bildung der provisorischen Regierung in München auch gegen Eisner agierte, obwohl letzterer Auer bei der Regierungsbildung nicht übergangen hatte. Dennoch waren diese Anfeindungen per se nicht gleich antisemitisch, sie basierten oft eher auf politischen Meinungs- und Ausrichtungskonflikten innerhalb der Partei.

Fazit

Alles in allem konnte es wenig überraschen, dass Jüdinnen und Juden, auch wenn sie sich teilweise selbst nicht als solche bezeichnet oder identifiziert haben, sich politisch mit der deutschen Sozialdemokratie identifizierten und auf eine Revolution hofften, die ihnen und anderen Menschen eine umfassende Freiheit bringen sollte, nach der sie sich bereits lange Zeit gesehnt hatten. Ihre exponierte Stellung während der revolutionären Veränderungen stimulierte allerdings antisemitische Ressentiments, die entscheidend zum gewaltsamen Ende der hier vorgestellten

18 Vgl. *Frank Jacob/Cornelia Baddack* (Hrsg.), 100 Schmäh- und Drohbriefe an Kurt Eisner, 1918/19, Berlin 2019.

19 Vgl. Drohbrief an Kurt Eisner, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Nachlass Eisner, NY 4060/64, Bl. 232.

20 Vgl. *Kusmanowski*, genannt Eisner, in: Die Börsenrevolution des Jahres 1918, Illustrierter Beobachter Nr. 20 vom 20. Oktober 1927, SAPMO, NY 4060/152-2, Bl. 178–185, hier: S. 275.

Revolutionärin Luxemburg und des Revolutionärs Eisners beigetragen haben. Darüber hinaus wurden judäobolschewistische Verschwörungsnarrative besonders von den Nationalsozialisten genutzt, um die Revolution und die von ihr mit(begründete) Weimarer Republik zu diskreditieren und deren Urheberinnen und Urheber als »Novemberverbrecher« zu brandmarken.

Literatur

- Braune, Andreas/Mario Hesselbarth/Stefan Müller* (Hrsg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?*, Stuttgart 2018.
- Brenner, Michael*, *Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918–1923*, Berlin 2019.
- Eisner, Kurt*, *Arbeiter-Feuilleton*, 3 Bde., hrsg. v. Frank Jacob u. a., Berlin 2018.
- Eisner, Kurt*, *Gefängnistagebuch*, hrsg. v. Frank Jacob u. a., Berlin 2016.
- Eisner, Kurt*, *Mors Immortalis. Stimmungen, Szenen und Phantasien aus dem großen Kriege*, hrsg. v. *Sophia Ebert* u. a., Berlin 2019.
- Grau, Bernhard*, *Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie*, München 2001.
- Gurganus, Albert Earle*, *Kurt Eisner. A Modern Life*, Rochester, NY 2018.
- Häfner, Lutz*, *Demokratie, Diktatur oder »Dekretinismus«? Russische revolutionäre Erfahrungsräume und ihre Erwartungshorizonte in sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Deutschlands bis 1919*, in: *Frank Jacob/Riccardo Altieri* (Hrsg.), *Die Wahrnehmung der Russischen Revolutionen 1917. Zwischen utopischen Träumen und erschütterter Ablehnung*, Berlin 2019, S. 115–143.
- Jacob, Frank/Cornelia Baddack* (Hrsg.), *100 Schmä- und Drohbriefe an Kurt Eisner, 1918/19*, Berlin 2019.
- Jacob, Frank*, 1917. *Die korrumpierte Revolution*, Marburg 2020.
- Jacob, Frank*, *Der Kampf um das Erbe der Revolution. Die Darstellung Kurt Eisners in den Printmedien der Weimarer Republik*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 29, 2020, S. 325–346.
- Jacob, Frank*, *Der Kultursozialismus Kurt Eisners (1867–1919). Das »Arbeiter-Feuilleton« und die Aufklärung der deutschen Arbeiterschaft*, in: *Arbeit-Bewegung-Geschichte* 18, 2019, H. 1, S. 9–25.
- Jacob, Frank/Riccardo Altieri* (Hrsg.), *Krieg und Frieden im Spiegel des Sozialismus 1914–1918*, Berlin 2018.
- Jacob, Frank*, *Kurt Eisner, die Revolution in Bayern und die Genese eines antisemitischen Verschwörungsnarrativs*, in: *ZfG* 69, 2021, H. 12, S. 1024–1037.

Jacob, Frank, Kurt Eisner. Ein unvollendetes Leben, Leipzig 2021.

Jacob, Frank, Rosa Luxemburg. Ein Leben für die Freiheit, Leipzig 2021.

Jacob, Frank: Rosa Luxemburg. Living and Thinking the Revolution, Marburg 2021.

Jacob, Frank: The Semiotic Construction of Judeo-Bolshevism in Germany, 1918–1933, in: ders. (Hrsg.), War and Semiotics. Signs, Communication Systems, and the Preparation, Legitimization, and Commemoration of Collective Mass Violence, London 2020, S. 106–127.

Laschitza, Annelies, Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie, Berlin 2000.

Luxemburg, Rosa, Briefe aus dem Gefängnis, Berlin 2019.

Piper, Ernst, Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018.

Schöler, Uli/Thilo Scholle (Hrsg.), Weltkrieg. Spaltung. Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Bonn 2018.

Die innerparteiliche Spaltung der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und ihre jüdischen Akteure 1916–1922

Yuval Rubovitch

Zwölf Reichstagsabgeordnete jüdischer Abstammung zählten am 4. August 1914 zur SPD-Fraktion, als diese einstimmig für die Bewilligung der Kriegskredite abstimmte. »Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich«, erklärte der Parteivorsitzende Hugo Haase, selbst jüdischer Abstammung, den ersten Schritt seiner Partei im Rahmen der »Burgfriedenspolitik« der Kriegsjahre, obwohl eine Unterstützung des Krieges eigentlich nicht seinem Willen entsprach.¹

Haase war einer von vierzehn SPD-Abgeordneten, die noch bei der Fraktionssitzung am Tag zuvor die Kriegskredite ablehnten, später jedoch dem Parteibeschluss folgten. Neben Haase stimmte intern auch der jüdische Abgeordnete Joseph Herzfeld gegen die Kriegskredite. Den zwei Kriegsgegnern der ersten Stunden schlossen sich bald weitere an: Im März 1915 stimmten schon fünf jüdische SPD-Abgeordnete in der Fraktionssitzung gegen die Kredite, darunter Eduard Bernstein. Sieben waren es im Dezember 1915, die im Reichstagsplenum ihre Stimme gegen die Kriegskredite abgegeben haben oder der Abstimmung fernblieben.² In dieser Haltung veröffentlichten Haase und Bernstein gemeinsam mit Karl Kautsky am 19. Juni 1915 das »Gebot der Stunde«, ein Artikel in der Leipziger Volkszeitung, der zu diesem Zeitpunkt zum wichtigsten politischen Text aus Deutschland gegen den Ersten Weltkrieg avancierte.³

1 Walter Theimer, *Geschichte des Sozialismus*, Tübingen 1988, S. 128.

2 Vgl. Susanne Miller/Heinrich Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990*, Bonn 1990, S. 76 ff.

3 Ebd.; vgl. auch Yuval Rubovitch, *Marxismus, Revisionismus, Zionismus. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität*, Berlin/Leipzig 2021, S. 60 ff. und S. 194 f.

Die Spaltung der Fraktion

Am 24. März 1916 hielt Haase im Reichstag schließlich seine bekannte Rede gegen den Krieg. Dabei wurde er nicht nur von dem SPD-Abgeordneten Wilhelm Keil als »Verräter« bezeichnet. Auch Mitglieder der »Fortschrittlichen Volkspartei« (FVP) versuchten ihn antijüdisch zu diffamieren: »Wieder mal ein Jude, ein Jude, was wollen denn die Juden hier? Bravo Keil!« Anschließend wurden zwanzig Abgeordnete um Haase aus der Fraktion ausgeschlossen, die in Folge die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« (SAG) als unabhängige Fraktion gründeten.⁴ Unter den insgesamt elf Abgeordneten jüdischer Abstammung fanden sich schließlich sechs in der neuen Fraktion wieder – ein deutlich überproportionaler Anteil. Ein Jahr später waren sie Teil der neugegründeten, pazifistisch-orientierten »Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« (USPD), die bis 1922 existierte, bis sie sich wieder der »Mehrheit-SPD« (MSPD) anschloss.⁵

Eine Erklärung für den großen Anteil jüdischer Abgeordneter in der innerparteilichen Opposition, die sich durch die Ablehnung des Krieges definierte, muss auch die Tatsache in Betracht ziehen, dass die andere Hälfte der jüdischstämmigen SPD-Abgeordneten diesen Schritt nicht gingen. Auch muss hier erwähnt sein, dass zehntausende deutsche Juden, genau wie die damals überwiegende Mehrheit der deutschen Gesellschaft, sich für den Krieg begeisterten, in großen Zahlen für das Vaterland fielen (etwa 12.000 deutsche gefallene Soldaten waren Juden⁶) und sich nach dem Krieg im »Reichsbund jüdischer Frontsoldaten« (RjF) organisierten. Dass verhältnismäßig viele jüdische Sozialdemokraten die Fortsetzung des Krieges ablehnten, ist aber durchaus einer Erwähnung und Diskussion wert. Doch sollte daraus nicht der Trugschluss gezogen werden, dass die Kriegsgegnerschaft eine jüdische Bewegung war oder dass Juden im Allgemeinen Kriegsgegner waren. Juden und Jüdinnen standen in den Kriegsjahren auf *beiden* Seiten der gespaltenen Partei, was erneut die Bandbreite zwischen Integration und Assimilation in die deutsche Gesellschaft kenntlich macht.

⁴ Thilo Scholle, Hugo Haase, Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Leipzig 2019, S. 48 ff.

⁵ Vgl. Miller/Potthoff, S. 76 f. und S. 111 f.

⁶ Vgl. Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932.

Das Beispiel des ehemaligen Parteivorsitzenden Hugo Haase verdeutlicht diese Ambivalenz: Nach der Abstimmung im Dezember 1915 ist dieser vom Parteivorstand zurückgetreten. Haase, der gegen die Kriegskredite stimmte, wurde durch Georg Gradnauer ersetzt, ebenfalls jüdischer Abstammung. Eduard David aus dem Parteizentrum nannte Gradnauer »de[n] letzte[n] der Juden, auf den ich noch Vertrauen setze«.⁷ Er war aber gar nicht das einzige jüdische SPD-Mitglied, das die Kriegspolitik des Deutschen Reiches unterstützte. Neben ihm standen der Reichstagsabgeordnete Max Cohen-Reuss, der Herausgeber der »Sozialistischen Monatshefte« Joseph Bloch, der patriotische Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg und viele andere – in den verschiedenen deutschen Parlamenten, in der Presse und bei den Ortsvereinen der Partei. Dazu zählt auch der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, der sich bei Kriegsausbruch freiwillig zum Dienst meldete und am 3. September desselben Jahres in Lothringen fiel.⁸

Und trotzdem zeigen die scharfen Reaktionen gegen jüdische Kriegsgegnerinnen und -gegner, dass in Kriegszeiten auch in der SPD die nationalistischen Wellen so hoch waren, dass man sich dort als Jude als ein »guter« Deutscher erweisen musste. In jener Partei, die sich seit Anfang der 1890er Jahre scharf gegen den Antisemitismus positionierte und bis kurz vor Kriegsausbruch einen Weltkrieg scharf ablehnte, waren Jüdinnen und Juden während des Krieges durch manche Personen aus den eigenen Reihen nur bedingt als gleichwertige Genossinnen oder Genossen akzeptiert. Dieser Druck, sich als »gute« Deutsche auch in der SPD erweisen zu müssen, könnte daher zumindest theoretisch einen Einfluss auf jene Abgeordneten ausgeübt haben, der stärker als bei nicht jüdischen Abgeordneten war.

Diese Tendenz blieb zum Teil auch nach Kriegsende bestehen. Auf dem Weimarer Parteitag von 1919 wurde Eduard Bernstein – einer der Kriegsgegner, der ziemlich früh nach Kriegsende zur MSPD zurückkehrte – durch den zukünftigen Kanzler Hermann Müller aufgrund seiner Unterstützung des Friedensvertrags von Versailles als »Rabbiner von Minsk« beschimpft.⁹

7 Werner Conze/Erich Matthias (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 4: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918 [bearb. v. Susanne Miller], Düsseldorf 1966, S. 165.

8 Vgl. *Eduard David*, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915, S. 18.

9 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD (...) in Weimar 1919, S. 256.

Bernsteins patriotischer Pazifismus

Die jüdischen Reichstagsabgeordneten der SPD (und ab 1917 auch der USPD) gingen ihren Weg als deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, entweder als Gegner oder Befürworter des Krieges, nicht aber als Juden. In einem Fall jedoch können wir dennoch eine jüdische (und zwar deutsch-jüdische) Erklärung eines Reichstagsabgeordneten für dessen pazifistische Haltung finden, nämlich die von Eduard Bernstein: In der Broschüre »Die Aufgaben der Juden im Weltkriege« schrieb Bernstein 1917 von einer Mission der Juden im Weltkrieg, nämlich der Vermittlung zwischen den Nationen. Darauf stellte Bernstein die drei Patriotismen dar, die die Juden besäßen. Die ersten zwei waren der »Patriotismus von Juden für das Land, dem sie als Staatsbürger angehören, den man als Landespatriotismus bezeichnen kann, und das stärkere oder geringere Solidaritätsempfinden von Juden für die Judenheit im Allgemeinen, das wohl am besten mit dem Wort Stamm-patriotismus bezeichnet wird«. Der dritte sei das Weltbürger-tum oder »das weltbürgerliche Bewusstsein, das keinem Kulturmenschen fremd sein darf, dem Juden, der nicht die Assimilation so weit treibt, die Erinnerung an seine Herkunft mit Füßen zu treten, ein Stück Erbe, das ihm stets gegenwärtig sein sollte, wenn er zu Fragen der großen Völkerpolitik Stellung zu nehmen hat. Er muss auch weltbürgerlichen Patriotismus kennen und empfinden.«¹⁰

Bernsteins Erklärungsansatz darf nicht auf alle jüdischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten jener Zeit angewendet werden. Die Formulierung war eher der Versuch eines Theoretikers, der während der Kriegsjahre eine starke Annäherung an seine jüdische Identität durchlief. Als immer selbstbewussterer Jude und Internationalist versuchte er, eine Verbindung zwischen seiner pazifistischen Haltung und seiner vielschichtigen Wahrnehmung als Deutscher, wie er sich immer definierte, zu finden. Seine Erklärung mag überzeugend sein, sie trifft jedoch keinesfalls auf alle jüdischen Abgeordneten zu, auch nicht auf jene, die den Krieg ablehnten.

Nach Kriegsende

Bernstein konnte trotz der heftigen Kritik und Feindlichkeit, die er 1919 erleben musste, seinen Weg zurück in seine alte Partei finden. Bei anderen dauerte es bis

¹⁰ Eduard Bernstein, *Die Aufgaben der Juden im Weltkriege*, Berlin 1917, S. 40 f.

zur Wiedervereinigung beider Parteien 1922, andere kehrten nie in die SPD zurück.¹¹

Für den ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Mitbegründer der USPD Hugo Haase kam das tragische Ende sehr früh: ein Jahr nach Kriegsende wurde er Opfer eines rechten Attentats. Am 8. Oktober 1919 wurde er von einem Rechtsextremen am Berliner Reichstag angeschossen und verstarb ein Monat später.¹²

Literatur

Bernstein, Eduard, Die Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917.

Conze, Werner/Erich Matthias (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 4: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918 [bearb. v. *Susanne Miller*], Düsseldorf 1966.

David, Eduard, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915.

Miller, Susanne/Heinrich Potthoff, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990, Bonn 1990.

Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932.

Rubovitch, Yuval, Marxismus, Revisionismus, Zionismus. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität, Berlin/Leipzig 2021.

Scholle, Thilo, Hugo Haase, Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Leipzig 2019.

Theimer, Walter, Geschichte des Sozialismus, Tübingen 1988.

¹¹ Vgl. *Rubovitch*, S. 201 f.

¹² Vgl. *Scholle*, S. 79 ff.

Hugo Sinzheimer und die soziale Gerechtigkeit

Abraham de Wolf

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste. Diese Sätze der Verfassung sind von besonderer Wichtigkeit.«

So zitiert das Protokoll der Nationalversammlung in Weimar vom 21. Juli 1919 aus einer Rede von Hugo Sinzheimer (1875–1945). Er begründet als jüdischer Sozialdemokrat und Jurist zwei Kernsätze der Weimarer Verfassung,¹ die später sprachlich leicht geändert von seinem Schüler Carlo Schmid² ins Grundgesetz eingebracht wurden.

Mit diesen Sätzen wird erstmals in einer Verfassung der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit als staatliche und gesellschaftliche Aufgabe formuliert. Sinzheimer folgt damit einer der Grundlinien des Judentums, mit Geboten der Tora (Fünf Bücher Moses) für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Das ist das Grundanliegen von sozialdemokratischen Juden und Jüdinnen, die sich in der SPD seit ihrer Gründung und auch in ihren Vorgängerparteien engagieren: soziale Gerechtigkeit als politische Aufgabe zu verwirklichen. Dabei geht es, wie schon Moses Hess in seiner ersten sozialistischen Schrift 1837 verdeutlichte, nicht um die Abschaffung des Eigentums, auch nicht an »Produktionsmitteln«, sondern um die soziale Verpflichtung des Eigentums und der Eigentümer als Grundlage für eine gerechte Gesellschaft. Jüdische Sozialdemokraten waren und sind vom jüdischen Gesetzesdenken geprägt, das nicht zum Ziel hat, Herrschaft und die bestehende Gesellschaftsordnung mit Gesetzen zu konstituieren, sondern, die Gesellschaft und den Menschen zu verbessern. Im Dezember 1929 schrieb Sinzheimer in der Zeitschrift »Die Justiz«:

»Es gibt in der Tat sozialpolitische Maßnahmen, die selbst dann getroffen werden müssen, wenn sie den wirtschaftlichen Ertrag beeinträchtigen. Es gibt elementare Menschenrechte, die wir selbst dann nicht preisgeben wollen, wenn sie einen wirtschaftli-

1 Art. 153 Weimarer Reichsverfassung.

2 Carlo Schmid schrieb 1923 bei Hugo Sinzheimer seine Doktorarbeit über das neue Betriebsrätegesetz. Er prägte als Sozialdemokrat maßgeblich das Grundgesetz.

chen Passivsaldo aufweisen. Man denke an die Nachtarbeit von Frauen, an das Verbot der Kinderarbeit, die Statuierung von Höchstarbeitungszeiten usw., und man sieht ein, daß die Wirtschaft nicht nur an bestimmte Naturbedingungen, an bestimmte staatliche und technische Bedingungen geknüpft ist, mit denen sich die Wirtschaft, weil sie nicht das ganze Leben ist, abfinden muß.«³

Es geht um eine soziale Gerechtigkeit, die es ermöglicht die Freiheit, die in jedem Menschen steckt und den Kern der Menschenwürde ausmacht, als Selbstverwirklichung zu erleben, als Weg zur gesellschaftlichen und persönlichen Emanzipation. Diese Freiheit zur Selbstverwirklichung muss allen in der Gesellschaft ermöglicht werden. Die rein liberale Auffassung des Freiheitsbegriffs ignoriert die sozialen Umstände. Die jüdische Ethik tut dies nicht, wie auch die Sozialdemokratie nicht. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, gesellschaftliche Hindernisse der Freiheit zu beseitigen. Sinzheimers Hauptwerk aus dem Jahr 1916 greift diesen Grundgedanken schon im Titel auf: »Ein Arbeitstarifgesetz. Die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht«. 1977 wurde das Buch neu herausgebracht. Es legte die Grundlage des Mitbestimmungsrechts auf dem Weg zu einer Wirtschaftsdemokratie.

Zur Person

Hugo Sinzheimer ist zu Unrecht in der SPD vergessen. Sein Name ist wie der vieler deutscher Juden und Jüdinnen durch die Nazis aus dem politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bewusstsein gelöscht worden. Allerdings hält die IG Metall mit ihrem »Hugo-Sinzheimer-Institut« in Frankfurt die Erinnerung an sein bahnbrechendes Denken für das Arbeitsrecht und die Wirtschaftsdemokratie noch wach.⁴ Er war mit etwa 245 Publikationen einer der maßgeblichen demokratischen Intellektuellen der Weimarer Republik.

Hugo Sinzheimer, am 12. April 1875 in Worms in einer reformjüdischen Familie geboren, war auf sein Judentum stolz. In seinen Lebenslauf für die Doktorprüfung in Heidelberg 1898 schrieb er: »Ich bin Israelitischer Religion«. Als etablierter Rechtsanwalt in Frankfurt heiratete er die junge jüdische Witwe Paula Selig

3 Zit. nach *Thilo Ramm* (Hrsg.), Sinzheimer/Fraenkel, Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik, Berlin 1968, S. 220 f.

4 Mittlerweile ist das Institut aus organisatorischen Gründen in die Hans-Böckler-Stiftung integriert worden.

aus Würzburg. Das Paar bekam drei Töchter, die alle Religionsunterricht in der liberal eingestellten Frankfurter Westend Synagoge erhielten.

Sinzheimers Vater war Textilfabrikant, der maschinell Herrenanzüge herstellte. Er kam also aus einem Haus der oberen Mittelschicht. Immer wieder berichteten Zeitzeugen, wie modisch er sich kleidete, aber ebenso, wie er mühelos Goethe-Gedichte aus dem Kopf rezitieren konnte. Während des Studiums der Rechtswissenschaft in München, Berlin und Marburg wurde Sinzheimer eingeladen, in der Arbeiterbildung tätig zu werden. Aus dieser Erfahrung heraus wurde er 1903 in Frankfurt Rechtsanwalt für die Vorläufergewerkschaft der heutigen IG Metall. Sein Arbeitsschwerpunkt lag zuerst im politischen Strafrecht, da auch die Gewerkschaften unter der Kriminalisierung politischer Tätigkeit litten, insbesondere während der Zeit der Sozialistengesetze. 1917 trat er in die SPD ein. Er wurde von Zeitzeugen als glänzender Redner beschrieben. Sein späterer Rechtsreferendar, Wolfgang Abendroth, schrieb in seiner Autobiografie von seiner ersten Begegnung mit Sinzheimer am 19. Januar 1919:

»Die riesige Wahlkundgebung in Frankfurt fand in der Festhalle, dem größten Saal in Frankfurt statt. Der Saal war überfüllt. Es sprach Hugo Sinzheimer.«⁵

1919 wurde er in den Reichstag gewählt und gehörte als Mitglied des Verfassungsausschusses zu den Autoren der ersten demokratischen Verfassung Deutschlands. 1920 berief ihn die Universität Frankfurt zum ersten Professor für Arbeitsrecht in Deutschland. Er blieb gleichzeitig Rechtsanwalt für die Metallgewerkschaft und wurde Mitgründer und maßgeblicher Dozent der »Akademie der Arbeit«, die Betriebsräte und Gewerkschafter für ihre Aufgaben ausbildete, eine Institution, die noch heute besteht.

Aufgrund der rechtsradikalen Morde schon zu Beginn der Weimarer Republik kandidierte Sinzheimer nicht noch einmal zum Reichstag. Seine Frau befürchtete ein Attentat, nachdem er im Zusammenhang mit der »Dolchstoßlegende« 1919 eine persönlich gegen ihn gerichtete antisemitische Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse erleben musste. 1933 wurde er von der Polizei verhaftet. Nachdem er freikam, floh er Stunden später in die Niederlande. Am nächsten Morgen stand die SA vor der Tür, um ihn erneut festzunehmen. Die Universität in Amsterdam

5 Wolfgang Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*, Frankfurt am Main 1976, S. 21.

ernannte ihn zum Professor für Rechtssoziologie. Nach der deutschen Besetzung der Niederlande entkamen er und Paula Sinzheimer äußerst knapp der Deportation in den sicheren Tod. Zusammen mit der jüngsten Tochter tauchten sie unter. Eine andere Tochter wurde ins KZ Theresienstadt deportiert, die älteste mit ihren zwei kleinen Kindern nach Bergen-Belsen. Alle Kinder und Enkel von Sinzheimer überlebten das KZ. Sinzheimer selbst starb jedoch am 19. September 1945 in Bloemendaal bei Amsterdam an Entkräftung, einen Tag bevor er an der Universität Amsterdam wieder eine Vorlesung halten wollte.

Soziale Selbstbestimmung im Arbeitsrecht

Soziale Gerechtigkeit als politische Aufgabe bedeutet nicht unbedingt nur eine staatliche Ausführung, wie es Hugo Sinzheimer als Verfechter einer Wirtschaftsdemokratie klarmachte. Auch gesellschaftliche Kräfte können Recht schaffen. Mit diesem Grundgedanken, der das Konzept der Tarifautonomie bestimmte, begründete Sinzheimer die rechtliche Bindung des Tarifvertrags zugleich auch als Ausdruck einer sozialen Selbstbestimmung (der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft).

Bis heute folgt das Bundesarbeitsgericht seiner Argumentation von 1916 über den Tarifvertrag als verbindliches Recht.⁶ Deshalb gilt er als Vater des modernen deutschen Arbeitsrechts. Sinzheimer sah in den Betriebsräten unabdingbare Akteure in einer Wirtschaftsdemokratie. Diese Sicht wurde im Betriebsrätegesetz und nach dem Krieg in der Montanmitbestimmung zumindest ansatzweise verwirklicht.

Sein wichtigster Schüler, Ernst Fraenkel, schrieb 1958, Sinzheimer habe »durch die vertiefte Erkenntnis der Wechselbeziehungen zwischen Arbeits- und Eigentumsrecht dazu beigetragen, die theoretische Grundlage für eine juristische Erfassung dessen zu legen, was heute als Mitbestimmungsrecht gesetzlich anerkannt ist.«⁷ Auch hatte Sinzheimer die Gewerkschaften und ihre Arbeit ausdrücklich in

6 Vgl. *Sandro Blanke*, Hugo Sinzheimer und das Arbeitsrecht der Weimarer Republik, in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), *Weichenstellungen im Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik. Diktatorische Vergangenheit und demokratische Prägung*, Düsseldorf 2013, S. 48–63, hier: S. 48.

7 *Ernst Fraenkel*, Vortrag zu Hugo Sinzheimer in der *Juristen Zeitung* 13, 1958, H. 15, S. 457–461, hier: S. 458. Fraenkel war Referendar bei Sinzheimer, regelmäßiger Babysitter der Kinder und Ende der Weimarer Republik Justiziar des Parteivorstands der SPD. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA wurde er in der Bundesrepublik ein Begründer der modernen Politikwissenschaft.

der Weimarer Verfassung geschützt, was später im Grundgesetz übernommen wurde.

Aus Sinzheimers Sicht besteht nicht nur eine Pflicht, gerechte Steuern und Sozialabgaben zu zahlen. Seine Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen seiner Zeit ging viel tiefer. Sie richtete sich auf das sehr ungleiche Verhältnis zwischen dem Eigentümer der Fabrik und den Arbeitern und Arbeiterinnen. Letztere hatten nur ihre Arbeitskraft als Einsatz, um ihr Leben zu bestreiten, und waren deshalb vom Wohlwollen des Fabrikeigentümers abhängig. Der Fabrikeigentümer dagegen, konnte sich seine Arbeitskräfte aussuchen und nach seinem Willen den Lohn kürzen oder ohne Grund kündigen. Diese existenzielle Abhängigkeit galt es für Sinzheimer durch das Recht einzuschränken: »Alle Menschen haben gleiche Rechte, sagt uns die Rechtsordnung, viele Menschen sind einzelnen Menschen untertan, sagt uns die Sozialordnung der Rechte.«⁸

Damit stellte er sich gegen die juristische Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft und des Industriekapitalismus: die Vertragsfreiheit. Sie sah beide Vertragsseiten, Fabrikeigentümer und Arbeiter, als gleiche Partner, was aber nicht der sozialen Wirklichkeit entspricht. Sie erlaubte den Starken, durch das liberale Vertragsrecht, die Schwachen auszubeuten oder auszunutzen. Mit der Vertragsfreiheit des bürgerlichen Gesetzbuches wurde bis dahin die Ausbeutung der Schwachen rechtlich erlaubt. Im Wege eines modernen Arbeitsrechts wollte Sinzheimer die Freiheit der Starken einschränken:

»Menschliche Würde zu erhalten, ist die besondere Aufgabe des Arbeitsrechts. Seine Bestimmung besteht darin, zu verhüten, dass Menschen gleich Sachen behandelt werden. Es verwirklicht die »reale Humanität«, die viel mehr ist als ein nur ideologischer Humanismus.«⁹

⁸ Hugo Sinzheimer, Über soziologische und dogmatische Methoden in der Arbeitsrechtswissenschaft [1922], nachgedruckt in: *Otto-Kahn Freund*, Hugo Sinzheimer. Arbeitsrecht und Rechtssoziologie. Gesammelte Aufsätze und Reden, Bd. 1, Frankfurt am Main 1976, S. 36. Mit diesem Aufsatz reagierte Sinzheimer 1922 auf einen Angriff seines Gegenspielers Hans Carl Nipperdey in der *Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht*. Nipperdey wurde später maßgeblicher Kommentator des Nazi-Arbeitsrechts und in der Bundesrepublik erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts.

⁹ Hugo Sinzheimer, Das Wesen des Arbeitsrechts. 1927, nachgedruckt in: *Otto Kahn Freund*, Hugo Sinzheimer, S. 111.

Literatur

Abendroth, Wolfgang, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976.

Blanke, Sandro, Hugo Sinzheimer und das Arbeitsrecht der Weimarer Republik, in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), Weichenstellungen im Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik. Diktatorische Vergangenheit und demokratische Prägung, Düsseldorf 2013, S. 48–63.

Freund, Otto-Kahn, Hugo Sinzheimer. Arbeitsrecht und Rechtssoziologie. Gesammelte Aufsätze und Reden, Bd. 1, Frankfurt am Main 1976.

Ramm, Thilo (Hrsg.), Sinzheimer/Fraenkel, Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik, Berlin 1968.

Hugo Haase und Paul Levi – Über die Kritik am Weltkrieg und den Kampf für eine solidarische Gesellschaft

Thilo Scholle

Die Biografien von Hugo Haase und Paul Levi verbindet einiges: Beide stammten aus religiös-praktizierenden jüdischen Elternhäusern. Beide studierten Jura und erarbeiteten sich einen Ruf als kundige Anwälte der Arbeiterbewegung. Beide engagierten sich im linken Flügel der Sozialdemokratie und hielten am Ziel einer Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung fest. Zugleich erkannten beide den Wert eines demokratischen Verfassungsstaates, den es auch von links zu schützen und zu verteidigen galt.

Beide lehnten die Beteiligung des damaligen Deutschen Reiches am Weltkrieg ab und gerieten in scharfe Opposition zur Parteimehrheit. Zugleich trennten sie politisch Welten, insbesondere seit dem Kriegsausbruch im August 1914: Während Levi zu den ersten Akteuren des »Spartakusbundes« gehörte, versuchte Haase als einer der amtierenden SPD-Parteivorsitzenden zunächst, die Partei zurück auf einen den Krieg ablehnenden Kurs zu bewegen. Insbesondere in den Jahren 1918/19 gerieten beide auch öffentlichen in harten Widerspruch, als Haase nun als Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) die Mitarbeit im Rat der Volksbeauftragten und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung unterstützte, während Levi als Parteiführer der neu gegründeten Kommunistischen Partei (KPD) beides ablehnte und zunächst ein Weitertreiben der revolutionären Umwälzungen begrüßte.

Hugo Haase

Geboren wurde Haase¹ als ältestes von zehn Kindern am 29. September 1863 im ostpreußischen Allenstein. Das Verhältnis Haases zu seinen Eltern Nathan und Pauline wird als liebevoll und zugewandt beschrieben. Zugleich begann Haase

1 Zur Biografie Haases vgl. *Ernst-Albert Seils*, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 2016; sowie *Thilo Scholle*, Hugo Haase. Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Ber-

schon früh, sich innerlich vom jüdischen Glauben seiner Eltern zu distanzieren. Er selbst suchte die Synagoge nicht auf und folgte keinen religiösen Ritualen, richtete seinen Haushalt aber seinen Eltern zuliebe koscher ein. Zu ernsthaften Zerwürfnissen kam es, als er seinen Eltern eröffnete, seine Verlobte Thea Lichtenstein ohne religiöse Zeremonie heiraten zu wollen. Schließlich erreichte Haase einen auch für seine Eltern akzeptablen Kompromiss, indem er einen Vetter, der als Kantor arbeitete, dafür gewann, im Rahmen der Hochzeit eine Rede »mit allgemein-menschlichem Charakter« zu halten.² Neben dem Sohn Ernst bekam das Paar die Töchter Gertrud und Hilde. Nach dem Jurastudium in Königsberg ließ Haase sich dort noch während des Sozialistengesetzes als Anwalt nieder und avancierte bald zu einem der bekanntesten Sozialdemokraten in Ostpreußen.³ Im Jahr 1893 war Haase als erster sozialdemokratischer Abgeordneter in das Stadtparlament von Königsberg gewählt worden. Nach dem Tod des bisherigen Abgeordneten Carl Schultze 1897 wurde Haase als sozialdemokratischer Kandidat auch Mitglied des Reichstages. Innerhalb der Sozialdemokratie dem »marxistischen Zentrum« um August Bebel und Karl Kautsky zugehörig, machte Haase sich auch auf Parteitagern einen Namen als kluger Analytiker und Debattenredner. Nach dem Tod von Paul Singer wählte der Parteitag in Jena 1911 Haase auf Vorschlag von August Bebel in einer Kampfkandidatur gegen Friedrich Ebert zum Parteivorsitzenden.⁴

Haases Versuch, die Fraktion bei Kriegsausbruch auf eine Ablehnung der Kriegskredite festzulegen, scheiterte. Als amtierender Partei- und Fraktionsvorsitzender wurde er gedrängt, die begleitende Erklärung zur Zustimmung zu verlesen, was er letztlich aus Pflichtgefühl auch tat. Die Hoffnung, bei einer der kommenden Abstimmungen eine Mehrheit gegen die Kredite zu erreichen, gab er lange Zeit dennoch nicht auf: Mit dem am 19. Juni 1915 in der vom linken Parteiflügel dominierten »Leipziger Volkszeitung« veröffentlichten Text »Das Gebot der Stunde« bemühte sich Haase mit seinen Ko-Autoren Karl Kautsky und Eduard Bernstein, durch eher zurückhaltende und maßvolle Formulierungen in das Lager der

lin 2019. Eine Zusammenstellung von Reden und Texten Hugo Haases findet sich in *Ernst Haase*, Hugo Haase. Sein Leben und Werk, Berlin 1929.

2 Scholle, Hugo Haase, S. 12 ff.

3 Vgl. ebd., S. 15 ff.

4 Vgl. ebd., S. 23 ff.

bislang die Kriegskredite und damit die Fortsetzung des Krieges befürwortenden Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie hineinzuwirken.⁵

Zum Bruch kam es letztlich erst im März 1916, als Haase im Reichstagsplenum auch öffentlich gegen die Position der Fraktionsmehrheit sprach. Nachdem Philipp Scheidemann für die SPD-Fraktion die Zustimmung zu einem Notetat erklärt hatte, sprach Hugo Haase. Bei einem Kriegsende werde es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte geben, »nur besiegte, aus Millionen Wunden blutende Völker«. Wenn es nur um die Unversehrtheit des Reiches gehen würde, hätte man vermutlich bereits Frieden haben können. Aber auf »der anderen Seite erheben sich immer lauter Stimmen, die als Ziel des Krieges die Ausdehnung unserer Weltmacht, die Erringung der Weltherrschaft fordern, und zu diesem Zwecke die ausschweifendsten Eroberungspläne verfolgen. Man sollte annehmen, daß nur komplette Narren oder gewissenlose Verbrecher solche Pläne verfolgen können.«⁶ Haase und weitere Abgeordnete gründeten zunächst die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) und dann im Jahr 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD).⁷

Nach der Novemberrevolution übernahm Hugo Haase gemeinsam mit Friedrich Ebert den Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten, wo er unter anderem für die Außenpolitik zuständig war. Haase hatte sich stets für die Wahl einer Nationalversammlung ausgesprochen, als Voraussetzung allerdings die Durchführung weiterer ökonomischer und sozialer Reformen angemahnt, beispielsweise durch einen Einstieg in die Sozialisierung der Wirtschaft. Die Verabschiedung einer Verfassung weniger als ein Jahr nach den Umbrüchen lehnte er aus Sorge vor einer zu

5 Vgl. Brief der Opposition an die Vorstände von Partei und Reichstagsfraktion vom 9. Juni 1915, abgedruckt in *Eugen Prager*, *Das Gebot der Stunde*. Geschichte der USPD. Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, Berlin/Bonn 1980; siehe zur Einordnung beispielsweise *Peter Brandt*, *Das Gebot der Stunde*. Wie führende Sozialdemokraten den »Burgfrieden« im Ersten Weltkrieg aufkündigten, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 6/2015, S. 77 ff. sowie ausführlich *Thilo Scholle*, *Das Gebot der Stunde*. Die USPD und der Frieden, in: *Andreas Braune/Mario Hesselbarth/Stefan Müller* (Hrsg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922*. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?, Stuttgart 2018, S. 45–63, hier: S. 45 ff.

6 Plenarprotokoll des Reichstags, 37. Sitzung, 24. März 1916, S. 842 ff.

7 Vgl. *Scholle*, Hugo Haase, S. 52 ff.; sowie zur Entwicklung der USPD allgemein siehe *Hartfrid Krause*, *Die USPD 1917–1931*. Spaltung und Einheit, Münster 2021.

großen Rücksicht auf bürgerliche und kapitalistische Interessen ab.⁸ Am 8. Oktober 1919 befand sich Hugo Haase mit seiner Frau Thea auf dem Weg zum Reichstag, um unter anderem über gegenrevolutionäre Sammlungen im Baltikum zu berichten. Beim Betreten des Gebäudes gab ein Attentäter sechs Revolverschüsse auf ihn ab, von denen drei trafen. Aufgrund eines medizinischen Gutachtens wurde der Beschuldigte für unzurechnungsfähig erklärt und in eine geschlossene Anstalt eingewiesen. Die Verletzung selbst erschien zunächst nicht lebensbedrohlich, eine Blutvergiftung führte jedoch zu Komplikationen. Hugo Haase verstarb am Morgen des 7. November 1919.⁹

Paul Levi

Paul Levi¹⁰ wurde am 11. März 1883 als jüngstes von vier Geschwistern im schwäbischen Hechingen geboren. Nach der Volks- und Realschule in seinem Heimatort besuchte er ein Gymnasium in Stuttgart und legte dort das Abitur ab. Die Familie Levis war bürgerlich, Paul Levis Vater Jakob Besitzer einer Weberei, die Baumwollunterwäsche herstellte. Ihren jüdischen Glauben praktizierte die Familie aktiv: Jakob Levi hatte bereits 1864 eine Prüfung im Schächten abgelegt und bis zum Beginn seiner Tätigkeit in der Weberei als Religionslehrer gearbeitet. In den 1920er Jahren fungierte er zeitweilig als Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Hechingen. Pauls Mutter Kathie Levi, geborene Heller, wird ebenfalls als tief gläubig beschrieben.¹¹

Nach dem Jurastudium ließ Levi sich in Frankfurt nieder und wurde in der örtlichen SPD aktiv. Überregional trat er ab 1914 zunächst als Anwalt von Rosa Luxemburg in Erscheinung, mit der er auch eine, der Öffentlichkeit lange Zeit verborgen

8 Vgl. Scholle, Hugo Haase, S. 65 ff.; zu den Verfassungsdebatten auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie siehe beispielsweise Thilo Scholle, Verfassung und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse oder Verfassung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse? Verfassungsdebatten der radikalen Linken in der Revolution 1918/19 in: KJ 52, 2019, H. 3, S. 247–264, hier: S. 247 ff.

9 Vgl. Scholle, Hugo Haase, S. 79 ff.

10 Zur Biografie Levis vgl. Charlotte Beradt, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969; Sibylle Quack, Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi/Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung, Köln 1983; sowie Thilo Scholle, Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied, Berlin 2017. Eine auf sieben Bände angelegte Reihe mit Schriften, Reden und Briefen ist mittlerweile abgeschlossen. Vgl. Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Paul Levi – gesammelte Schriften, Reden und Briefe, Bde. I/1–II/3, Berlin 2016–2022.

11 Vgl. Scholle, Paul Levi, S. 12 ff.

gebliebene, Liebesbeziehung unterhielt.¹² Als Kriegsgegner zum Kriegsdienst eingezogen diente er als Soldat. Mit Rosa Luxemburg einer der Gründer der KPD, wurde er nach ihrer Ermordung Parteivorsitzender. Levi lehnte die Gründung einer bürgerlichen Republik zunächst ab und orientierte sich auch an den Entwicklungen in Russland. Zu einem Bruch mit der KPD kam es recht schnell, da Levi zum einen die politisch-ökonomische Situation als nicht mehr revolutionsbereit einschätzte, und er zum anderen die Versuche der russischen Seite, die deutsche Partei auf einen bürgerkriegsorientierten Kurs zu bringen, ablehnte.¹³ Nachdem er öffentlich scharfe Kritik an den gewaltsamen »März-Aktionen« der KPD mit vielen Toten und Verwundeten übte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen.¹⁴ Zunächst mit einer »Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft« weiterhin im Reichstag aktiv, kehrte er 1922 mit Resten der USPD zur Vereinigten Sozialdemokratie zurück. Hier gehörte er in den folgenden Jahren zu den intellektuellen Wortführern des linken Flügels und trat im Reichstag unter anderem bei Fragen der politischen Justiz und des Strafrechts in Erscheinung.¹⁵ Die Weimarer Republik betrachtete er als politischen Fortschritt: »Ein Aufgeben der demokratischen Republik bedeutete für das Proletariat nicht die Wiederherstellung der früheren Staatszustände, sondern etwas Schlimmeres: es bedeutete Reaktion im blutigsten Sinne des Wortes und eine völlige Zerschlagung des Bodens, auf dem die Arbeiterklasse politisch sich in legaler Form betätigen kann.«¹⁶ Mit der Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft« (SPW) verfügte er zudem über ein eigenes Publikations- und Debattenorgan.¹⁷ Als Rechtsanwalt weiterhin tätig, betrieb er unter

12 Vgl. dazu Quack, Geistig frei; sowie zur politischen Beziehung Hartfrid Krause, Rosa Luxemburg, Paul Levi und die USPD, Münster 2019.

13 Vgl. Scholle, Paul Levi, S. 22 ff.

14 Vgl. Paul Levi, Brief an Lenin vom 27.03.1921, in: Hermann Weber/Jekov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 2 Dokumente, Teilband 1, Berlin 2014, Dok. 35, S. 140 ff.; sowie zu den März-Aktionen siehe ausführlich Sigrid Koch-Baumgarten, Aufstand der Avantgarde. Die März-Aktion der KPD 1921, Frankfurt am Main 1986.

15 Vgl. Scholle, Paul Levi, S. 55 ff.

16 Paul Levi, Die Einigung, in: Unser Weg. Halbmonatsschrift für sozialistische Politik vom 15. August 1922, S. 296.

17 Vgl. Hans-Ulrich Ludewig, Die »Sozialistische Politik und Wirtschaft«. Ein Beitrag zur Linksopposition in der SPD 1923–1928. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1981, S. 14 ff.

anderem die Aufklärung der Ermordung Rosa Luxemburgs und die Verfolgung der Juristen, die die Täter deckten.¹⁸

Immer wieder wurde Levi mit antisemitischen Anfeindungen konfrontiert. So wurde während des Hitler-Ludendorff-Putsches in München 1923 ein fiktives Fahndungsplakat geklebt, auf dem es hieß: »Jeder Deutsche, (...) der Ebert, Scheidemann, Oskar Kohn, Paul Levi, (...) und ihre Helfer und Helfershelfer ausfindig machen kann, hat die Pflicht, sie tot oder lebendig in die Hand der völkischen Nationalregierung zu liefern.«¹⁹ Und in einer Hetzbroschüre der »Arbeitszentrale für völkische Aufklärung« vom Dezember 1924 mit dem Titel »Charakterköpfe des deutschen Reichstags« findet sich als einer von 28 Abgeordneten mit vermeintlicher »jüdischer Physiognomie« auch Paul Levi. Levi selbst hat sich von diesen Anfeindungen offensichtlich nicht aus der Ruhe bringen lassen. Im Gegenteil, im Reichstag ging er die Vertreter der völkischen Bewegung hart an, so beispielsweise bei seiner Rede in einer Immunitätsdebatte am 4. Juni 1924, als er Ludendorff und andere führende völkische Vertreter als Feiglinge bloßstellte.²⁰

Paul Levi starb 1930 bei einem Sturz aus dem Fenster seiner Wohnung in Berlin, vermutlich in Folge eines Unfalls.²¹ In seinem Nachruf auf Levi in der »Weltbühne« schrieb Carl von Ossietzky, die »Kommunisten taten Unrecht, ihn einen Abtrünnigen, die Sozialdemokraten, ihn einen Bekehrten zu nennen. Er war internationaler revolutionärer Sozialist aus Rosa Luxemburgs Schule, hat es nie verleugnet. (...) In Erinnerung bleiben wird er bei den paar hoffnungslosen Außenseitern, die sich von dem Gedanken nicht trennen können, dass auch die revolutionäre Politik starke, eigenwillige Individualitäten braucht und dass sie mit einem Manne wie Paul Levi noch immer besser fährt als mit den korrekten Bureauvorstehern des Radikalismus. Paul Levi war dem Sozialismus verschworen wie kaum ein Anderer, aber nicht der Partei, nicht ihren Buchstaben, nicht ihren Opportunitäten und Rücksichten. Deshalb bedeutet sein Tod mehr als der irgend eines Politikers, deshalb will an dieser Bahre die quälende Leere der Hoffnungs-

18 Vgl. Scholle, Paul Levi, S. 63 ff.

19 Zit. nach Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2014, S. 356.

20 Vgl. Protokolle des Reichstags, Bd. 381, 6. Sitzung, 4.6.1914, S. 87C- 91B.

21 Vgl. Scholle, Paul Levi, S. 69 ff.

losigkeit nicht weichen. Er war eine eigene Macht, mit seinen Widersprüchen und Irrtümern seine eigne Fahne, und diese Fahne ist gesunken».²²

Fazit

Auch wenn Haase und Levi während und nach Ende des Weltkriegs zu unterschiedlichen politischen Einschätzungen kamen, teilten sie insbesondere den Anspruch, die politische Strategie für weitreichende gesellschaftliche Transformationen auf Basis einer nüchternen Analyse der gegenwärtigen politisch-ökonomischen Verhältnisse entwickeln zu wollen.²³ Obwohl selbst nicht religiös, fühlten sie sich mit dem Judentum über ihre jeweiligen Familien verbunden. Sowohl über ihre Karrieren als Rechtsanwälte wie auch als Politiker hatten beide mit antisemitischen Anfeindungen zu kämpfen. Bei öffentlichen Stellungnahmen gegen den Antisemitismus stand allerdings nicht ihr persönlicher Hintergrund, sondern ihre politische Identität als Sozialisten im Mittelpunkt. Ihre Biografien zeigen zudem den intellektuellen Reichtum der zeitgenössischen Sozialdemokratie. Beide starben früh, ihr Einsatz fehlte der SPD, letztlich aber auch allen Kräften, die bei der Verteidigung der Republik den Kampf gegen reaktionäre Interessen ernst nahmen.

Literatur

Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969.

Brandt, Peter, Das Gebot der Stunde. Wie führende Sozialdemokraten den »Burgfrieden« im Ersten Weltkrieg aufkündigten, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2015, H. 6, S. 77 ff.

Haase, Ernst, Hugo Haase. Sein Leben und Werk, Berlin 1929.

Koch-Baumgarten, Sigrid, Aufstand der Avantgarde. Die März-Aktion der KPD 1921, Frankfurt am Main 1986.

Krause, Hartfrid, Die USPD 1917–1931. Spaltung und Einheit, Münster 2021.

²² *Carl von Ossietzky*, Paul Levi, in: Die Weltbühne 26, 1930, H. 1, S. 280 ff.

²³ Zu den Neuordnungsprozessen und inhaltlichen Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Strömungen der Sozialdemokratie gegen Ende des Ersten Weltkriegs und zu Beginn der Weimarer Republik vgl. *Uli Schöler/Thilo Scholle*, Weltkrieg – Spaltung – Revolution: Zur Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Bonn 2018, S. 11–33, hier: S. 11 ff.; sowie die im Band gesammelten Beiträge.

- Levi, Paul*, Brief an Lenin vom 27.03.1921, in: *Hermann Weber/Jekov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein* (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern. Band 2. Dokumente, Teilband 1, Berlin 2014, Dok. 35, S. 140 ff.
- Levi, Paul*, Die Einigung, in: *Unser Weg*. Halbmonatsschrift für sozialistische Politik, 15. August 1922, S. 296.
- Ludewig, Hans-Ulrich*, Die »Sozialistische Politik und Wirtschaft«. Ein Beitrag zur Linksopposition in der SPD 1923–1928. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1981.
- Ossietzky, Carl von*, Paul Levi, in: *Die Weltbühne* 26, 1930, H. 1, S. 280 ff.
- Prager, Eugen*, Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD. Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, Berlin/Bonn 1980.
- Quack, Sibylle*, Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi/Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung, Köln 1983.
- Schöler, Uli/Thilo Scholle*, Weltkrieg – Spaltung – Revolution: Zur Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Bonn 2018, S. 11–33.
- Scholle, Thilo*, Das Gebot der Stunde. Die USPD und der Frieden, in: *Andreas Braune/Mario Hesselbarth/Stefan Müller* (Hrsg.), Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?, Stuttgart 2018, S. 45–63.
- Scholle, Thilo*, Hugo Haase. Anwalt und Abgeordneter im Zentrum der Sozialdemokratie, Berlin 2019.
- Scholle, Thilo*, Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied, Berlin 2017.
- Scholle, Thilo*, Verfassung und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse oder Verfassung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse? Verfassungsdebatten der radikalen Linken in der Revolution 1918/19 in: *KJ* 52, 2019, H. 3, S. 247–264.
- Schütrumpf, Jörn* (Hrsg.), Paul Levi – gesammelte Schriften, Reden und Briefe, Bde. I/1–II/3, Berlin 2016–2022.
- Seils, Ernst-Albert*, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 2016.
- Wein, Susanne*, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2014.

Die Sozialdemokratie als jüdischer Emanzipationsraum

Christian Dietrich

Es wird »nichts anderes möglich sein, als uns an die Sozialdemokratie zu halten, denn die anderen Parteien lassen sich nicht mobilisieren«.¹ Samo Winter, Vorsitzender der Fischacher Ortsgruppe des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« (C.V.), schrieb im April 1928 mit einem ernsten Anliegen an den C.V.-Vorstand nach Berlin. Der 1893 gegründete Centralverein, mit über 60.000 Mitgliedern die größte jüdische Abwehrorganisation gegen den Antisemitismus, verhielt sich offiziell politisch neutral. Aber zwischen politischer Neutralität und den politischen Verhältnissen vor Ort existierte ein Widerspruch, den Winter explizit herausstellen wollte: Anders als die Bayerische Volkspartei wären die Sozialdemokraten in der Vergangenheit bei völkischen Provokationen in Fischach eingeschritten und hätten dadurch antisemitische Unruhen verhindert. Die Antwort des Vorstandes war eindeutig. Man pflege gute Kontakte zu allen Parteien, die sich gegen den Judenhass aussprechen, und wolle kein bevorzugtes Verhältnis mit der Sozialdemokratie eingehen.

Auf den zweiten Blick wird eine besondere Nähe von Sozialdemokratie und Centralverein dennoch deutlich.

Zwei weitere Beispiele aus der Provinz belegen das von Samo Winter skizzierte sozialdemokratische Engagement. So fragte die C.V.-Ortsgruppe Rostock vor den Landtagswahlen vom 22. Mai 1927 bei der für sie zuständigen Führung in Hamburg-Altona an, ob die Beiträge der hiesigen Mitglieder einbehalten und zur Unterstützung der linksgerichteten Parteien ausgegeben werden könnten.² Offenbar hatten die Rostocker ähnliche Erfahrungen gemacht wie der Vorsitzende der Tilssiter C.V.-Ortsgruppe Leo Wilk. Wilk teilte dem C.V.-Vorstand im September

1 CAHJP HM 2/8720.1247, Blatt 26–28, hier: Blatt 27, Schreiben Samo Winters an den Central-Verein Berlin; Fischach, den 1. April 1928.

2 Vgl. CAHJP HM2/8719.1186, Blatt 182, Schreiben der Ortsgruppe Hamburg-Altona des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an den Central-Verein, Berlin betreffend die Ortsgruppe Rostock; Hamburg, den 9. Mai 1927.

1925 mit, dass man sich »in den Fällen des Antisemitismus auf die Demokraten und Sozialdemokraten (...) außerordentlich verlassen kann«.³ Finanzielle Unterstützung des sozialdemokratischen Wahlkampfes durch den C. V. war am Ende der Weimarer Republik keine Ausnahme.⁴

Auch der »Vorwärts«, das sozialdemokratische Zentralorgan, kündigte regelmäßig Veranstaltungen des Centralvereins an und berichtete gelegentlich detaillierter, insbesondere wenn sozialdemokratische Redner und Rednerinnen als Gäste auftraten. 1932 gratulierte wiederum Carl Severing, der sozialdemokratische Innenminister Preußens, zum zehnjährigen Bestehen der C.V.-Zeitung. Severing wünschte, »dass [die C.V.-Zeitung] unbeirrt weiter kämpfen möge für die Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger, gleichviel welcher Konfession und Rasse, dass sie nicht erlahmen möge im Streit gegen niedrige Verleumdung und Rassenhetze«.⁵

Eine besondere Verbindung

Die Beziehung von Centralverein und Sozialdemokratie ging über Grußworte, Spenden und Veranstaltungshinweise weit hinaus. Vielmehr befanden sich der Centralverein wie die Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik in einer politischen Konstellation, in der sie Verbündete in der Abwehr des Nationalsozialismus, im Kampf für die Republik und die Sicherung der Bürgerrechte der deutschen Jüdinnen und Juden waren. Als der Centralverein 1929 das Büro Wilhelmstraße gründete, entwickelte sich eine aktive Zusammenarbeit mit der SPD. Das Büro dokumentierte Aussagen von NS-Größen, analysierte nationalsozialistische Agitation sowie das Auftreten der NSDAP-Politiker in den Parlamenten und publizierte Materialsammlungen als Argumentationshilfe für die Gegenrede. Hans Reichmann, im sozialdemokratisch dominierten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold organisiert, und Walter Gyßling, selbst Mitglied der SPD, leiteten die

3 CAHJP HM2/8720.1213, Blatt 210, Schreiben des Vorsitzenden der Centralverein-Ortsgruppe Tilsit an Herrn Justizrat Brodnitz; Tilsit, den 5. September 1925.

4 Vgl. *Helmut Berding*, *Moderner Antisemitismus*, Frankfurt am Main 1988, S. 226.

5 AsD NL Carl Severing 1/CSAB000026 Ordner 26, Blatt 72, Artikelentwurf für die C.V.-Zeitung, 30. Mai 1932. Der Text wurde abgedruckt in: Glückwünsche zu unserem Jubiläum, in: C.V.-Zeitung vom 3.6.1932, S. 235.

Arbeit des Büros, dessen Arbeitsergebnisse wiederum Eingang in die sozialdemokratische Presse fanden.

Mit dem Bedeutungsverlust der linksliberalen DDP in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre änderte sich zudem das Wahlverhalten der deutschen Jüdinnen und Juden. Die in ihrer Mehrheit aus bürgerlich-liberalem Milieu stammenden deutsch-jüdischen Wählerinnen und Wähler gaben ihre Stimme zunehmend der SPD. Der Wählerwechsel zur SPD war möglich, weil die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt auf eine fast vierzigjährige Tradition der Aufklärung gegen den Antisemitismus zurückblicken konnte. Die ging im Wesentlichen auf August Bebels Rede beim Kölner Parteitag 1893 zurück.⁶

Diese Tradition und eine politische Weltanschauung, die statt konfessioneller Unterschiede zu betonen auf sozioökonomischen Analysen beruhte, verhinderten die Ausbreitung des Antisemitismus in der Partei. »Die politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung sind völlig unabhängig von der religiösen Überzeugung und den weltanschaulichen Meinungen ihrer einzelnen Glieder«.⁷ Der Satz stammt aus einem Antrag Rudolf Hilferdings, den die Delegierten des Kieler Parteitags 1927 annahmen. Inhaltlich neu war er insofern, als dass er das sozialdemokratische Verhältnis zur Religion entspannte. Die Beziehung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Sozialdemokraten beschrieb er stärker, als dass er sie veränderte. Denn schon im Kaiserreich eröffnete die SPD Emanzipationsräume, die sich durch geringe Bedeutung von Herkunft in einer ansonsten stark herkunftsorientierten Gesellschaft und einer egalitären Zukunftsvision auszeichneten, die Gleichberechtigung und Teilhabe für alle versprach. Zählt man die Reichstagsabgeordneten und Funktionsträger der Partei, die aus einem jüdischen Elternhaus stammten, so wird dies offenbar. Ihre Zahl lag deutlich über dem statistischen Durchschnitt und auch in der offiziellen sozialdemokratischen Kriegserinnerung spielte mit Ludwig Frank ein jüdischer Sozialdemokrat eine zentrale Rolle. Frank hatte sich im Sommer 1914 freiwillig zum Kriegseinsatz gemeldet und war nach wenigen Wochen gefallen. Für die Sozialdemokratie war Franks Tod ein Symbol des eigenen Patriotismus. Der Bundesvorstand des Reichsbanners schlug daher

⁶ Vgl. *Christian Dietrich*, Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021, S. 9 ff.

⁷ Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 265.

in Franks zehntem Todesjahr vor, einen Gedenkstein errichten zu lassen. Im Reichsbanner, der Zeitschrift der Organisation, hieß es: »Ludwig Frank, der Jude und Sozialdemokrat, lehnte alle Angebote, ihn seinem Alter gemäß außerhalb der Gefahrenzone zu verwenden, standhaft ab.«⁸ Selbst die weniger prominenten jüdischen Soldaten des Ersten Weltkrieges hatten einen festen Platz in der Erinnerungskultur des sozialdemokratisch geprägten Reichsbanners. Anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals auf dem Israelitischen Friedhof organisierte das Reichsbanner am 6. Juni 1926 einen Umzug durch die Leipziger Innenstadt.⁹

Antisemitismus in der Sozialdemokratie

So glänzend diese Bilanz ist, die Geschichte hat ihre Schattenseiten. In den sozialdemokratischen Reihen fanden sich auch Antisemiten und Geltungspolitiker, die rassistische Ressentiments schürten. Einer von ihnen hieß August Winnig, war 1919/20 Oberpräsident von Ostpreußen und sprach den deutschen Jüdinnen und Juden ihre nationale Zugehörigkeit ab. Kritikwürdig waren zudem die Positionen der Mehrheitssozialdemokratie zur Frage, ob man den vor antisemitischer Gewalt geflohenen Jüdinnen und Juden aus Osteuropa Asyl gewähren sollte. Schließlich setzte die von Samo Winter gelobte bayerische Sozialdemokratie einen Tiefpunkt, als sie im Januar 1930 zusammen mit der NSDAP für ein Verbot koscheren Schlachtens stimmte.

Aber es spricht für das Aufklärungsniveau im sozialdemokratischen Milieu, dass im »Vorwärts« und in der »Freiheit« Kritik an Winnigs Äußerungen laut wurde und dass sich die USPD gegen die mehrheitssozialdemokratische Auffassung vom Primat der Staatsbürgerschaft stellte, den vom Antisemitismus Verfolgten Asyl gewähren wollte und jeden Antisemitismus ablehnte, unabhängig davon, ob der sich gegen die bürgerliche Gleichberechtigung der deutschen oder gegen die verfolgten osteuropäischen Jüdinnen und Juden richtete.

8 O.A., Gedenkstein für Ludwig Frank, in: Das Reichsbanner. Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 6, 1924, o. S. In der Agitation gegen nationalsozialistische Frontgeistrhetorik bildete Ludwig Frank als jüdischer und marxistischer Kriegsfreiwilliger ebenfalls einen Referenzpunkt. Vgl. Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner e. V. (Hrsg.), Die Partei der Phrase, Magdeburg 1929/30, S. 33.

9 Vgl. StA L 20031 Polizeipräsidium Leipzig Nr. PP-St 30, Blatt 63, Abschrift des Schreibens der Verkehrsabteilung im Polizeipräsidium Leipzig an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Leipzig; Leipzig, den 5. Juni 1926.

Fazit

Emanzipation ist keine Einbahnstraße. Es würde das Wirken jüdischer Sozialdemokraten auf ein reines Mitmachen reduzieren, wenn unerwähnt bliebe, dass sie es waren, die die Entwicklung maßgeblich mitgestalteten. Sie taten dies in den Anfangsjahren der Sozialdemokratie wie Ferdinand Lassalle, in der sozialistischen Theoriebildung wie Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg, in der Antikriegspolitik wie Hugo Haase, in der Schulpolitik wie Kurt Löwenstein und in der Wirtschaftspolitik wie Fritz Naphtali. Die Geschichte der Sozialdemokratie erzählen heißt auch, über die politische Geschichte der Juden in Deutschland zu sprechen. Treffend für eine solche Erzählung sind die Worte Friedrich Engels', der im April 1890 an Isidor Ehrenfreund schrieb:

»Viele unserer besten Leute sind Juden. Mein Freund Victor Adler, der jetzt seine Hingebung für die Sache des Proletariats im Gefängnis in Wien abbüßt, Eduard Bernstein, der Redakteur des Londoner ›Sozialdemokrat‹, Paul Singer, einer unserer besten Reichstagsmänner – Leute, auf deren Freundschaft ich stolz bin, und alles Juden! Bin ich doch selbst von der ›Gartenlaube‹ zum Juden gemacht worden, und allerdings, wenn ich wählen müßte, dann lieber Jude als ›Herr von‹!«¹⁰

Literatur

Berding, Helmut, Moderner Antisemitismus, Frankfurt am Main 1988.

Dietrich, Christian, Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021.

Marx, Karl/Friedrich Engels, Marx-Engels-Werke, Bd. 22, Berlin 1990.

¹⁰ *Karl Marx/Friedrich Engels*, Marx-Engels-Werke, Bd. 22, Berlin 1990, S. 50 f.

Elias Laub – Ein Verleger zwischen osteuropäisch-jüdischer und deutscher Arbeiterbewegung

Stefan Braun

Im Herbst 1897 wurde in Vilnius der »Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland« (kurz: Bund) gegründet. Der Bund hatte als sozialistische Arbeiterpartei den Anspruch, das jüdische Proletariat im Zarenreich, dessen Sprache das Jiddische war, zu organisieren. Er war jedoch nicht nur auf das Zarenreich beschränkt, sondern breitete sich von Beginn an als transnationale Bewegung aus.¹ Bundistische Student_innengruppen und Arbeiter_innenvereine entstanden bereits kurz nach der Gründung in verschiedenen Ländern. In Deutschland gründeten sich erste bundistische Zirkel bereits um die Jahrhundertwende. Zu den Bundist_innen im Kaiserreich gehörten unter anderem Sonja Lerch, deren Leben Ernst Toller im Drama »Masse Mensch« verarbeitete, Frida Rubiner, die dem ersten Zentralkomitee der KPD angehörte und der Verleger Elias Laub. Anhand der Biografie Laubs sollen hier biografische Entwicklungslinien von Bundist_innen in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts exemplarisch nachvollzogen werden.²

Elias Laub wurde am 1. Oktober 1886 in Zagorow, Kalisz in eine chassidische Familie geboren. Um 1905 ging er wie viele andere osteuropäisch-jüdische Arbeitsmigranten nach Berlin und war dort als Zigarrenarbeiter tätig. Dort trat er 1907

1 Zum Bund vgl. *Gertrud Pickhan*, »Gegen den Strom«, Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918–1939, Stuttgart u. a. 2001; *Frank Wolff*, Neue Welten in der Neuen Welt: Die Transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947, Köln 2014.

2 Vgl. *Jakob Stürmann*, Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbunds der Sowjetunion im Berlin der Weimarer Republik, in: *Markus Börner/Anja Jungfer/Jakob Stürmann* (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018, S. 64–80, hier: S. 65 f.; *Jacob Scholem Hertz*, Dr. Sara Rabinovitch, in: *ders.* (Hrsg.), *Doyres Bundistn*. Bd. 3, New York 1968, S. 189–191; *Franz Kurski*, *Gezamelte Shriftn*, New York 1952, S. 205.

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Zudem war Laub wahrscheinlich in jenen Jahren bereits im Berliner Bund aktiv.³

Bundistischer Organisator und kommunistischer Verleger in Berlin 1914–1921

Im Ersten Weltkrieg kamen ungefähr 80.000 osteuropäisch-jüdische Arbeiter_innen aus dem Zarenreich nach Deutschland. Das linke jiddischsprachige Milieu erlebte durch den Zuzug ein starkes Wachstum. In Berlin gründete sich der einflussreiche »Perets-Farayn«, der in seinen Hochzeiten 1800 Mitglieder umfasste, wobei die Bundist_innen die stärkste Fraktion bildeten. Der Verein bot unter anderem verschiedene Fortbildungskurse, eine Theatergruppe und einen Chor an.⁴ Elias Laub, der im Gegensatz zu den meisten anderen Arbeiter_innen bereits vor dem Krieg in Deutschland gelebt hatte, wurde Teil des Vorstands. Gleichzeitig engagierte Laub sich nicht nur »oyf der yidishe gas«. Während des Ersten Weltkrieges schloss sich der Bundist der linken Antikriegsbewegung an, trat der USPD und der Spartakusgruppe bei. In letzterer übernahm er eine wichtige Funktion, da er, laut seinem Schwiegersohn Lewis Coser, einen Großteil der Texte der Gruppe in seiner Druckerei druckte. Am 24. März 1918 wurde er zusammen mit Leo Jogiches und weiteren 13 Angehörigen der Spartakusgruppe verhaftet und vor dem Reichsgericht des Landesverrats angeklagt.⁵

Wenige Monate später änderte die Novemberrevolution 1918 die Situation. Elias Laub kam frei und beteiligte sich am revolutionären Geschehen, zunächst noch als USPD-, dann als KPD-Mitglied. Sein Biograf Khaim Kazdan berichtete lakonisch darüber, dass Laub in jener Zeit als »Polizeikommissar« arbeitete. Die Quellen zeigen jedoch, dass Elias Laub eine wesentliche Rolle in den Ereignissen spielte, die zum sogenannten Spartakusaufstand führten. Er leitete im Winter 1918/19

3 Vgl. Lewis A. Coser (Hrsg.), Rosa Laub Coser. Soziale Rollen und soziale Strukturen, Graz 1999, S. 7; Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Leipzig 2008, S. 187; Luban nennt ein anderes Geburtsdatum als Kazdan. Der vorliegende Text hat das Geburtsdatum von Kazdan übernommen: Khaim Kazdan, Elias un Lise Laub, in: Jacob Scholem Hertz (Hrsg.), Doyres Bundistn, Bd. 3, New York 1968, S. 314–316, hier: S. 314.

4 Vgl. Ann-Christin Saß, Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik, Göttingen 2012, S. 159 f.

5 Vgl. Karl Retzlau, Spartakus Aufstieg und Niedergang, Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1971, S. 86; Coser, Rosa Laub Coser, S. 7 f.; Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, S. 177.

ein Werbebüro, das im Auftrag des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) vor allem USPDler für die Polizei werben sollte, um den Einfluss der linken Kräfte der Revolution zu stärken. Elias Laub war während der Weihnachtskämpfe im Winter 1918/19 für die Waffenausgabe an Revolutionäre mitverantwortlich. Unter anderem an diesen Umstrukturierungsmaßnahmen eskalierte der Konflikt zwischen den gemäßigten und den radikalen Kräften. Eichhorn spielte hier eine entscheidende Rolle: Wegen seiner Unterstützung der Revolutionäre sollte dieser als Polizeipräsident abgesetzt werden. Eine Großdemonstration, die sich dagegen richtete, mündete letztlich im Spartakusaufstand. Während jener Ereignisse kämpfte Laub an der Seite Eichhorns im Polizeipräsidium.⁶

Nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand war Laub am Aufbau der neugegründeten KPD beteiligt. Seit 1920 betrieb er zunächst zusammen mit Arthur Seehof und später alleine den KPD-nahen Verlag »A. Seehof & Co«. Neben Texten von Lenin oder Paul Levi wurde zwischen 1920 und 1921 auch die bundistische Zeitschrift »Der Morgenshtern« auf Jiddisch gedruckt. Einerseits informierte die Zeitschrift über bundistische Aktivitäten im gesamten Deutschen Reich, beispielsweise in Duisburg, Essen und Berlin, andererseits vermittelte sie ein positives Bild der Oktoberrevolution, die auch unter den Bundist_innen viele Anhänger fand. Damit war die Zeitschrift ein wichtiges Organisationsorgan des Bunds und verdeutlicht ebenso die Einstellung einer Mehrheit der Bundist_innen in Deutschland in den frühen 1920er Jahren.⁷

Vom Kommunismus zum Linkssozialismus 1921–1924

Spätestens Ende 1921 lehnte Elias Laub einen zunehmenden Einfluss der russischen Bolschewiki ab und unterstützte in einem der zahlreichen Richtungskämpfe Ernst Reuter (Friesland), weswegen er mit weiteren Funktionären Anfang 1922 aus der KPD ausgeschlossen wurde.⁸ In der Folge entwickelte sich im Februar 1922 ein öffentlichkeitswirksamer Streit um die Eigentümerrechte des Verlags

6 Vgl. dazu den abgedruckten Untersuchungsbericht in Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Spartakusaufstand. Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Berlin 2018, S. 39 f.

7 Vgl. exemplarisch: Der Morgenshtern. Tsaytshrif far politik un sotsiale fragen vom 31.1.1921.

8 Vgl. dazu unter anderem: Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands vom 13.1.1922, S. 2.

zwischen der KPD und Elias Laub. Höhepunkt des Konflikts war die Erstürmung des Ladenlokals und der Versuch der gewaltsamen Übernahme durch Wilhelm Pieck und andere Kommunisten. Aus der Sicht der Zeitgenoss_innen spielte auch Laubs jüdische Identität in diesem Konflikt eine Rolle. Das Gedicht »Kommunistischer Bänkelsang«, das im »Vorwärts« erschien, verarbeite die Erstürmung des Seehof Verlags und nahm an zwei Stellen Bezug auf Laubs jüdische Identität:

»Der Laub sei aus dem Laden rausgefeuert,
Weil er zu stark levitisch angesäuert....«

»Levitisch« hat hier offensichtlich eine Doppelbedeutung. Zum einen bezieht sich der Autor auf Paul Levi, der bereits aus der KPD ausgeschlossen wurde, zum anderen scheint er anzudeuten, dass Laubs jüdische Identität ein Problem für die KPD gewesen sei. Dies wird deutlicher, wenn man einen weiteren Vers hinzuzieht, der sich auf ebenfalls am Konflikt beteiligte Polizisten bezieht:

»Hier rückt sie [die Polizei] an. Doch Pieck erklärt devot:
»Was denn? Wir schlagen hier nur Juden tot.«⁹

Offensichtlich zeigt der Konflikt um den Verlag »A. Seehof & Co«, dass auch Linke in den 1920er Jahren in innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht vor Antisemitismus zurückschreckten.

Schließlich setzte Laub sich im Konflikt vor Gericht durch und benannte den Verlag in »Laub'sche Verlagsbuchhandlung« um. In einem Brief an Max Nettlau erklärte er sein Verlagsprogramm: »Ich habe im Gegenteil mir zur Aufgabe gestellt, bedeutende Sozialisten, die im Rahmen der gegenwärtigen soz. Parteien sabotiert werden, zu sammeln.«¹⁰ Allmählich entwickelte sich die »Laub'sche Verlagsbuchhandlung« zum zentralen linksozialistischen Verlag, unter anderem mit Texten von Rosa Luxemburg, Luise Kautsky, Alexandra Kollontai, Max Adler, Julian Borchardt und vielen mehr.

9 Mich. von Lindenhecken (Pseudonym von Erich Kuttner), Kommunistischer Bänkelsang, in: Vorwärts vom 3.2.1922, S. 2.

10 Elias Laub an Max Nettlau, 8. Oktober 1923 [Max Nettlau Papers Nr. 743, International Institute of Social History, Amsterdam].

Ein Drucker für das jüdische Antwerpen 1924–1939

1924 zog Elias Laub mit seiner Familie nach Antwerpen. Luise Kautsky hatte ihm eine Wohnung in Berlin angeboten, die er jedoch nicht annahm. Die Ablehnung begründete der Bundist damit, dass er als »jüdischer Ausländer« vom Wohnungsamt Berlins abgelehnt werden würde. Ein häufiges Problem für osteuropäisch-jüdische Migranten nach 1918.¹¹ Die »Laub'sche Verlagsbuchhandlung« verkaufte er an Otto Brass. In Antwerpen, das eine große jüdische Gemeinde besaß, hoffte er wohl, ein erfolgreiches Unternehmen aufbauen zu können. Er gründete die kleine Druckerei die »Imprimerie d'Editions Laub«, die vor allem jüdische Literatur druckte.¹² Unter anderem verlegte er ein Buch Bernhard Friedbergs zur Geschichte der Familie Horowitz und einen Bericht für den Jüdischen Nationalfonds. Ebenso druckte er in den 1920er Jahren regelmäßig Flugblätter für bundistische Gruppen in Belgien.¹³ Darüber hinaus hielt Laub auch Kontakt mit deutschen Sozialdemokrat_innen. Nach 1933 lebte die aus Deutschland emigrierte Rosi Wolfstein-Frölich bei der Familie Laub und auch Willy Brandt soll die Familie besucht haben. Zudem druckte er Material für die Widerstandsarbeit der SAPD.¹⁴

Ein Bundist zwischen deutschem und osteuropäisch-jüdischem Exil 1939–1949

1939 entschied sich die Familie Laub, aufgrund der Gefahr durch die Nationalsozialisten, in die USA überzusiedeln. Nach einem Aufenthalt in Los Angeles, gründete er in New York seinen letzten Verlag, die »E. Laub Publishing Co.«.¹⁵ In ihm erschienen unter anderem jiddische Literatur, darunter Bücher des Historikers Simon Dubnow, Prosa von Schalom Asch, aber auch Texte aus dem bundis-

11 *Elias Laub an Luise Kautsky*, 14. Juli 1924 [Karl Kautsky Papers Nr. 5005, International Institute of Social History, Amsterdam].

12 Vgl. *Elias Laub an Luise Kautsky*, 9. September 192? [o. J.; Karl Kautsky Papers Nr. 5005, International Institute of Social History, Amsterdam]; *Coser*, Rosa Laub Coser, S. 7f.

13 Vgl. Flugblätter des Bundes in Belgien [Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Collection Nr. 316, International Institute of Social History Amsterdam].

14 Vgl. *Riccardo Altieri*, »Antifaschisten, das waren wir...«. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022, S. 328; *Schütrumpf*, Spartakusaufstand, S. 39.

15 Vgl. *Ernst Fischer*, Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Drittes Reich, Bd. 3., Der Buchhandel im deutschsprachigen Exil 1933–1945, Frankfurt am Main 2021, S. 574.

tischen Milieu. Wie in Belgien blieb Laub weiterhin in den transnationalen Netzwerken des Bunds und der deutschen Arbeiterbewegung verankert. Mit Paul Frölich und Rosi Wolfstein-Frölich teilte sich Familie Laub eine Wohnung. Er besuchte Veranstaltungen linker deutscher Organisationen, wie Ruth Fischer zu berichten wusste, wobei sie ihn als »heftigen Antistalinisten« bezeichnete. Ebenso engagierte er sich im »Arbeter Ring« und weiteren Organisationen des bundistischen Milieus New Yorks.¹⁶

Im Oktober 1949 starb Elias Laub. Vier Kontinuitäten lassen sich in seinem Leben festhalten: Erstens ist sein Wirken als Drucker und Verleger zu nennen, wodurch er organisatorisch Einfluss auf die Arbeiterbewegung nahm, wenngleich er nicht der klassische Parteifunktionär war. Zweitens war Jüdischsein zentraler Bezugspunkt in seinem Leben, wenngleich er nicht religiös war, verdeutlicht sich dies in seinem Engagement für den Bund und dem Verlegen jiddischer Literatur. Drittens waren Erfahrungen von Antisemitismus eine Konstante in Laubs Leben. Viertens blieb er auch nach Wegzug aus Deutschland in den transnationalen (politischen) Netzwerken der deutschsprachigen Linken verhaftet. Wenig verwunderlich druckten nach dessen Tod sowohl der jiddische »Forverts« als auch der deutschsprachige »Aufbau« Nachrufe auf Elias Laub.¹⁷

Literatur

Altieri, Riccardo, »Antifaschisten, das waren wir...«. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022.

Coser, Lewis A. (Hrsg.), Rosa Laub Coser. Soziale Rollen und soziale Strukturen, Graz 1999.

Fischer, Ernst, Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Drittes Reich, Bd. 3. Der Buchhandel im deutschsprachigen Exil 1933–1945, Frankfurt am Main 2021.

Fischer, Ruth/Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, Hrsg. von *Peter Lübke*, München 1990.

Kazdan, Khaim: Elias und Lise Laub, in: *Jacob Scholem Hertz* (Hrsg.), Doyres Bundistn, Bd. 3., New York 1968, S. 314–316.

¹⁶ *Ruth Fischer/Arkadij Maslow*, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hrsg. von *Peter Lübke*, München 1990, S. 182; Forverts vom 6.10.1949, S. 12; *Altieri*, Antifaschisten, S. 431.

¹⁷ Vgl. Aufbau vom 14.10.1949, S. 11; Forverts vom 6.10.1949, S. 12.

- Kurski, Franz*, Gezamelte Shriftn, New York 1952.
- Luban, Ottokar*, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Leipzig 2008.
- Pickhan, Gertrud*, »Gegen den Strom«. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918–1939, Stuttgart u. a. 2001.
- Retzlaw, Karl*, Spartakus Aufstieg und Niedergang, Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1971.
- Saß, Ann-Christin*, Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik, Göttingen 2012.
- Scholem Hertz, Jacob*, Dr. Sara Rabinovitsh, in: *ders.* (Hrsg.), *Doyres Bundistn*, Bd. 3, New York 1968, S. 189–191.
- Schütrumpf, Jörn* (Hrsg.), Spartakusaufstand. Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Berlin 2018.
- Stürmann, Jakob*, Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbunds der Sowjetunion im Berlin der Weimarer Republik, in: *Markus Börner/Anja Jungfer/Jakob Stürmann* (Hrsg.), *Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Berlin/Boston 2018, S. 64–80.
- Wolff, Frank*, Neue Welten in der Neuen Welt: Die Transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947, Köln 2014.

»Frei Heil« und Davidstern – Jüdische Arbeitersportvereine 1919–1933

Yuval Rubovitch

Jüdische (Arbeiter-)Sportvereine

Die deutsche und weltweite Geschichtsforschung zum jüdischen Sport floriert in den letzten Jahren wie nie zuvor. Neben der Vergangenheitsbewältigung mehrerer Vereine, die sowohl ihre jüdische wie ihre Tätergeschichte vor und während der NS-Zeit erforschen, findet sich mittlerweile einschlägige Literatur über die Geschichte der jüdischen Turn- und Sportvereine.

Im Allgemeinen wird hier stets der Unterschied zwischen dem »deutschen Makkabikreis« bzw. »Makkabi« (dem zionistischen Sportverband) und den Sportvereinen des »Reichsbund jüdischer Frontsoldaten« (RjF, der deutsch-patriotisch geprägt war) betont. Dazu kamen im Westen Deutschlands auch die jüdischen Vereine des neutralen Verbands »VINTUS«, die sich weder als Zionisten noch als Patrioten definieren wollten.¹

Neben diesen Vereinsgruppen lässt sich aber noch eine vierte Gruppe erwähnen: die jüdischen Arbeitersportvereine, die im »Arbeiter- Turn- und Sportbund« (ATSB) angegliedert waren – 1919 auf der Basis des 1893 gegründeten »Arbeiterturnerbunds« (ATB) gegründet, bis Mai 1933 zwangsaufgelöst. Ein kleiner Teil der Makkabi-Vereine, der sich sowohl als zionistisch als auch ausdrücklich als sozialistisch verstand, war ebenfalls im ATSB angegliedert. Wie beim bürgerlichen Sport waren auch beim Arbeitersport die meisten jüdischen Sportlerinnen und Sportler in paritätischen Vereinen aktiv. Auch gab es eine Reihe jüdischer Sportvereine, die ihren Mitgliedern eine explizit jüdische Sportatmosphäre anboten, was vor allem auf eine antisemitismusfreie Atmosphäre innerhalb der jeweiligen Vereine abzielte.²

1 Vgl. Lorenz Peiffer/Henry Wahlig, Jüdische Fußballvereine im nationalsozialistischen Deutschland, Göttingen 2015, S. 12 ff.; vgl. Yuval Rubovitch, Mit Sportgeist gegen die Entrechtung. Die Geschichte des jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig, Leipzig 2020, S. 13 ff.

2 Vgl. Peiffer/Wahlig, Jüdische Fußballvereine, S. 12 ff.

Lorenz Peiffer und Henry Wahlig haben in ihrem Lexikon »Jüdische Fußballvereine im nationalsozialistischen Deutschland« acht jüdische Arbeitersportvereine erwähnt: die zionistischen Makkabi-Vereine »Bar Kochba [BK] Köln«, »BK Chemnitz«, »Makkabi Oberhausen«, »BK Hamborn«, »BK Magdeburg«, »BK Duisburg« und »BK Königsberg«, sowie der »jüdische Arbeiter- Turn und Sportverein Leipzig« (Jüdat), der sich nicht als zionistisch definierte.³ Diese Auflistung lässt sich noch um mindestens zwei Vereine ergänzen: den »Jüdischen Arbeitersportklub Frankfurt« (JASK) und »Hapoel Hamburg«. All diese Vereine spielten in den verschiedenen Kreisen und Bezirken des ATSB und pflegten dazu Verbindungen mit anderen jüdischen Vereinen.

Eine nicht-jüdische Auffassung jüdischer Arbeitersportvereine zeigte der Magdeburger Paul Ellermann am 26. Oktober 1931 in der »freien Sportwoche«, als er keinen Widerspruch zwischen der sozialistischen und der jüdischen Gesinnung sah:

»Auch in Magdeburg ist der Bar-Kochba-Verein Mitglied unseres Bundes. Dieser Verein hat sich innerhalb des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes gut entwickelt und steht in recht freundschaftlichem Verkehr mit allen Bundesvereinen. (...) Der jüdische Sportverein ist in Magdeburg zum Arbeiter-Turn- und Sportbund gekommen, weil seine [jüdischen] Mitglieder durchweg sozialistisch denken und sozialistisch eingestellt sind und weil sie glauben, nicht Mitglieder der bürgerlichen Organisationen sein zu können, weil deren antisemitischer Einschlag bei verschiedensten Anlässen reichlich zum Ausdruck gekommen ist.«⁴

Andere Genossen, wie Max Sternberg aus Meuschwitz, zeigten in Bezug auf die jüdische Vereinsidentität weniger Verständnis, wie er am 16. November dem Genossen Ellermann erwiderte:

»Wir als sozialistische Arbeitersportler, als erbitterte Kämpfer gegen uralte unsinnige Überlieferungsanschauungen können und dürfen diese grauen kirchlichen Orthodoxlehren – gleich welchen Bekenntnisses – nicht einmal tolerieren! (...) Unsere Religion ist der Sozialismus, unser Ziel ist der Befreiung der Menschheit vor der Knute der Unterdrückung!«⁵

3 Vgl. ebd.

4 Paul Ellermann, Was mir nicht gefällt, in: Freie Sportwoche. Zeitschrift für Spiel und Sport vom 26.10.1931.

5 Max Sternberg, Religion und Sozialismus, in: ebd. vom 16.11. 1931.

Die ganze Polemik, die mehrere Ausgaben andauerte, wurde unter dem Begriff »das Judenproblem« erfasst. Jüdische Vereine wurden in diesem Sinne durch den ATSB toleriert, jedoch waren sie als solche nicht überall beliebt.

Bar Kochba Chemnitz – in Mittelsachsen und über die tschechoslowakische Grenze hinaus

Der »jüdische Turnverein Chemnitz« (JTV) wurde Ende 1919 gegründet, seine erste Anschrift war das Haus Rudolf Weiskopf in der Germaniastraße 7. Gemeinsam mit Weiskopf stand auch die Ärztin Ida Schönberger als Schriftwartin an der Spitze des Vereins. Als sich dieser im September 1920 in »Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba Chemnitz« umbenannte, wurden auch »Turnschwester Frau Hirschwitz« und »Turnbruder Goldmann« in den paritätischen Vorstand gewählt. Der Verein hatte eine erfolgreiche Mädchenabteilung unter der Leitung von Turnschwester Martha Korn. Darüber hinaus wurde sowohl von seiner Zugehörigkeit zum ATSB berichtet als auch von den Aktivitäten, die in diesem Rahmen stattfanden.⁶

Paul Holzer war ab 1920 eine zentrale Figur im Verein. Zunächst als Leiter der Fußballabteilung, später als Vorsitzender, konnte er nicht nur zur Entwicklung des Sports bei der jüdischen Jugend in Chemnitz beitragen, sondern auch ein erhebliches Werk für die jüdische Jugend in der Tschechoslowakei, in Sachsen sowie ganz Mitteldeutschland leisten: das jüdische Sport- und Skiheim am Keilberg, das Holzer und sein Verein förderten. Für den Bau wurde der jüdischen Sportbewegung im Böhmisches-Wiesenthaler Ortsteil Stolzenhain (heute der Ortsteil Háj in der tschechischen Stadt Loučná pod Klínovcem) durch zionistische Gesinnungsfreunde ein Grundstück zur Verfügung gestellt. Das neuerrichtete Heim sollte die Möglichkeit eröffnen, »kräftige, gesunde, jüdische Menschen, Kameradschaft in der Natur und mit der Natur« zu fördern. Es sollte »ein geräumiges Waldhaus (...) sein für den Sommer, eine Skihütte für den Winter. Von Ertüchtigung, von der Gesundheit und Natur soll nicht bloss geredet werden, sie solle draussen an der Schwelle des Hauses warten«. Auch jüdische Schulen und Wai-

⁶ Vgl. *Rudolf Weiskopf*, Jüdischer Turn- und Sportverein Bar-Kochba Chemnitz, in: Jüdische Turn- und Sportzeitung 21, 1920, H. 12.

senhäuser sollten durch das neue Heim die Möglichkeit bekommen, »ihren Zöglingen zu bestimmten Zeiten einen gesunden Landaufenthalt zu bieten«.⁷

Zwei Monate nach der feierlichen Einweihung des Hauses am 27. November 1932 erfolgte die Machtübernahme der Nationalsozialisten. Wie fast alle tausenden Arbeitersportvereine wurde auch Bar Kochba Chemnitz zwangsaufgelöst. Paul Holzer floh nach *Erez Israel* bzw. Palästina, wo er beim Sportverein »Makkabi Rishon-LeZion« (in seiner gleichnamigen neuen Wohnstadt) tätig wurde. *Sein* Skiheim blieb aber ein Ort des Sports, der Erziehung und der Rettung für die jüdische Jugend bis Ende 1938. Damit demonstrierte der »Bar Kochba Chemnitz« sowohl sein Zugehörigkeit zum Arbeitersport als auch zum jüdischen Sport.⁸

Bar Kochba Köln

Der »Zion-Sportverein Bar Kochba Köln« wurde 1923 als Abspaltung vom 1902 gegründeten, ehemals zionistischen »JTV Köln« initiiert. Der Verein zeigte seine Stärke nicht nur beim Fußball, sondern ebenfalls durch seine Leichtathletikabteilung. Auch im Schwimmen und Boxen war der Verein relativ erfolgreich. Turnhallen besaß er in der Volksschule Burgunderstraße, beim Apostelgymnasium, an der Bottmühle und in der Antwerpener Straße; Fußball spielte man in Müngersdorf und an der Kölner Jahnwiese. Der BK Köln berichtete mit Stolz sowohl von seiner Tätigkeit im Rahmen des Arbeitersports als auch von seinen gemeinsamen Wettkämpfen und Sportfesten mit anderen jüdischen wie nicht-jüdischen Sportvereinen – was keinesfalls als Widerspruch empfunden wurde.⁹

Die Zwangsauflösung des Kölner Bar Kochba erfolgte am 30. März 1933. Das Vorstandsmitglied Fritz Lewinson konnte rechtzeitig alle Mitgliedslisten aus dem Vereinsheim am Mauritiussteinweg entfernen und so die Verhaftung vieler Mitglieder verhindern. Einige davon traten relativ schnell dem neugegründeten Sportverein »Hakoah Köln« bei. Dieser war Teil des deutschen Makkabikreises, dies-

7 Zit. nach Jüdisches Jugend- und Sportheim am Keilberg im Erzgebirge, in: Sonderausgabe des Makkabi, November 1931. Archivbestand 4-14-40, Pierre Gildesgame Maccabi Sport Museum, Tel Aviv.

8 Vgl. Yuval Rubovitch/Knut Bergbauer, Mehr als »jüdische Atmosphäre«. Das »Jüdische Jugend- und Sportheim« am Keilberg im Erzgebirge von 1932–1938, in: SportZeiten. Sport in Geschichte, Kultur und Gesellschaft, 2021, H. 1, S. 25–41.

9 Vgl. Peiffer/Wahlig, Jüdische Fußballvereine, S. 387 ff.; Vgl. Yuval Rubovitch, Jüdischer Sport in Köln, in: Kölner Fanprojekt (Hrsg.), Tour des Gedenkens. NS-Erinnerungsorte in Köln, Köln, 2021, S. 96–99.

mal ohne Bezug zum verbotenen Arbeitersport. Auch hier war Fritz Lewinson Vorsitzender, bis er 1936 nach Palästina floh. Mehrere Hakoah-Mitglieder, die vorher beim Arbeitersportverein Bar Kochba Mitglieder waren, wurden später im Zuge des Holocausts ermordet.¹⁰

Jüdat Leipzig

Der »jüdische Arbeiter- Turn- und Sportverein« (Jüdat) wurde am Abend des 28. Juni 1930 bei einer großen Turngala im »Metropol«, dem heutigen »Skala« in der Leipziger Gottschedstraße, gegründet. Seine ersten Abteilungen waren Schwimmen, Leichtathletik, Fußball, Handball und Turnen. Im Vorwärts-Sportpark im Connewitzer Wald, dem Platz des Arbeitersportvereins »TSV Vorwärts Leipzig Süd« (heute Sportanlage Neue Linie), fanden zunächst Übungsabende statt. Kurz darauf zog der Verein dann auf den Sportplatz an den Bauernwiesen am Fuße des heutigen Fockebergs in die Leipziger Südvorstadt um.¹¹

Von Beginn an nahm der Jüdat lebhaft an Aktivitäten des Arbeitersports teil. Trotz Werbung und Berichten im Gemeindeblatt der »Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig« war im Verein das jüdische Engagement zweitrangig. Die Jüdat-Mitglieder waren im ATSB organisiert, reisten zu Wettkämpfen, Punktspielen, regionalen und überregionalen Meisterschaften. Auch die Leipziger Ortsgruppe der zionistisch-sozialistischen Partei »Poale Zion« rief ihre Mitglieder dazu auf, dem Jüdat beizutreten. Der Verein definierte sich trotzdem nicht als zionistisch und war vor allem daran interessiert, eine jüdisch-sozialistische Sportheimat in Leipzig zu schaffen. Auf einer Generalversammlung im Februar 1931 wurde ein Grundsatzprogramm schriftlich festgelegt, in dem es hieß:

»Der Jüdat ist eine überparteiische proletarische Klassenorganisation, die parteipolitisch nicht gebunden ist. Mit dem Beitritt zum Verein ist nicht der Eintritt in eine politische Partei verbunden, noch wird dies verlangt. In unseren Reihen hat jeder, der unser Statut anerkennt, Platz.«¹²

10 Vgl. Lorenz Peiffer/Arthur Heinrich (Hrsg.), Juden im Sport in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Göttingen 2019, S. 459 ff.

11 Vgl. »Vereinsnachrichten«, in: Gemeindeblatt der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig vom 18.7.1930, S. 7; ebd. vom 1.8.1930, S. 8; ebd. vom 15.8.1930, S. 6.

12 Ebd. vom 20.2.1931, S. 7.

Man kann an diesem Grundsatz keine klare Positionierung festmachen, weder eine zionistische noch eine anti-zionistische.

Nach nur wenigen Monaten zählte der Jüdat bereits 200 Mitglieder. Die Heimabende des Vereins fanden bis 1932 im Haus der sozialistischen jüdischen Jugend in der ehemaligen Töpferstraße 3, unweit des Richard-Wagner-Platzes statt. Als Turnhalle wurde die Räumlichkeit der heutigen Lessing-Grundschule in der gleichnamigen Lessingstraße genutzt – damals noch einer Frauenberufsschule zugehörig. Schwimmen und Wasserball übte man im Stadtbad aus. Die Schachabteilung spielte bis November 1932 im Lokal der jüdischen Arbeitergemeinschaft zu Leipzig am Ranstädter Steinweg 21.

Eine ideologische Debatte brach 1930 zwischen dem Verein und dem deutschen »Makkabikreis« bzw. einigen diesem zugehörigen Bar-Kochba-Vereinen aus. Kern der Polemik war aber nicht der Zionismus, sondern die vermeintliche bürgerliche Gesinnung des Makkabi und die Aufnahme dieser »bürgerlichen« Makkabi-Vereine in den ATSB.¹³

Zwei Monate vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 wurde das lang ersehnte eigene Vereinsheim des Jüdat endlich fertiggestellt und konnte in der Ritterstraße 7 in der Leipziger Innenstadt eingeweiht werden. Am 10. Dezember 1932 fand dort die erste Mitgliederversammlung statt.¹⁴ In den folgenden Monaten wurden im Vereinsheim vor allem Schach und Tischtennis gespielt sowie Vorträge für die Vereinsjugend gehalten. Der kleine Verein hat viel geleistet, doch dies wurde nur wenige Monate später zunichtegemacht.

Noch im Februar und März 1933 – nach der Machtübernahme – versuchte der Verein seine Arbeit irgendwie weiterzuführen: Am 17. März berichtete er über die schließlich letzte Mitgliederversammlung im Vereinsheim, über Spiele der zweiten Fußballmannschaft und der Frauenhandballmannschaft sowie über die

13 Paul Holzer, »Arbeitersport und jüdische Arbeiterschaft«, in: Der Makkabi, Organ des Deutschen Kreises im »Makkabi«-Weltverband 32, 1931, H. 3, S. 7 f.; Jüdischer Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Leipzig, »Arbeitersport und jüdische Arbeiterschaft«, in: Arbeiter-Turnzeitung, 1930, H. 27, S. 187; »Bar-Kochba-Köln zur Frage des Arbeitersports«, in: Der Makkabi, Organ des Deutschen Kreises im »Makkabi«-Weltverband 32, 1931, H. 4, S. 8.

14 Vgl. »Vereinsnachrichten«, in: Gemeindeblatt der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig vom 16.12.1932, S. 7.

nächsten Begegnungen der Tischtennispieler.¹⁵ Über den Sieg der Tischtennisabteilung gegen den Bezirksmeister »Eiche« sowie Siege der drei Fußballmannschaften war am 30. März zu lesen.¹⁶

Laut Vereinsmitglied Moritz Zollmann löste sich der Jüdat am 31. März 1933 selbst auf, »weil die Mitglieder dem Verein die Gefolgschaft versagten«.¹⁷ Das sagte Zollmann den Polizeibeamten, die am 9. Mai seinen Bruder Rudolf, den letzten Vorsitzenden des Jüdat, in der Wohnung in der Berliner Straße aufsuchen wollten, um das Vermögen des Vereins einzuziehen. Der letzte Vorsitzende des Vereins konnte rechtzeitig fliehen und lebte bis 1997 in Israel. Das Schicksal des Bruders Moritz war weniger glücklich: Er wurde am 19. Mai 1934 in sogenannte »Schutzhaft« genommen und kam ins Zuchthaus nach Zwickau. 1937 gelang ihm die Flucht nach Frankreich, wo er erneut verhaftet und anschließend nach Auschwitz deportiert wurde. Er wurde 1942 im Alter von 30 Jahren ermordet.¹⁸

JASK Frankfurt – der Bruderverein des Jüdat Leipzig

Obwohl sein offizielles Gründungsfest erst am 12. Dezember 1931 in der Loge Adler, Seilerstraße 22 gefeiert wurde, existierte der »Jüdische Arbeitersportklub Frankfurt« schon seit 1930 und trat dem ATSB im September desselben Jahres bei. Dem Verein gehörten vier Herren- und zwei Jugend-Fußballmannschaften an, dazu Frauen- und Herren-Handballmannschaften, eine Leichtathletik- sowie eine Turnabteilung.

Der Verein pflegte trotz seiner klaren sozialistischen Gesinnung auch besondere Beziehungen mit seinem »Bruderverein«, dem »Jüdat Leipzig«. Beide Vereine besuchten einander regelmäßig. Am 25. Mai 1931 waren die Frankfurter auf der Bauernwiese im Leipziger Süden zu Gast und gewannen im Fußball 4:0. Dem Bericht in der »Leipziger Volkszeitung« zufolge brachte »der Festabend im Volkshaus (...) beide Mannschaften und die Vereinsanhänger bei einem gut ausgestalteten Abend zusammen, und bewies durch den recht zahlreichen Besuch, daß die Aktivität dieser Sondergruppe im Leipziger Arbeitersport zu der Hoffnung be-

15 Vgl. ebd. vom 17.3.1933, S. 6.

16 Vgl. ebd. vom 30.3.1933, S. 6.

17 Sächs. StAL, PP-V 4426, Bl. 2.

18 Vgl. *Ellen Bertram*, Leipzig Opfer der Shoah: Ein Gedenkbuch, Leipzig 2015, S. 772.

rechtigt, daß man von diesem Verein in der kommenden Zeit nur von guten Fortschritten berichten darf«. ¹⁹

Der Vorsitzende des JASK war Arnold Miodowsky. Aus seinem Beitrag zum »Judenproblem«, jener Debatte über die Vereinbarkeit von jüdischer und sozialistischer Identität von 1931, kann man entnehmen, dass er die Sichtweise des Leipziger Jüdat über die ATSB-Vereine im deutschen »Makkabikreis« teilte. Eine noch interessantere Bemerkung von ihm war dabei sein Bekenntnis zum Zionismus: »[A]ber was hat das mit Religion zu tun?«. Er sei »Zionist, sogar ein begeisterter Zionist«. Er glaube, dass »die Judenfrage nur durch Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina gelöst werden kann«. Jedoch sei er sich auch darüber im Klaren, dass »eine endgültige Lösung auch der Judenfrage nur der Sozialismus bringen kann«. ²⁰ Damit trennte er zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Zionismus und wirft den Makkabi-ATSB-Vereinen vor, dem bürgerlichen Zionismus näher zu stehen, im Gegensatz zum JASK oder Jüdat. Die Geschichten der beiden Brudervereine fanden im Frühjahr 1933 ein tragisches und verfrühtes Ende. ²¹

Fazit

Im Feld des Sports – ähnlich wie in der deutschen Sozialdemokratie – sieht man eine jüdische Vielfalt und ausgeprägte Debattenkultur, keinesfalls eine Homogenität. Hier offenbart sich die Assimilation und Integration der sozialistischen Juden bis 1933 am deutlichsten: Auch wenn sie sich als Juden und Jüdinnen verstanden und organisierten, gingen ihre Debatten weit darüber hinaus und spiegelten den Charakter der Arbeiterbewegung wider.

Literatur

Bertram, Ellen, Leipziger Opfer der Shoah: Ein Gedenkbuch, Leipzig 2015.

Peiffer, Lorenz/Arthur Heinrich (Hrsg.), Juden im Sport in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Göttingen 2019.

¹⁹ O.A., »Treffen der jüdischen Arbeitersportler«, in: Leipziger Volkszeitung vom 26.5.1930.

²⁰ *Arnold Miodowsky*, »Und nochmals: Eine lustige Fußballgeschichte aus Palästina«, in: Freie Sportwoche. Zeitschrift für Spiel und Sport vom 23. November 1931.

²¹ Vgl. *Wolfgang Roth*, »Jüdischer Sport in Frankfurt am Main vor 1938«, Schaafheim 2007, S. 76 und S. 81.

Peiffer, Lorenz/Henry Wahlig, Jüdische Fußballvereine im nationalsozialistischen Deutschland, Göttingen 2015.

Roth, Wolfgang, »Jüdischer Sport in Frankfurt am Main vor 1938«, Schaafheim 2007.

Rubovitch, Yuval, Jüdischer Sport in Köln, in: Kölner Fanprojekt (Hrsg.), Tour des Gedenkens. NS-Erinnerungsorte in Köln, Köln 2021, S. 96–99.

Rubovitch, Yuval, Mit Sportgeist gegen die Entrechtung. Die Geschichte des jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig, Leipzig 2020.

Rubovitch, Yuval/Knut Bergbauer, Mehr als »jüdische Atmosphäre«. Das »Jüdische Jugend- und Sportheim« am Keilberg im Erzgebirge von 1932–1938, in: SportZeiten. Sport in Geschichte, Kultur und Gesellschaft, 2021, H. 1, S. 25–41.

Zitate aus: Jüdisches Jugend- und Sportheim am Keilberg im Erzgebirge, in: Sonderausgabe des Makkabi, November 1931. Archivbestand 4-14-40 im Pierre Gildesgame Maccabi Sport Museum, Tel Aviv.

Antisemitismus auf Anfrage – Die »Ostjudendebatte« des preußischen Landtages im November 1922

Ralf Hoffrogge

Parlamentarische Anfragen sind ein Werkzeug der Opposition, um die Regierung zu kontrollieren. Doch was, wenn die Anfrage zum Mittel wird, um menschenfeindliche Ideologien aus der Tabuzone zu holen? Dieses Problem stellte sich bereits vor knapp hundert Jahren, als die demokratischen Parteien der Weimarer Republik sich im Preußischen Landtag mit einer Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei bezüglich »Ostjuden«, also jüdischen Einwanderern aus Osteuropa, auseinandersetzen mussten.¹ Widerstand gegen den darin verpackten Antisemitismus kam vor allem von den Arbeiterparteien.

Die Ostjudendebatte

Der Preußische Landtag war nach dem Reichstag die wichtigste parlamentarische Bühne des Landes. Preußen war der größte Teilstaat der Republik, hier gemachte Gesetze galten für die Mehrheit der Bevölkerung. Dementsprechend wichtig waren auch die dortigen Anfragen und Debatten.² Dies nutzte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) am 29. November 1922 mit einer Anfrage ihres Abgeordneten Martin Kaehler, Professor für Nationalökonomie in Greifswald. Kaehler kritisierte die Zuwanderung von »Ostjuden« nach Deutschland, weil deren Mehrheit »schwerlich als Arbeiter [ihr] Brot« suche. Kaehler erklärte die Einwanderung für »in höchste[m] Grade unerwünscht« und fragte die Regierung: »Welche

1 Dieses Essay basiert auf folgendem Aufsatz: Ralf Hoffrogge, Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die »Ostjudendebatte« des Preußischen Landtages von 1922, in: Anja Jungfer/Markus Börner/Jakob Stürmann (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2018, S. 297–318. Zur Ostjudendebatte 1922 vgl. auch Ralf Hoffrogge, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz u. a. 2014, S. 206–217; sowie Birgit Rolke, Jüdische Abgeordnete im Preußischen Landtag 1919–1928. Jüdisches Selbstverständnis und preußische Politik, Berlin 1998, S. 50–65.

2 Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen. 1919–1932, Düsseldorf 1985.

Schritte gedenkt das Ministerium zu tun, um 1) unerwünschte Gäste abzuschieben, 2) eine schärfere Kontrolle auf diesem Gebiete durchzuführen?»³

Die Anfrage richtete sich an die Regierungskoalition, die von der Sozialdemokratie, der rechtskonservativen Deutschen Volkspartei (DVP), der Katholischen Zentrumspartei und der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gebildet wurde. Eigentliches Ziel der DNVP war jedoch, ihren Antisemitismus wieder sprechfähig zu machen. Mit der Ermordung des aus jüdischer Familie stammenden Außenministers Walther Rathenau durch Rechtsterroristen war offener Judenhass zunächst tabu und auch rechte Parteien mussten sich in Folge von »Radau-antisemitismus«, also Gewalt und Pogromen, distanzieren. Die Anfrage zeigte jedoch, dass sie damit ihr menschenfeindliches Weltbild nicht aufgeben hatten: Kaehler konstruierte Bilder von arbeitsscheuen und der deutschen Kultur fremden jüdischen Massen, die in deutschen Großstädten die Wohnungsnot verschärften. Auch berief er sich auf das Stereotyp vom jüdischen Bolschewismus. Jedoch nahm er das assimilierte deutsche Judentum von seiner Tirade aus. Stattdessen konzentrierte er seine Anwürfe auf die in jüngerer Vergangenheit aus den Nachbarstaaten des zaristischen Russlands und Österreich-Ungarns eingewanderten Jüdinnen und Juden. Diese »Ostjuden« lebten oft in prekären bis ärmlichen Verhältnissen, standen dem Proletariat näher als dem Bürgertum⁴ und sprachen mehrheitlich die jiddische Sprache, welche die assimilierten Juden bereits Generationen zuvor abgelegt hatten.⁵ Trotz aller Assimilation drohte Kaehler jedoch auch den alteingesessenen Juden: Wenn die deutschen Juden ihre östlichen »Stammes- und Glaubensgenossen« bedingungslos verteidigten, dann »sägt das Westjudentum den nicht sehr starken Ast ab, auf dem es bei uns noch sitzt.«

Demokraten in Erklärungsnot – die Reaktionen der Regierungskoalition

Die Antwort der Regierung übernahm der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing. Er verwahrte sich dagegen, »die Juden für das wirtschaftliche und

3 Protokolle des Preußischen Landtages, 1. Wahlperiode 1921–1924, 188. Sitzung am 29. November 1922. Hieraus sind auch alle folgenden Debattenzitate entnommen.

4 Vgl. *Trude Maurer*, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986; *Ludger Heid*, Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923, Hildesheim 1995; *Heiko Haumann*, Geschichte der Ostjuden, München 1999.

5 Vgl. ebd.

politische Elend verantwortlich zu machen, unter dem wir heute leiden.« Er verwies auf Lessings Drama »Nathan der Weise« und appellierte an die Abgeordneten, »daß wir nicht zuerst als Christen und nicht zuerst als Juden und nicht zuerst als Muhammedaner, sondern zuerst als Menschen auf die Welt kommen.« Dies wolle er hochhalten – und »dabei noch deutschen Interessen gerecht werden«. Diese nationalen Interessen erwiesen sich jedoch als größte Sorge Severings. Auch er sah ein »Fremdenproblem« und betonte: »In erster Linie hat selbstverständlich der Deutsche Anspruch auf eine anständige Wohnung, auf Lebensmittel und auf Arbeitsgelegenheit.« Als eigene Leistung verwies Severing darauf, einen von der DNVP zitierten Erlass zur Einwanderung der Ostjuden noch verschärft zu haben.⁶ Er schloss mit den Worten: »Jedenfalls sind die derzeitige Ernährungslage, die derzeitigen Erscheinungen auf dem deutschen Wohnungsmarkt und die augenblickliche Aussicht auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nicht dazu angetan, daß wir noch Ausländer zu uns hereinnehmen können.« Aus den Reihen der DNVP wurde dies mit dem Zwischenruf »sehr richtig« gelobt. Severing sah daher »viele Berührungspunkte«, wenn »sachlich« diskutiert würde. Die Deutschnationalen hatten ihr Ziel erreicht – völkische Ideologie war zum »sachlichen« Gesprächsthema aufgewertet.

Eine andere Perspektive brachte der Abgeordnete Oskar Cohn, der erst kurz zuvor mit der Wiedervereinigung von USPD und SPD zur Sozialdemokratie zurückgekehrt war.⁷ Er wehrte sich gegen die Spaltung in gute deutsche und »unerwünschte« fremde Juden, indem er ostjüdische Bezüge in Hinsicht auf Deutschland betonte. Bereits im 19. Jahrhundert hätten sich deutschsprachige Juden in den polnischsprachigen Provinzen Preußens kommunalpolitisch engagiert, ihre Sprachkenntnisse hätten »Ostjuden« später auch als Übersetzer für die deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg zur Verfügung gestellt. Dies sei ihnen jedoch nicht gut

6 Am 1. November 1919 verfügte der preußische Justizminister Wolfgang Heine (SPD), dass während des Krieges eingewanderten osteuropäischen Juden ein Bleiberecht in Preußen zustand, sofern sie Arbeitsplatz und Unterkunft nachweisen konnten. War dies nicht der Fall, drohte die Abschiebung. Vgl. *Lothar Elsner*, Zur Haltung der SPD gegenüber den sogenannten Ostjuden. Die Erlasse sozialdemokratischer preußischer Minister gegen asylsuchende »Ostjuden« 1919/20, in: *Mario Keffler* (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 19–28; *Maurer*, Ostjuden in Deutschland, S. 270.

7 Zu Cohn vgl. *Ludger Heid*, Oskar Cohn. Ein Sozialist und Zionist im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2002.

bekommen: »Von deutscher Seite wurden sie mit der gebührenden Undankbarkeit behandelt, und von ukrainischer und polnischer Seite hatten sie durch die Pogrome des Jahres 1919 über ihre deutschfreundliche Tätigkeit während des Krieges zu quittieren.« Cohn definierte die deutsche Nation nicht völkisch, sondern kulturell und betonte, gerade die Juden Osteuropas hätten eine romantische Vorstellung von Deutschland als »Lichtträger für den Osten«: »Aus Schillers Werken (...) lernen die jungen Leute unter den Ostjuden die deutsche Sprache« und noch heute sei »für sehr viele Ostjuden das Deutschland Goethes und Schillers das in ihrer Auffassung allein existierende.«

Die Formulierung ließ allerdings durchblicken, dass Cohn selbst trotz des positiven Bezugs auf eine deutsche Kulturnation das aufgeklärte Deutschland im Alltag eher vermisste. Bestätigt wurde seine Reserviertheit durch die Beiträge der Redner der katholischen Zentrumspartei und der Liberalen, denen noch weniger als Severing eine Distanzierung von der DNVP gelang.

Zentrum und Liberale

Zentrumsredner Friedrich Leonartz verwahrte sich gegen »Radauantisemitismus« und »jegliche wider die christliche Liebe verstoßende Art der Volksverhetzung.« Gleichzeitig erklärte er jedoch, »daß für uns in der Fremdenfrage einzig und allein das deutsche Interesse maßgebend sein kann«. Nächstenliebe und Nationalinteresse waren für ihn keine Widersprüche, denn »die christliche Liebe, die wir nach unserer Auffassung allen Menschen schulden, schulden wir aber zunächst unserm deutschen Volke«. Das Protokoll notierte an dieser Stelle von rechts den Zwischenruf »sehr richtig!«. Angefeuert durch die Zustimmung fuhr Leonartz fort: »so glaube ich allerdings, daß die Interessen des deutschen Volkes, die Interessen unserer deutschen Mitbrüder den Interessen irgendwelcher fremdstämmigen Elemente vorgehen« und führte weiter aus, »daß es unzweckmäßig ist, wenn Juden, Fremde überhaupt in dieser Weise hier in Berlin Wohnungen beanspruchen«. Er schloss mit einem Appell: »Und das eine ist auch sicher, daß das deutsche Volk nur wieder groß wird (...) wenn wir uns selbst helfen, wenn wir uns auf uns selbst stellen und uns mit aller Entschiedenheit gegen alles Ungesunde und Fremde wehren«. Dass sein Standpunkt keine Einzelmeinung im politischen Katholizismus war, belegt das Protokoll – es verzeichnete lautes »Bravo!« seitens der Zentrumsfraktion.

Auch der liberale Redner Otto Fischbeck (DDP) sprang auf die Spaltungsstrategie der DNVP auf. Fischbeck bezog sich auf Severing und stellte fest: »Ich gebe dem Minister recht. Die Not, unter der wir leiden, wird verstärkt und vermehrt durch den Zuzug nicht nur fremder Juden, sondern der Fremden überhaupt«. In Bezug auf das Judentum betonte er allerdings zunächst seine Mitgliedschaft im »Verein zur Abwehr des Antisemitismus«. Danach betonte er die »Gemeinschaft dieser deutschen Juden mit den übrigen deutschen Volksgenossen« und forderte diese auf, »mit uns allen zusammenzustehen gegen diese Fremdlinge, die zu uns in Scharen über die Grenze einwandern«. Fischbeck wollte nicht, »daß die deutschen Juden beeinträchtigt werden wegen des Verhaltens der auf niedriger Kulturstufe stehenden Elemente«. Aber ebenso wenig wollte er, »daß letzteren gegenüber ein Auge zugeedrückt wird, weil sie der jüdischen Religion angehören«. Fischbecks Verweis auf die niedrige »Kulturstufe« der Ostjuden zeigt, wie auch bei selbsterklärten Gegnern des Antisemitismus latent antisemitische Motive manifest werden konnten, wenn man diese nicht rassentheoretisch begründete, sondern auf dem Umweg von »deutscher Kultur« bzw. »deutschen Interessen« ansprach oder mit begrenzten nationalen Ressourcen argumentierte.

Einwanderung als Klassenfrage

Der Abgeordnete Werner Scholem, als Kommunist und Jude ein doppelter Außenseiter unter den Weimarer Demokraten, brach mit dieser vermeintlichen Sachdebatte. Er stellte fest, »daß es sich nicht nur um die Ostjuden handelt, sondern um die gesamten Osteuropäer, die nach Deutschland kommen«. Er forderte den Wegfall sämtlicher Einwanderungsverbote und eine freie Arbeitsmigration. Scholem weigerte sich damit, über ein »Judenproblem« zu diskutieren. Indem er den Vorhang der Vorurteile wegriss, wurde überhaupt erst klar, was das eigentliche Problem war: die Regulierung von Arbeitsmigration in Europa. Nach einem selbstzerstörerischen Krieg waren ganz neue Staaten entstanden, Bevölkerungen geflüchtet, verschleppt oder durch neue Grenzen getrennt. Die Lasten dieses Chaos auf die Ostjuden abzuwälzen, darin bestand die vermeintliche »Sachlichkeit« der bisherigen Debatte.

Mit dem Zuruf »Ostjuden« wollte die Rechte Scholem wieder auf ihr Terrain locken. Als er weiterhin von »ostjüdischen Proletariern« sprach, wurde die Realitätsverweigerung der Antisemiten deutlich: »Gibt es nicht!« behauptete ein Zu-

ruf. Scholem beschrieb daraufhin ausführlich die Deportation osteuropäischer, darunter auch jüdischer Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter nach Deutschland bereits im Ersten Weltkrieg.⁸ Am Schluss seiner Rede kehrte Scholem in die Gegenwart der jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen zurück. Beim jüdischen Arbeitsamt seien 55.000 ostjüdische Arbeitskräfte erfasst, die allesamt produktive Tätigkeiten verrichteten. Allein im Ruhrgebiet wären zwischen 13.000 und 15.000 jüdische Arbeitskräfte tätig, davon viertausend Bergarbeiter unter Tage.⁹ Aussagen von Arbeitsamt und Gewerkschaften belegten, dass die deutsche Arbeiterschaft hier »mit diesen ostjüdischen Arbeitern auf das Beste zusammenarbeitet«. Gleichzeitig brachte er Belege über die Tätigkeit ostjüdischer Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Ernte auf den Gütern Ostelbiens – just auf den Feldern eines Bruders von Reinhold Wulle, dem Reichstagsabgeordneten und Vordenker der DNVP. Statt also die Ostjuden auszusperrn, forderte Scholem eine »arbeiterfreundliche und kapitalistenfeindliche Ausländerpolitik«. Dies war mehr als eine Polemik. Mit dem Hinweis auf den Status der »Ostjuden« als Lohnabhängige verweigerte Scholem sich der Migrantisierung und Rassifizierung einer Bevölkerungsgruppe. Das insistieren auf »Klasse« als Kategorie war keine rhetorische Wendung, sondern eine Analyse. Sie machte die Arbeitsleistung der Ostjuden sichtbar, wies den völkischen Grundton des »Wir gegen die Fremden« zurück und fragte stattdessen nach Arbeitsrecht und der Verteilung von Reichtum in Deutschland. Leider wurden diese Fragen in der Debatte nicht weiter aufgegriffen.

Die Arbeiterbewegung als Emanzipationsraum

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass Widerstand gegen die antisemitische Anfrage im Preußischen Landtag des Jahres 1922 vor allem aus den Reihen der Arbeiterbewegung kam. Am entschiedensten traten dabei Oskar Cohn (SPD) und Werner Scholem (KPD) auf, die beide aus jüdischen Familien stammten und Antisemitismus aus eigener Erfahrung kannten. Die Arbeiterbewegung erwies sich damit

⁸ Dazu *Maurer*, Ostjuden in Deutschland, S. 36 ff.; sowie *Christiane Reinecke*, Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930, Berlin 2011, S. 309.

⁹ Moshe Zimmermann verweist darauf, dass es jenseits der ostjüdischen Einwanderung auch ein deutsch-jüdisches Industrieproletariat gegeben habe, das in Berlin etwa 10–12 % der dort lebenden Juden umfasste. Die Gruppe wuchs sogar durch Pauperisierungs- und Proletarisierungsprozesse unter jüdischen Angestellten und Handwerkern. Vgl. *Moshe Zimmermann*, Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997, S. 97.

als Emanzipationsraum, der Juden Rückhalt im Kampf gegen Antisemitismus verlieh. Auch SPD-Innenminister Severing lehnte Antisemitismus entschieden ab, erkannte jedoch ein »Fremdenproblem« an. Er akzeptierte damit Setzungen der DNVP: Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit wurden nicht als Konflikt zwischen Arm und Reich gefasst, sondern »migrantisiert«. Nicht die Umverteilung zwischen den Klassen oder gar die Aufhebung des Klassegegensatzes waren Thema, sondern die Abwehr »fremder« Übergriffe auf angeblich knappe nationale Ressourcen. War diese Rahmung einmal akzeptiert, konnten antisemitische und rassistische Reaktionen gegen Migration aus Osteuropa zwar noch rhetorisch abgelehnt, aber kaum mehr effektiv zurückgewiesen werden.

Literatur

Elsner, Lothar, Zur Haltung der SPD gegenüber den sogenannten Ostjuden: die Erlasse sozialdemokratischer preußischer Minister gegen asylsuchende »Ostjuden« 1919/20, in: *Mario Kessler* (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 19–28.

Haumann, Heiko, Geschichte der Ostjuden, München 1999.

Heid, Ludger, Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923, Hildesheim 1995.

Heid, Ludger, Oskar Cohn. Ein Sozialist und Zionist im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2002.

Hoffrogge, Ralf, Ein Tag im Leben der Weimarer Republik – die »Ostjudendebatte« des Preußischen Landtages von 1922, in: Anja Jungfer/Markus Börner/Jakob Stürmann (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2018, S. 297–318.

Hoffrogge, Ralf, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz u. a. 2014.

Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen. 1919–1932, Düsseldorf 1985.

O.A., Protokolle des Preußischen Landtages, 1. Wahlperiode 1921–1924, 188. Sitzung am 29. November 1922.

Reinecke, Christiane, Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930, Berlin 2011.

Rolke, Birgit, Jüdische Abgeordnete im Preußischen Landtag 1919–1928. Jüdisches Selbstverständnis und preußische Politik, Berlin 1998.

Zimmermann, Moshe, Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997.

»Doppelt verfolgt«: Im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit – Schicksale jüdischer Sozialdemokraten in der NS-Zeit

Peter Beule

Zwischen Judentum und der Sozialdemokratie in Deutschland besteht eine historisch gewachsene, enge Verbindung. Von Beginn an wirkten viele Juden und Jüdinnen in der sozialdemokratischen Bewegung mit, unter ihnen wichtige Persönlichkeiten der organisierten Arbeiterbewegung wie Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg. Die historische Verbindung von Arbeiterbewegung und Judentum ist das Resultat einer spezifischen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Konstellation, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht.¹ Beide gesellschaftliche Gruppen einte, dass sie ständiger politisch-kultureller Diskriminierung ausgesetzt waren, was dem gemeinsamen Streben nach Emanzipation, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe Vorschub leistete. Es war dieses Streben nach Emanzipation, das jüdische Menschen und Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammenbrachte.² In den revolutionären Bewegungen sowohl Ost- und Westeuropas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Juden und Jüdinnen gemessen am Bevölkerungsanteil besonders stark vertreten.³ Für jüdische Angehörige der sozialdemokratischen Bewegung spielte ihre jüdische Herkunft jedoch meist nur eine untergeordnete oder auch überhaupt keine Rolle.⁴ Als Sozialistinnen und Sozialisten kämpften

1 Vgl. Jack Jacobs, Auf ein Neues: Juden und die Linke, in: Markus Börner/Anja Jungfer/Jakob Stürmann (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018, S. 7–33, hier: S. 30.

2 Für einen Überblick vgl. Markus Börner/Anja Jungfer/Jakob Stürmann (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018.

3 Vgl. auch Riccardo Altieri/Bernd Hüttner/Florian Weis, Die Linke, Jüdinnen und Juden und die »jüdische Frage«. Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), »Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen«. Jüdinnen und Juden in der Internationalen Linken, Berlin 2021, S. 3–13, hier: S. 5.

4 Vgl. ebd.

sie zuvorderst für die Beseitigung politischer und wirtschaftlicher Unfreiheit, gegen die kapitalistische Unterjochung der Menschheit, in der sie auch die Ursache für den überall in Europa grassierenden Antisemitismus ausmachten.

In der Zeit der Weimarer Republik waren Juden und Jüdinnen wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Hauptzielscheibe rechtsnationaler und nationalsozialistischer Propagandahetze. Begriffe wie »Judenrepublik« waren wirksame Kampfbegriffe des politischen Antisemitismus der rechten Republikfeinde, der nicht nur einen Angriff auf das jüdische Leben in Deutschland darstellte. Er zielte immer auch auf die Zerstörung der Weimarer Demokratie, für die die Sozialdemokratie wie keine andere Partei stand. Von der Stärkung der Republik und der Stabilisierung der Demokratie erhoffte sich die Weimarer Sozialdemokratie auch einen Rückgang des weit verbreiteten Antisemitismus, gegen den sie einen entschlossenen Kampf führte.⁵ Die SPD erarbeitete Argumentationspapiere gegen den Antisemitismus, veröffentlichte antifaschistische Broschüren und versuchte, ihre Mitglieder und Anhänger über die rechte Hetzpropaganda aufzuklären. Das »Republikschutzgesetz«, das 1922 unmittelbar nach dem Mord Rechtsradikaler an dem jüdischen Außenminister Walter Rathenau (DDP) erlassen wurde, verbot antirepublikanische Organisationen und sollte politisch und rassistisch motivierte Morde unter verschärfte Strafen stellen.⁶ Dabei ging der Gesetzesentwurf im Wesentlichen von Justiz- und Reichsinnenministerium aus, jeweils durch die sozialdemokratischen Minister Radbruch und Köster geführt. Auch stimmten die SPD und die USPD geschlossen dem Gesetz zu.

Die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Demokratie wurde enttäuscht. Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten fanden schließlich die Demokratie und mit ihr alle jüdischen Emanzipationsbestrebungen in Deutschland ihr Ende – die Zeit der Verfolgung begann, für Juden und Jüdinnen sowie für die Sozialdemokratie. Ihre Organisationen wurden zerschlagen, ihre Mitglieder verloren ihre politischen Ämter, viele flohen ins Ausland, tausende wurden verhaftet, verschleppt, misshandelt und in Gefängnissen und Konzentrationslagern ermordet. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Politik und Gewerkschaft-

5 Vgl. *Christian Dietrich*, Im Schatten August Bebel. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021.

6 Vgl. ebd., S. 143 ff.

ten waren doppelt Verfolgte: sowohl als Politikerinnen und Politiker als auch als Juden und Jüdinnen. Sie waren im Nationalsozialismus besonders verhasst.

Ernst Heilmann

Zu den ersten, die der nationalsozialistische Terror traf, zählten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und hier insbesondere die mit jüdischer Herkunft. Der in einem jüdischen Elternhaus geborene Ernst Heilmann etwa, der als sozialdemokratischer Spitzenpolitiker der Weimarer Republik seit 1928 ein Reichstagsmandat innehatte, wurde im Juni 1933 von der Gestapo verhaftet. Heilmann war als einer der entschiedensten Verteidiger der parlamentarischen Demokratie einer der meistgehassten Weimarer Politiker gewesen – von der radikalen Rechten wie der radikalen Linken gleichermaßen bekämpft. Die Nationalsozialisten entfesselten eine beispiellose Hetzkampagne gegen »den Juden Heilmann«.⁷ Wilhelm Frick, der spätere NS-Innenminister, sagte ihm bereits im Juni 1929 im Reichstag voraus, seine Partei (die NSDAP) werde ihn »im kommenden Dritten Reich als ersten in völlig legaler Weise aufhängen lassen«.⁸ Heilmann, den Freunde vergeblich dazu gedrängt hatten, in die Emigration zu gehen, war in Deutschland geblieben. Er wolle nicht »davonlaufen«, denn »unsere Mitglieder, die Arbeiter, können auch nicht davonlaufen«, so Heilmann.⁹ Otto Wels' berühmte Rede zur Ablehnung des »Ermächtigungsgesetzes« basierte auf einem gemeinsamen Entwurf, an dem Heilmann mitgearbeitet hatte. Der Leidensweg des jüdischen Sozialdemokraten durch mehrere Konzentrationslager endete Anfang April 1940 im KZ Buchenwald, wo er mit einer Giftspritze ermordet wurde.

Jüdische Gewerkschafter im NS

Auch sozialdemokratische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter jüdischer Herkunft zählten zu den ersten, gegen die sich der nationalsozialistische Unrechtsstaat mit aller Härte wandte. Nach der »Gleichschaltung« der Gewerkschaften am

7 Vgl. Klaus Schönhoven, »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht«. Das Schicksal der 1933 gewählten SPD-Reichstagsabgeordneten, Bonn 2017, S. 106.

8 Wilhelm Frick in der Sitzung des Reichstags am 13. Juni 1929, URL: <www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w4_bsb00000109_00365.html> [2.11.2022].

9 Zit. nach Peter Lösche, Ernst Heilmann (1881–1940). Parlamentarischer Führer und Reformsozialist, in: ders./Michael Scholing/Franz Walter (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 99–120, hier: S. 119.

2. Mai 1933 sahen sich viele zur Flucht ins Ausland gezwungen, um einer Verhaftung zu entgehen. Ludwig Rosenberg und Hans Gottfurcht beispielsweise gingen nach England, Toni Sender in die USA und Fritz Naphtali konnte nach Palästina entkommen. Der Gewerkschaftsführer und SPD-Reichstagsabgeordnete Siegfried Aufhäuser, gegen den umgehend ein Haftbefehl erlassen worden war, floh am 4. Mai ins Saargebiet, von wo aus er einige Monate später nach Prag ging und dem Exilvorstand der SOPADE angehörte. Aufhäuser personifizierte in mehrfacher Weise Feindbilder der Nationalsozialisten.¹⁰ Er kam aus einer jüdischen Unternehmerfamilie, war 1912 in die SPD eingetreten und hatte als hauptamtlicher Leiter des »Allgemeinen freien Angestelltenbunds« zum Scheitern des Kapp-Putschs im Jahr 1920 beigetragen. In der SPD hatte er sich als Protagonist des linken Parteiflügels profiliert. Die Nationalsozialisten dagegen diffamierten Aufhäuser, der eine Vielzahl von Spitzenpositionen bekleidet hatte, als »Gewerkschaftsbonzen«.¹¹

Elisabeth Kohn

Die Schicksale und Leidenswege der »doppelten Verfolgung« teilten aber nicht nur prominente Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gewerkschaften. Zahlreiche »einfache« Mitglieder der SPD waren jüdischer Herkunft und damit zusätzlich von rassistischer Verfolgung betroffen. Ihre Geschichten sind selten erzählt worden. »Es ist so ungeheuer wichtig, möglichst viele herauszubringen (...) auch wegen der Zurückbleibenden. Die Platzfrage, Alles, wäre nicht so beängstigend, wenn es gelänge, in den nächsten Wochen einige hundert in Fahrt zu setzen«, schrieb die sozialdemokratische Anwältin jüdischer Herkunft Elisabeth Kohn Ende März 1941 in einem Brief an Max Hirschberg,¹² der sich als Rechtsanwalt in der Weimarer Republik unter anderem als Verteidiger von Felix Fechenbach, dem Sekretär des ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, einen Namen gemacht hatte. Kohn engagierte sich auf vielfältige Weise – für die SPD, die pazifistische Deutsche Liga für Menschenrechte, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die SPD-Zeitung »Münchener Post«. Nachdem sie von den Nationalsozialisten mit einem Berufsverbot belegt worden war, ar-

¹⁰ Vgl. dazu auch *Schönhoven*, Freiheit und Leben kann man uns nehmen, S. 88.

¹¹ Ebd.

¹² Zit. nach *Reinhard Weber*, Das Schicksal der Jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933, München 2006, S. 135.

beitete Kohn in der Fürsorgeabteilung des Wohlfahrtsamtes der Israelitischen Kultusgemeinde von München und half unter dem Dach der Zionistischen Ortsgruppe, andere Juden und Jüdinnen auf ihre Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Wegen ihrer engen Bindung zu ihrer Mutter wollte Elisabeth Kohn, ebenso wie ihre Schwester, die Malerin Maria Luiko, selbst nicht ausreisen. Nach zahlreichen Schikanen der NS-Behörden wurde sie schließlich am 20. November 1941 zusammen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester ins Ghetto Riga deportiert. Fünf Tage später wurden sie von einem SS-Sonderkommando in Kaunas erschossen – mit ihnen alle Münchener Jüdinnen und Juden, die mit dem Transport angekommenen waren. Kohns Schicksal ist gemeinsam mit den Biografien, Verfolgungsgeschichten und Widerstandstätigkeiten anderer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im »Gedenkbuch der Sozialdemokratie 1933 bis 1945« dokumentiert, das als digitaler Erinnerungsort über das Portal zur Geschichte der Sozialdemokratie des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung zugänglich ist.¹³

Bedeutung für die Gegenwart

Für die enge, historisch gewachsene Verbindung von Jüdinnen und Juden mit der Sozialdemokratie markierte der Holocaust einen verheerenden Einschnitt. Die jüdische Linke in Europa wurde fast vollständig vernichtet. Die Schicksale der »doppelt verfolgten« jüdischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie ihr Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit müssen Auftrag für uns sein, diese Werte gegen diejenigen zu verteidigen, die sie heute wieder aushöhlen und bekämpfen wollen. Dazu gehört der Kampf gegen den Antisemitismus, egal in welcher Form – in den sozialen Medien, auf Schulhöfen bis hin zu Vorurteilen, die bis weit in die Mitte und den oberen Rand der Gesellschaft hinein reichen. Denn so wie jüdische und gesellschaftliche Emanzipation historisch miteinander verbunden sind und sich die antisemitische Propaganda der Rechtsextremen gegen die erste deutsche Demokratie im Ganzen richtete, so ist auch heute jeder Angriff auf jüdisches Leben in Deutschland ein Angriff auf die Demokratie und ihre Grundwerte.

13 URL: <www.geschichte-der-sozialdemokratie.de/gedenkbuch/> [2.11.2022].

Literatur

Altieri, Riccardo/Bernd Hüttner/Florian Weis, Die Linke, Jüdinnen und Juden und die »jüdische Frage«. Eine Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), »Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen«. Jüdinnen und Juden in der Internationalen Linken, Berlin 2021, S. 3–13.

Börner, Markus/Anja Jungfer/Jakob Stürmann (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018.

Dietrich, Christian, Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021.

Jacobs, Jack, Auf ein Neues: Juden und die Linke, in: Markus Börner/Anja Jungfer/Jakob Stürmann (Hrsg.), Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2018, S. 7–33.

Lösche, Peter, Ernst Heilmann (1881–1940). Parlamentarischer Führer und Reformsozialist, in: *ders./Michael Scholing/Franz Walter* (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 99–120.

Schönhoven, Klaus, »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht«. Das Schicksal der 1933 gewählten SPD-Reichstagsabgeordneten, Bonn 2017.

Weber, Reinhard, Das Schicksal der Jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933, München 2006.

Rosi Wolfstein-Frölich – Eine Jüdin auf dem Weg von der Sozialdemokratie zum Kommunismus und wieder zurück?

Riccardo Altieri

Fast alle kennen Rosa Luxemburg und die meisten auch ihre Kampfgefährtin Clara Zetkin. Mathilde Jacob, Luise Kautsky, Sonja Liebknecht und Mathilde Wurm sind häufig nur noch Kennern der sozialdemokratischen Geschichte ein Begriff. Doch wer war Rosi Wolfstein? Sie stand Luxemburg als Schülerin nicht nur besonders nahe, vielmehr ist es ihr Verdienst als preußische Landtagsabgeordnete, dass während der 1920er Jahre kontinuierlich über den ungeklärten Mord an Luxemburg gesprochen wurde. Doch welchen Stellenwert hatte ihre jüdische Herkunft für ihre politische Haltung?

Eine »nicht-jüdische Jüdin«

Vorweg sei gesagt: Rosi Wolfstein mag zwar einer jüdischen Familie entstammen, ist jedoch mit Isaac Deutschers Worten vielmehr eine »nicht-jüdische Jüdin«,¹ wurde also vor allem von ihren politischen Gegnern auf dieses Merkmal ihrer Persönlichkeit reduziert.

Sie kam am 27. Mai 1888 in Witten an der Ruhr zur Welt.² Das Elternhaus war politisch und religiös liberal, aber kaisertreu. Nach dem finanziellen Ruin und Selbstmord ihres Vaters Samuel musste Rosi beim Einkommen für sich, ihre Mutter Klara und ihre Geschwister Berta, Wilhelmine und Paul mithelfen. 1905 beendete sie ihre Lehre zur Kauffrau und fand einen ersten Arbeitsplatz in einer

¹ Isaac Deutscher, *Der nichtjüdische Jude*, Berlin 1991.

² Die Lebenserzählung folgt hier und im Folgenden primär meiner Rosi-Wolfstein-Monographie. Vgl. Riccardo Altieri, *Rosi Wolfstein-Frölich. Sozialdemokratin und Antimilitaristin*, Berlin/Leipzig 2021. Dort sind sämtliche Quellen, die den biografischen Aussagen zugrunde liegen, verzeichnet. Noch eingehender ist meine Dissertation zum selben Thema. Vgl. Riccardo Altieri, »Antifaschisten, das waren wir...«. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022. Im Folgenden werden nur direkte Zitate und ggf. Einzelaspekte verfußnotet, für weitere Belege vgl. die beiden genannten Monographien.

Fabrik, kündigte jedoch alsbald, nachdem sie einen Streit des Chefs mit Vorarbeitern belauscht hatte. Dabei ging es um einige Pfennige Lohnerhöhung, was jener zorn erfüllt ablehnte. Dieses Ereignis fremden Unrechts im Kapitalismus, das die junge Frau hier indirekt erfahren hatte, war eines von mehreren Initiationserlebnissen für ihre Politisierung. Fortan arbeitete sie als Kindermädchen in einer bürgerlichen Familie, die den Ideen der Sozialdemokratie zugeneigt war – etwas, das Rosi Wolfstein von zuhause nicht kannte. So legte sie auch die Religiosität ihrer Familie schon recht früh ab, bewahrte sich aber bestimmte Eigenheiten im Sprachgebrauch, wenn sie zum Beispiel von »Schabbes« statt Samstag sprach oder Menschen mit »Masel tov« (*Viel Glück!*) und »Lechajim« (*Auf das Leben!*) beglückwünschte.

1908 wurde sie unter dem Eindruck illegaler Kinderarbeit und rechtloser Frauen, die bei Demonstrationen für Gleichberechtigung kämpften, Mitglied der SPD. Zwei Jahre darauf lernte sie ihre spätere Freundin Rosa Luxemburg kennen. Die beiden Frauen verband zeitlebens eine Sache: Sie konnten und wollten im Leid der Juden, die häufig von Antisemitismus betroffen waren, kein singuläres Problem einer religiösen Minderheit erkennen. Vielmehr sahen sie eine Lösung zur Bekämpfung dieser Ungerechtigkeit im Klassenkampf – wenn also allen Unterdrückten, gleich welcher Konfession oder Herkunft, ein besseres Leben ermöglicht würde, sei indirekt auch den Juden geholfen. Die Emanzipation der Jüdinnen und Juden konnte nur durch die Befreiung der unterdrückten Klassen geschehen. Nachdem Wolfstein 1912 bei insgesamt 35 Wahlkampfveranstaltungen für die SPD geworben hatte, ermöglichte ihr die einflussreiche Freundin einen Platz an der zentralen Berliner Parteischule.

Der Erste Weltkrieg als Wegweiser nach links

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs wandte sich Wolfstein zunächst der innerparteilichen Opposition um Karl Liebknecht zu und ging dann mit ihm den Weg in den Spartakusbund und zur USPD. Insgesamt dreimal wurde Rosi Wolfstein während der Kriegsjahre aufgrund ihrer antimilitaristischen Haltung für mehrere Monate inhaftiert. Nach Kriegsende gehörte sie auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands dem Podium als Schriftführerin an. Sie stellte sich dort inhaltlich gegen ihre alte Freundin Rosa Luxemburg, die we-

der den Namen der Partei noch die Positionierung zur Nationalversammlung unterstützte, sich aber letztlich der Mehrheit fügte. Einer der Wortführer dieser Mehrheit war Paul Frölich – Rosi Wolfsteins späterer Lebensgefährte und Ehemann.

Nach der Ermordung Luxemburgs übernahm Frölich die Herausgabe ihrer gesammelten Werke. Rosi Wolfstein lektorierte und beriet ihn inhaltlich. Diese Tätigkeit im Hintergrund des Entstehungsprozesses, die später lediglich zu einer Erwähnung im Impressum führte, wird in der gegenwärtigen Interpretation häufig als der Moment gewertet, in dem die Frau hinter den Mann zurücktrat. Dabei war Rosi Wolfstein seit dem Ersten Weltkrieg zunächst von Behörden und später von politischen Gegnern aus dem rechtsradikalen Lager aufgrund ihrer Agitation als politische Geistesgröße der Linken erkannt und infolgedessen auch denunziert worden: Man diskriminierte sie als Frau, als Jüdin, als Sozialistin bzw. Kommunistin und damit verbunden auch als vermeintliche Russin. Der frühere Antislawismus fand seit der Oktoberrevolution von 1917 im Antibolschewismus ein neues Feindbild, in das man Wolfstein schlicht einpasste.

Ein französischer Antisemit namens Ambroise Got, der in Berlin 1919 als Freischärler die Revolution niederschlagen geholfen hatte, hielt kurze Zeit später fest:

»Ob in Berlin, München oder in den Provinzen, die Führer der Bewegung sind die Israeliten, im Ruhrgebiet die Juden Karski und Richter [Ernst] Ruben, in Essen Leo[pold] Dannenberg, die bei der Kriegserklärung nach Holland geflohen waren, Dr. Lewy [= Paul Levi], [Eugen] Leviné, den wir in München finden, die berühmte Rosa Wolfstein – die in die Fußstapfen von Rosa Luxemburg tritt – ehemalige Kassiererin der jüdischen Geschäfte Tietz in Düsseldorf.«³

Frauenpower in der Weimarer Republik

Doch Wolfstein ließ sich durch nichts unterkriegen. Von 1921 bis 1924 war sie Mitglied des Preußischen Landtags. Dort überzogen sie Männer aller politischer Couleur, besonders aber der politischen Rechten, mit chauvinistischen und respektlosen Beleidigungen: »Blamier' dich nicht, mein liebes Kind«, »Walküre« und

³ *Ambroise Got, L'Allemagne après la débâcle. Impressions d'un attaché à la mission militaire à Berlin, mars-juillet 1919, Paris 1921, S. 115 [eigene Übersetzung].* Rosi Wolfstein arbeitete für die Tietz-Warenhaus-Kette in Antwerpen, nicht in Düsseldorf. Leopold Dannenberg war nicht der Kopf der Revolution in Essen.

»blutige Rosi! (...), nicht so giftig!«, sind nur drei illustre Beispiele. Die damals 33-jährige antwortete darauf mit fast schon humorvoller Gelassenheit: »Ich habe die Hoffnung, daß die Stenographen alle Ihre geistvollen Zurufe in das Protokoll aufnehmen, damit diese Kulturkuriosa des deutschen Geistes auch erhalten bleiben«.⁴

Doch schon bald bot die Kommunistische Partei keine passende Heimat mehr. Infolge der »Bolschewisierung« der KPD demissionierte Wolfstein 1924 von allen politischen Ämtern und Ende 1928 bzw. Anfang 1929 verließen sie und ihr Lebensgefährte Frölich aufgrund der »Stalinisierung« die KPD, gingen in die KPD-Opposition und von dort 1931 in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Hauptgrund für diesen Parteiwechsel war stets das kritische Verhältnis zu Moskau und zur Sowjetunion. In KPD-Opposition und SAPD übernahmen die beiden Antistalinisten wiederum politische Führungsrollen.

Flucht und Vertreibung

Die Machtübergabe an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 schloss ein Kapitel in der innerdeutschen Geschichte für Rosi Wolfstein ab. Während ihr Partner auf der Überfahrt nach Norwegen, die von Willy Brandt organisiert worden war, von den Nazis verhaftet und in das Konzentrationslager Lichtenburg gebracht wurde, musste sie zu Fuß über die grüne Grenze flüchten. Von Aachen gelangte sie so nach Belgien. Zeitgleich wurde ihre Berliner Wohnung von den Nationalsozialisten verwüstet. In Belgien war sie am Aufbau der Auslandsgruppen der SAPD beteiligt, deren Zentrale zunächst in Prag, später in Paris angesiedelt war. Unter dem Decknamen »Marta Koch« kommunizierte sie mit dem Rest der Partei. Ihren Schwestern konnte sie nicht schreiben, um diese nicht zu gefährden, denn das Reichssicherheitshauptamt war der Geflüchteten auf den Fersen. Berta und Wilhelmine Gisella Wolfstein wurden später Opfer der Shoah – ein Schicksal, dem Rosi Wolfstein nur entgehen konnte, weil sie als Jüdin und als Sozialistin gleichermaßen zur Flucht genötigt worden war.

⁴ Zit. nach *Rosi Wolfstein*, Aus Debatten des Preußischen Landtages. 1921 bis 1924, in: *Rosi-Wolfstein-Gesellschaft e. V.* (Hrsg.), »Sie wollte und konnte nie etwas Halbes tun.« Die Sozialistin Rosi Wolfstein-Frölich 1914 bis 1924, Witten 1995, S. 121–130, hier: S. 122.

Nachdem die Nazis den Zweiten Weltkrieg begonnen hatten, wurden Deutsche in Frankreich, wo sich Wolfstein ab 1936 aufgehalten hatte, interniert – ganz gleich, ob sie Freunde oder Feinde des NS-Regimes waren. Doch 1941 gelangten Wolfstein und Frölich, der 1933 durch die sogenannte »Weihnachtsamnestie« aus dem KZ freigekommen und dann nach Frankreich geflüchtet war, mit Notvisa und der Hilfe Varian Frys in die USA. Bis 1950 lebten sie daraufhin in New York, wo sie 1948 schließlich heirateten. Rosi Wolfstein war zu diesem Zeitpunkt bereits 60 Jahre alt. In den USA musste sie sich von linker Politik distanzieren; nicht nur aufgrund des amerikanischen Antikommunismus, sondern schlicht wegen ihrer Arbeit als Nanny und als Fluchthelferin. So finanzierte sie die Forschungstätigkeit des Mannes. Durch ihre Arbeit für das »Emergency Rescue Committee« in Manhattan war sie an zahlreichen Fällen zur Wiedervereinigung von geflüchteten jüdischen Familien in den USA beteiligt, die auf der Reise getrennt worden waren.

Immer links geblieben

1951 kehrten beide nach Deutschland zurück. In Frankfurt am Main traten sie ein zweites Mal der SPD bei. 1953 starb Paul Frölich. Rosi Wolfstein blieb den Rest ihres Lebens alleinstehend, sie hatte keine Kinder. Aktiv war sie in der »Arbeiterwohlfahrt« (AWO) und bei »Amnesty International«, außerdem beteiligte sie sich am Aufbau der »Industriegewerkschaft Druck und Papier«. Zu ihrem 95. Geburtstag organisierte Max Diamant eine große Feierlichkeit, um ihrem Lebenswerk zu gedenken. Am 11. Dezember 1987 starb Rosi Wolfstein wenige Monate vor ihrem 100. Geburtstag. Ihr Verhältnis zum Judentum blieb stets ambivalent. Vielmehr verband sie die Befreiung vom Antisemitismus mit den Aufgaben des Sozialismus. Sie hat Diskriminierungserfahrungen gemacht, teilweise als Jüdin, teilweise als Frau, teilweise aber auch mit Unrecht, das ihren Mitmenschen – unabhängig von Religion oder Herkunft – zugestoßen ist. Ihr Ideal war dagegen die Befreiung aller unterdrückter Menschen.

Auf einer Trauerfeier zu Beginn des Jahres 1988 sprach der Altbundeskanzler Willy Brandt über Rosi Wolfstein, die er seit den Jahren im Exil kannte und die er kurz vor ihrem Tod noch im Frankfurter AWO-Altenheim besucht hatte. In seiner Rede schloss er mit folgendem Satz:

»Wenn wir uns an R[osi] W[olfstein] erinnern, sollten wir dieses Luxemb[urgsche] Erbe immer wach(zu)halten suchen + (uns) gleichzeitig klarmachen, wieviel ärmer D[eutsch]l[an]d + die deutsche A[rbeiter]B[ewegung] dadurch geworden sind, dass die Nazis uns durch ihre Vernichtung fast ganz um den Nachwuchs von Soz[ialisten] jüd[ischer] Herkunft brachten. Ich sage dies in großer Hochachtung vor einer verdienten Soz[ialistin], Soz[ial]dem[okratin] sehr eig[ener] Prägung: Rose W[olfstein]-Fr[ölich]«. ⁵

Literatur

Altieri, Riccardo, »Antifaschisten, das waren wir...«. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022.

Altieri, Riccardo, Rosi Wolfstein-Frölich. Sozialdemokratin und Antimilitaristin, Berlin/Leipzig 2021.

Brandt, Willy, Trauerrede für Rose Wolfstein-Frölich. Gehalten von Willy Brandt am 12. Januar 1988, im DGB-Haus in Frankfurt am Main, in: *Uli Schöler*, Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution, Berlin 2019, S. 40–45.

Deutscher, Isaac, Der nichtjüdische Jude, Berlin 1991.

Got, Ambroise, L'Allemagne après la débâcle. Impressions d'un attaché à la mission militaire à Berlin, mars-juillet 1919, Paris 1921.

Wolfstein, Rosi, Aus Debatten des Preußischen Landtages. 1921 bis 1924, in: Rosi-Wolfstein-Gesellschaft e. V. (Hrsg.), »Sie wollte und konnte nie etwas Halbes tun.« Die Sozialistin Rosi Wolfstein-Frölich 1914 bis 1924, Witten 1995.

5 *Willy Brandt*, Trauerrede für Rose Wolfstein-Frölich. Gehalten von Willy Brandt am 12. Januar 1988 im DGB-Haus in Frankfurt am Main, in: *Uli Schöler*, Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution, Berlin 2019, S. 40–45, hier: S. 45.

»Jüdinnen und Juden in der Arbeiterbewegung Thüringens« – Ergebnisse einer Ausstellung

Uwe Roßbach/Judy Slivi

Das Ausstellungsprojekt von »Arbeit und Leben Thüringen«, das 2021 erarbeitet wurde, versteht sich als ein Baustein des Gedenkens an 900 Jahre jüdisches Leben in Thüringen. Sein Anliegen ist es, die Erinnerung an die jüdische Vielfalt um eine wichtige, vielfach verdrängte oder vergessene Tradition zu ergänzen. Nicht nur das religiöse Leben bestimmte die Existenz deutscher Jüdinnen und Juden, sondern auch, vor allem ab dem 19. Jahrhundert, eine universalistische und säkulare Lebensweise. Besonders sichtbar wurde dies in der aufkommenden Arbeiterbewegung, in deren Rahmen sich auch jüdische Menschen in vielfältiger Weise engagierten.

Es ist schon einiges über Jüdinnen und Juden in der deutschen Arbeiterbewegung bekannt. Das gilt aber nicht unbedingt für Thüringen. Zwar ist hier auch ein profundes Wissen über die prominentesten jüdischen Aktivistinnen und Aktivisten vorhanden, weil Thüringen aber nicht im Zentrum der Geschichte der Arbeiterbewegung steht, gehören die in Thüringen handelnden Persönlichkeiten eher nicht zu den bekanntesten. Dieser Beitrag soll seinen Anteil zur jüdischen Erinnerungskultur beitragen, indem wenigstens einige jener Thüringer Personen benannt werden, deren Erinnerung zunehmend verblasst ist.

Frida Winckelmann – Engagiert in Gotha und Thüringen

Frida Winckelmanns Mutter Cäcilie (geboren Salomon) stammte aus einer jüdischen Familie, die eng mit der jüdischen Gemeinde verbunden war. Ob Frida Winckelmann religiöse Bezüge hatte, ist nicht überliefert. Ihre Ausbildung erfolgte am Lehrerinnen- und Oberlehrerinnenseminar und am Berliner Pestalozzi-Fröbel-Haus. Von 1892 bis 1906 unterrichtete sie an höheren Mädchenschulen in Berlin. Anschließend leitete sie das Landerziehungsheim in Drebkau bei Cottbus. 1911 gründete sie in ihrem Haus in Birkenwerder eine reformpädagogische Erziehungsanstalt. Karl Liebknecht ließ dort drei seiner Kinder unterrichten. Frida

Winckelmann war zunächst Sozialdemokratin, später Mitglied des Spartakusbundes, trat 1917 der USPD und 1920 der KPD bei. Sie war einige Zeit die Sekretärin Rosa Luxemburgs. Frida Winckelmann arbeitete im Fachbeirat am Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung insbesondere bei der Entwicklung von Konzepten für die Volkshochschule und Einheitsschule mit. 1919 war sie an der Freigewerkschaftlichen Betriebsräteschule in Berlin tätig. 1922 wurde ihr die Konzeption für die Einrichtung in Birkenwerder entzogen. Ab 1923 war sie an der Fortbildungsschule in Gotha tätig, wo sie 1925 aufgrund ihrer politischen Tätigkeit entlassen wurde und daraufhin in wirtschaftliche Not geriet. Sie arbeitete als Redakteurin des »Thüringer Volksblattes« und war für das Frauenreferat der KPD Großthüringen zuständig. Von 1927 bis 1929 war sie Abgeordnete des Thüringer Landtages. Im 1929 gewählten Landtag war sie Mitglied der KPD-Opposition. 1930 zog Frida Winckelmann zurück nach Birkenwerder. Zwei Jahre später trat sie der »Sozialistischen Arbeiterpartei« (SAP) bei. 1933 lebte sie im Untergrund bei ihrer Schwester in Breslau und in Berlin und engagierte sich im Widerstand. Noch im selben Jahr wurde sie verhaftet und im Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin und anschließend im KZ Moringen inhaftiert. Ihr Besitz in Birkenwerder wurde enteignet. Nach ihrer Entlassung lebte sie bei Freunden in Berlin, wo sie 1943 starb.¹

Alfred Braunthal

Alfred Braunthal wuchs in einer jüdischen proletarischen Familie im Wien des frühen 20. Jahrhunderts auf. Nach dem Studium 1920 erhielt er als 23-Jähriger die Doktorwürde von der Universität Wien für die Arbeit »Karl Marx als Geschichtsphilosoph«. Parallel zur Redakteurstätigkeit bei der sozialdemokratischen »Leipziger Volkszeitung« wurde er 1921 erst Dozent, dann Leiter der Heimvolkshochschule Tinz in Gera (1925–1928). Noch vor der finanziellen Austrocknung von Tinz durch die bürgerlich-reaktionäre Landesregierung wurde er 1929 Mitarbeiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes« in Berlin.

1 Vgl. Heike Stange, Zwischen Eigensinn und Solidarität: Frida Winckelmann (1873–1943), in: Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, Jena 2006, S. 458–464.

Als Sozialdemokrat und Jude verfolgt, floh er nach 1933 nach Belgien, wo er Mitarbeiter von Henrik de Man wurde. 1936 ging er ins Exil – zunächst nach Großbritannien, dann in die USA. Dort wurde er Forschungsdirektor der Hutmachergewerkschaft und engagierte sich politisch in der »German Labour Delegation« und im »American Council for the Liberation of Germany from Nazism«, beides sozialdemokratische Exil- und Widerstandsorganisationen.

1949 kehrte er nach Europa zurück und wurde beim »Internationalen Bund Freier Gewerkschaften« in Brüssel Leiter der Wirtschafts- und Sozialpolitikabteilung, später Assistent des Generalsekretärs Harm Buiter. Im Ruhestand zog er wieder in die USA, wo er an seinem letzten Buch »Salvation and the Perfect Society: The Eternal Quest« bis 1979 arbeitete. Alfred Braunthal starb 1980 in Boston.

Jack Greidinger – Sozialdemokrat aus Gera

Familie Greidinger kam im Zuge der Zuwanderung sogenannter »Ostjuden« nach Gera. Jakob (später Jack) wurde 1906 in Busk bei Lemberg geboren. In Gera besuchte er das Realgymnasium und war als Arbeitersportler und in der jüdischen Jugendbewegung aktiv. Ab 1923 gehörte er der »Sozialistischen Arbeiterjugend« (SAJ) und ab 1925 der SPD an. Er war bei der Schulung von Arbeitslosen tätig, organisierte Kurse der SAJ und war Lehrkraft für Wirtschaftsfragen an der Volkshochschule Reuß. Ab Mitte der 1920er Jahre folgte ein Studium der Volkswirtschaftslehre. Nach 1933 ging er in den Widerstand, gehörte der illegalen Leitung der SPD in Ostthüringen an. Er leitete die Gruppe »Junge Marxisten« und redigierte die Zeitung der Gruppe. Außerdem hielt er Verbindungen zur Widerstandsgruppe »Neu Beginnen« in Berlin. 1934 wurde er verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung floh er nach England. 1952, nach Ende des Krieges, kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Leiter der Gewerkschaftsschule Elisenhöhe der »Gewerkschaft Textil-Bekleidung«. 1956 wanderte er schließlich nach Australien aus.

Alfred Maerker – Vom Bankier zum Sozialdemokraten

Ab etwa 1920 lebte der Bankier Alfred Maerker in Eisenach. Sein unverkennbar großbürgerlicher Lebensstil und seine durch den Parteieintritt in die SPD dokumentierte politische Positionierung mochten kaum zusammenpassen. Ungewöhn-

lich waren sie nicht: Karl Höchberg, der »Goldonkel« der Partei, und Paul Singer, zweiter Vorsitzender neben August Bebel, standen für wohlhabende Juden und Parteifinanziers in den Reihen der Arbeiterbewegung. Alfred Maerker war seit 1925 Stadtrat in Eisenach. Als 1924 der Präsident der Thüringischen Staatsbank Walter Loeb unter dubiosen Umständen zum Rücktritt gezwungen wurde, geriet auch Maerker in den Strudel antisemitischer Anfeindungen. Er hatte, berufen vom sozialdemokratischen Finanzminister Emil Hartmann, eine wichtige Rolle beim Aufbau der Thüringischen Staatsbank gespielt. Als Staatskommissar wurde ihm darüber hinaus die ministerielle Aufsicht über diese neue Bank aufgetragen. Mit dem Rechtsruck der Thüringer Landesregierung nach der Wahl 1924 begann sogleich ein Kesseltreiben gegen Walter Loeb und Alfred Maerker, dem die Presse im Zusammenhang mit seinen Berliner Bankgeschäften zwanzig Jahre zuvor Betrugereien unterstellte. In der NS-Zeit war Alfred Maerker als Jude und Sozialdemokrat besonders gefährdet. 1942 wurden er und seine Schwester Martha nach Theresienstadt deportiert. Beide wurden ermordet.²

Ludwig Pappenheim – Redakteur und SPD-Politiker in Schmalkalden

Ludwig Pappenheim wurde am 17. März 1887 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren. Mit 18 Jahren trat er aber aus dem Judentum aus. Nach der Novemberrevolution wurde er Abgeordneter der USPD in der Stadtverordnetenversammlung in Eschwege. Im April 1919 verzichtete er jedoch auf sein Mandat. In Schmalkalden hatte eine Verlagsgenossenschaft das »Schmalkalder Tageblatt« übernommen, das fortan als Arbeiterzeitung »Volksstimme« mit Pappenheim als leitendem Redakteur fortgeführt wurde. Das Vorhaben war durch Spenden aus der Arbeiterschaft und mit dem elterlichen Erbe Pappenheims ermöglicht worden. Pappenheim führte in Schmalkalden die Jugendweihe ein und trat dabei in den folgenden Jahren wiederholt als Festredner auf. Neben der Bildungsarbeit war ihm der Kampf um die Rechte der Frauen wichtig. Er organisierte den Neubau von Arbeitersiedlungen und eines Schwimmbades und gründete die erste

2 Vgl. Reinhold Brunner, 1850–1930: Eisenacher Juden als Handlungsträger in der kommunalen Politik, in: Harald Mittelsdorf (Hrsg.), Zwischen Mitgestaltung und Ausgrenzung. Jüdische Abgeordnete und jüdisches Leben als Thema in Thüringer Parlamenten, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Bd. 26, Weimar 2007, S. 70–89.

Konsumgenossenschaft von Schmalkalden-Wasungen. Als Abgeordneter der SPD hatte er ab 1920 ein Mandat im Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau inne, da er in den Kommunallandtag des Regierungsbezirks Kassel gewählt worden war. 1922 wurde er Kreisvorsitzender seiner Partei und gehörte dem Kreis-ausschuss sowie dem Schmalkalder Magistrat als unbesoldeter Beigeordneter an. Von 1925 bis 1933 war er Mitglied im Anstaltsbeirat des Arbeitshauses Breitenau bei Kassel, wo er sich für Reformen einsetzte, die insbesondere auf eine Verbesserung der schlechten Lebensbedingungen vor Ort abzielten. Die Nationalsozialisten verhafteten ihn im März 1933. Es folgten Gefängnis und Schikanen, bis er 1934 im KZ Neusustrum ermordet wurde.³

Resümee

Parallel zu den Biografien beinhaltet die Ausstellung ein inhaltlich vielfältiges Informationsangebot zum sozialhistorischen Kontext der betrachteten Personen. Breiten Raum nimmt dabei die Geschichte des Antisemitismus und seiner Akteure von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum »Slansky-Prozess« zu Beginn der 1950er Jahre ein. Die Zuwanderung osteuropäischer Jüdinnen und Juden wird ebenso thematisiert, wie Perspektiven auf den sozialistischen Zionismus. In diesem Zusammenhang sind auch die Thüringer Palästinafreunde von besonderem Interesse, die als »Verband der Freunde des arbeitenden Palästina« Mai 1927 auf Initiative der jüdischen Arbeiterpartei »Poale Zion« gegründet wurden. Unterstützer fand der Verband in der Arbeiterbewegung Thüringens, unter anderem beim Landtagspräsidenten und Vorsitzenden der SPD Thüringen Hermann Leber, beim Redakteur des SPD-Parteiorgans »Das Volk« Albert Kranold sowie den sozialistischen Professoren Paul Linke, Wilhelm Peters und Karl-Ludwig Schmidt.⁴

Die nach dem Zweiten Weltkrieg früh in Thüringen aufgeworfene Frage der Entschädigung jüdischer Opfer der nationalsozialistischen Diktatur, die prominent von Hermann Brill auf die Tagesordnung gesetzt und von der sowjetischen Be-

³ Vgl. *York-Egbert König/Dietfrid Krause-Vilmar/Ute Simon*, Ludwig Pappenheim. Redakteur – Sozialdemokrat – Menschenfreund, hrsg. vom Centrum Judaicum, Berlin 2014.

⁴ Vgl. O.A., Deutsche Sozialisten für das arbeitende Palästina, in: *Der jüdische Arbeiter. Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion* 4, 1927, H. 6, S. 4.

satzungsmacht und ihren einheimischen Helfern verhindert wurde, wird ebenfalls ausführlicher Bestandteil der Ausstellung.

Das Feedback der Besucherinnen und Besucher signalisiert, dass neben den Biografien der vorgestellten Personen vor allem die historischen Kontexte häufig wenig bekannt sind. Dies betrifft nicht nur die moderne Ideengeschichte (Stichwort Zionismus), sondern generell auch den sozialgeschichtlichen und politischen Kontext. In der jüngeren Generation ist dieses vornehmlich schulisch erworbene Wissen allenfalls rudimentär ausgeprägt, worauf auch der »16. Jugendbericht der Bundesregierung« von 2020 hingewiesen hat.⁵ Dies ist umso mehr zu bedauern, da die antidemokratisch orientierte Publizistik, die die Nähe zu antisemitischen Verschwörungsideologien kaum scheut, immer mehr Raum gewinnt. Auch Geschichtsrevisionistische Positionen finden heute bei einem historisch interessierten Publikum vielfach Resonanz, auch weil sie häufig im Stil populärwissenschaftlicher, professionell erzeugter Medienprodukte die Neugier vieler unbedarfter Interessierter wecken. Die demokratische Öffentlichkeit, vor allem aber die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, dies als ernsthafte Herausforderung anzunehmen und eine historische Gedenk- und Erinnerungskultur zu befördern, die sich vornehmlich nicht (nur) auf eine Kultur der Vergangenheitsrepräsentation beschränkt.

Der Text bezieht sich auf das Ausstellungsprojekt »Jüdinnen und Juden in der Arbeiterinnenbewegung Thüringens«⁶. Die Ergebnisse entstammen der verdienstvollen und engagierten Arbeit einer Reihe Thüringer Regionalhistorikerinnen und Regionalhistoriker, denen an dieser Stelle gedankt werden soll: Jörg Kaps und Dr. Monika Gibas (Arnstadt), Dr. Reinhold Brunner (Eisenach), Dieter Bauke (Gera), Christoph Gann (Meiningen), York-Egbert König und Ute Simon (Schmalkalden).

5 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin 2020.

6 Für einen ausführlichen Beitrag zur Ausstellung vgl. Uwe Roßbach/Judy Slivi, Juden und Jüdinnen in der Thüringer Arbeiterbewegung. Zur Dokumentation eines Ausstellungsprojektes, in: Hans-Werner Hahn/Marko Kreutzmann (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Thüringen. Strukturen und Entwicklungen vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Wien/Köln 2022, 293–309.

Literatur

- Brunner, Reinhold*, 1850–1930: Eisenacher Juden als Handlungsträger in der kommunalen Politik, in: *Harald Mittelsdorf* (Hrsg.), *Zwischen Mitgestaltung und Ausgrenzung. Jüdische Abgeordnete und jüdisches Leben als Thema in Thüringer Parlamenten*, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Bd. 26, Weimar 2007, S. 70–89.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin 2020.
- König, York-Egbert/Dietfrid Krause-Vilmar/Ute Simon*, Ludwig Pappenheim. Redakteur – Sozialdemokrat – Menschenfreund, Berlin 2014.
- O.A., Deutsche Sozialisten für das arbeitende Palästina, in: *Der jüdische Arbeiter. Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion* 4, 1927, H. 6, S. 4.
- Roßbach, Uwe/Judy Slivi*, Juden und Jüdinnen in der Thüringer Arbeiterbewegung. Zur Dokumentation eines Ausstellungsprojektes, in: *Hans-Werner Hahn/Marko Kreutzmann* (Hrsg.), *Jüdische Geschichte in Thüringen. Strukturen und Entwicklungen vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Wien/Köln 2022, 293–309.
- Stange, Heike*, Zwischen Eigensinn und Solidarität: Frida Winckelmann (1873–1943), in: *Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker* (Hrsg.), *Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen*, Jena 2006, S. 458–464.

4. Jüdische Perspektiven nach 1945

Jakob Altmaier – Vermittler und Wegbereiter der Wiedergutmachung

Kristina Meyer

Als Konrad Adenauer am 27. September 1951, kurz vor dem jüdischen Neujahrsfest Rosch ha-Schana, im Bundestag eine Regierungserklärung zur Frage der Wiedergutmachung abgab, saß im Plenum auch der SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier. Für den 61-jährigen Sozialdemokraten war das offizielle Bekenntnis des Bundeskanzlers zu einer materiellen Wiedergutmachung für die Verbrechen des Nationalsozialismus an den europäischen Jüdinnen und Juden nicht nur deshalb so bedeutsam, weil Altmaier selbst ein Überlebender der Shoah war. Er hatte auch im Vorfeld eine unverzichtbare Vermittlerrolle bei den geheim gehaltenen Vorgesprächen zu jener Regierungserklärung gespielt.

Nach einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 14. März 1951 hatte Altmaier Adenauer auf dem Flur angesprochen und um ein Gespräch zur Frage der Wiedergutmachung gebeten. Schon tags darauf saß er im Kanzlerbüro und riet Adenauer dazu, direkte Verhandlungen mit der israelischen Regierung anzustreben. Der Kanzler ließ sich überzeugen und beauftragte Altmaier, den Kontakt zu einem Vertreter des Staates Israel herzustellen.¹ Für den in der kleinen jüdischen Community der jungen Bundesrepublik gut vernetzten Remigranten war das kein Problem: Bei der Einweihung der Frankfurter Synagoge hatte er den israelischen Konsul Eliahu K. Livneh kennengelernt, den er nun kontaktierte, um ihm Adenauers Anliegen vorzutragen.² Gegenüber Livneh erklärte Altmaier, er habe nicht im offiziellen Auftrag der SPD-Fraktion die Initiative ergriffen, sondern »rein privat als Jude«; in einem später verfassten Memorandum schrieb Altmaier jedoch, er

1 Vgl. *Erich Ollenhauer*, Sozialdemokratie und Wiedergutmachung (Entwurfsmanuskript, verfasst von Jakob Altmaier), o. D. 1953, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Nachlass Jakob Altmaier, 8.

2 Vgl. *Christoph Moß*, Jakob Altmaier. Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889–1963), Köln u. a. 2003, S. 227.

habe sich bereits Ende 1950 mit seinem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Kurt Schumacher über einen entsprechenden Vorstoß abgestimmt.³

Sein Vermittlungsversuch war erfolgreich, denn kurz darauf erklärte sich die Regierung in Jerusalem zu direkten bilateralen Gesprächen bereit. Bereits am 19. April 1951 kam es in Paris zu einem ersten geheim gehaltenen Treffen Adenauers mit dem Botschafter Israels in Frankreich, Maurice Fischer, und einem Vertreter des israelischen Finanzministeriums, bald darauf zu einem Gespräch mit Nahum Goldmann, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses.⁴ Auf dessen Bitte erklärte sich Adenauer bereit, das Bekenntnis seiner Regierung zur Wiedergutmachung offiziell vor dem Bundestag zu verkünden. Als klar wurde, dass die Verhandlungspartner mit den zurückhaltenden Formulierungen des vorab vom Kanzleramt übermittelten Redetexts nicht einverstanden waren, griff der Kanzler erneut auf Altmaiers Vermittlerrolle zurück und bat ihn, zur weiteren Abstimmung des Wortlauts nach Paris zu reisen.⁵

Der dort überarbeitete Text fand nun zwar die Zustimmung der Vertreter Israels und des Jüdischen Weltkongresses, nicht aber der SPD-Bundestagsfraktion. Kurt Schumacher, der Adenauer schon 1949 für seine viel zu »matten« und »schwachen« Äußerungen zu den Verbrechen an den europäischen Juden scharf kritisiert hatte,⁶ hielt auch die nun geplante Regierungserklärung für deutlich zu »lau«.⁷ Eigentlich sollte der Sozialdemokrat Paul Löbe als Alterspräsident des Bundestages im Anschluss an Adenauer eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zur Wiedergutmachung verlesen, aber die SPD-Fraktion formulierte stattdessen aus Protest eine eigene Resolution. Darin brachte Löbe zum Ausdruck, dass die Initiative der Regierung zu einer Wiedergutmachung wesentlich früher hätte erfolgen müssen und Adenauers Verweis auf die zu erwartenden finanziellen Belastungen für die Deutschen angesichts der »furchtbare[n] Größe des Unrechts«

3 Ebd., S. 228.

4 Vgl. *Constantin Goschler*, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005, S. 161 f.

5 Vgl. *Petra Weber* (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, Halbbd. 2, 1.–181. Sitzung 1949–1953, Düsseldorf 1993, S. 293, Anm. 5.

6 Stenographische Protokolle des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode, 21.9.1949, S. 36.

7 Vgl. *Weber*, Die SPD-Fraktion, S. 293, Anm. 6.

unangemessen sei.⁸ Auch an der Formulierung dieser Rede war Altmaier beteiligt.⁹

Rastloses Exil und Entscheidung zur Rückkehr

Geboren wurde Jakob Altmaier am 23. November 1889 in Flörsheim am Main als eines von zehn Kindern einer alteingesessenen und frommen jüdischen Bäckerfamilie. Sein Vater Josef Altmaier war ehrenamtlicher Vorsteher und Kantor der örtlichen Synagoge.¹⁰ Zwar äußerte sich Jakob selbst später nie öffentlich zu seiner eigenen Religiosität, aber aus dem Nachruf eines engen Freundes geht hervor, dass er dem jüdischen Glauben lebenslang verbunden blieb.¹¹ Nach einer Kaufmannslehre absolvierte Altmaier ein Zeitungsvolontariat und schrieb für die sozialdemokratische Frankfurter »Volksstimme« und die »Flörsheimer Zeitung«. 1913 trat er in die SPD ein, nachdem er August Bebel bei einer Kundgebung vor den Arbeiterinnen und Arbeitern des nahegelegenen Opel-Werks gehört hatte. In einem Artikel von 1949 beschrieb er, wie nicht nur Bebel als Person ihn begeistert hatte, sondern auch dessen sozialistische Grundüberzeugungen.¹²

Er nahm als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teil, kehrte jedoch nach einer schweren Verwundung 1917 nach Hause zurück und schrieb fortan wieder für die »Volksstimme«. In Frankfurt beteiligte er sich an der Novemberrevolution, berichtete für den »Vorwärts« von den Versailler Friedensverhandlungen und war in den späten Jahren der Weimarer Republik als Auslandskorrespondent für verschiedene Zeitungen tätig. Am 1. April 1933, dem Tag des nationalsozialistischen »Juden-

8 Stenographische Protokolle des Deutschen Bundestags, 1. Wahlperiode, 27.9.1951, S. 6699.

9 Vgl. *Shlomo Shafir*, Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goshler* (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 191–203.

10 Vgl. *Willy Albrecht*, Jeanette Wolff, Jakob Altmaier und Peter Blachstein. Die drei jüdischen Abgeordneten des Bundestags bis zum Beginn der sechziger Jahre, in: *Julius H. Schoeps* (Hrsg.), Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952), Berlin 2001, S. 236–253, hier: S. 241.

11 In einem Nachruf auf Altmaier, verfasst von dem mit ihm befreundeten US-General Julius Klein, heißt es, Altmaier sei ein sehr religiöser Mensch gewesen. Vgl. ebd., S. 252, Anm. 25.

12 Vgl. *Jakob Altmaier*, Wie ich Sozialdemokrat wurde, in: *Volksstimme* vom 5.8.1949. Zu Altmaiers Leben vor der Flucht aus Deutschland 1933 vgl. außerdem *Moß*, Jakob Altmaier; sowie *Willy Albrecht*, Ein Wegbereiter. Jakob Altmaier und das Luxemburger Abkommen, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goshler* (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 205–229.

boykotts«, floh Altmaier aus Deutschland: Als Jude, Sozialdemokrat und Homosexueller hatte er gleich aus mehreren Gründen mit seiner baldigen Verhaftung zu rechnen. Zu den Stationen seines ruhelosen Exils, in dem er weiterhin journalistisch und im Widerstand gegen das NS-Regime tätig war, zählten Frankreich, Jugoslawien, Spanien, Großbritannien, Griechenland und Ägypten.¹³

Im Frühjahr 1946 besuchte Altmaier erstmals wieder seine Heimatstadt und trat erneut in die SPD ein. Sein familiäres Netzwerk war zerstört: Dreißig seiner Verwandten hatten das »Dritte Reich« nicht überlebt, auch drei seiner Geschwister waren ermordet worden. Zu einer endgültigen Rückkehr nach Deutschland konnte er sich zu dieser Zeit noch nicht entschließen. In den ersten Nachkriegsjahren arbeitete er als Journalist und internationaler Kontaktmann der SPD hauptsächlich von Paris aus und beantragte im Frühjahr 1949 ein Visum für die USA.¹⁴ Erst als ihm im Vorfeld der ersten Bundestagswahl die Kandidatur für den sozialdemokratisch dominierten Wahlkreis Hanau angeboten wurde, entschloss sich Altmaier zu bleiben – »vor allem auf Wunsch und Drängen von Dr. Kurt Schumacher«,¹⁵ wie er später schrieb. Der SPD-Vorsitzende hatte nach der Erinnerung von Fritz Heine »besonderen Wert darauf gelegt, einen jüdischen Genossen in unserer Fraktion zu haben«. ¹⁶ Heine und Erich Ollenhauer kannten Altmaier aus London und hatten ihn vorgeschlagen. Nach der verlorenen Bundestagswahl, in der Jakob Altmaier das Direktmandat gewonnen hatte, schrieb Schumacher im November 1949 an Peter Blachstein, er ärgere sich über die »besorgten Biedermänner« in der eigenen Partei, die auf die Kandidatur jüdischer Parteimitglieder für politische Ämter und Mandate zurückhaltend reagierten und dabei vorgeblich besorgt auf die »politische Unerzogenheit des deutschen Volkes« verwiesen, auf die potenziell »geringere Anziehungskraft« solcher Kandidaten oder gar »die Gefahr einer Abstoßung der Wähler«. ¹⁷ Noch mehr als in Blachstein, der sich vom Judentum distanziert hatte, sah Schumacher in Altmaier einen idealen Vermittler und Kommunikator mit Blick auf die von ihm erhoffte »Aussöhnung zwischen Deutschland

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. *Moß*, Jakob Altmaier, S. 193 f.

15 *Jakob Altmaier*, Meine Arbeit und Mitwirkung am »Israel-Vertrag«, in: AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, 7.

16 *Fritz Heine an Heinz Putzrath*, 2.9.1992, in: AdsD, Nachlass Heinz Putzrath, Teil 2, 23.

17 *Kurt Schumacher an Peter Blachstein*, 26.11.1949, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 72.

und dem Judentum«. ¹⁸ Als es 1951 um die Anbahnung erster Kontakte zur Regierung des Staates Israel und den Beginn inoffizieller Verhandlungen über die Wiedergutmachung ging, war Altmaier der Mann der Stunde.

Das Luxemburger Abkommen

Nachdem Jakob Altmaier im Frühjahr 1951 die entscheidenden Verbindungen geknüpft hatte und die Verhandlungen über ein Wiedergutmachungsabkommen in Gang gekommen waren, gab es für den Sozialdemokraten jedoch keinen aktiven Part mehr in den schwierigen Gesprächen zwischen Israel, der Jewish Claims Conference und der Bundesregierung. Altmaier war bewusst, dass er als Verhandlungspartner »in praktisch unlösbare Loyalitätskonflikte geraten könnte«. ¹⁹ Dennoch war er bitter enttäuscht, als er von Eliahu Livneh und Staatssekretär Walter Hallstein erfuhr, dass es sowohl innerhalb der israelischen Regierung als auch vonseiten jüdischer Organisationen in der Bundesrepublik Vorbehalte gegen ihn als Beteiligten bei den Verhandlungen gebe. Hinter diesen Bedenken steckt nach Altmaiers Einschätzung ein Gerücht, das Karl Marx, der Herausgeber der »Allgemeinen Wochenzeitung der Juden«, in diskreditierender Absicht über ihn verbreitete: Angeblich hatte Altmaier den britischen Geheimdienst in den späten Kriegsjahren über den Kurs illegaler jüdischer Flüchtlingstransporte nach Palästina informiert. Nach Recherchen von Christoph Moß lässt sich zwar nicht belegen, dass Marx solche Gerüchte tatsächlich streute, er habe aber nachweislich »an anderer Stelle gegen Altmaier intrigiert« und ihn als Konkurrent auf dem Feld »der jüdischen Sache« und der Wiedergutmachung betrachtet. ²⁰

Als die schwierigen Wiedergutmachungsverhandlungen im niederländischen Wassenaar an der Unbeweglichkeit der deutschen Seite zu scheitern drohten, schaltete sich Altmaier erneut ein. Auf Anregung des israelischen Journalisten Robert Weltsch bat er den schwer erkrankten Kurt Schumacher darum, bei Adenauer zu intervenieren. ²¹ In einem Brief vom 10. Mai 1952 appellierte schließlich der SPD-Vorsitzende an den Kanzler, die Gespräche wiederaufzunehmen und mehr

¹⁸ Jakob Altmaier, *Meine Arbeit und Mitwirkung am »Israel-Vertrag«*.

¹⁹ Moß, Jakob Altmaier, S. 232.

²⁰ Jakob Altmaier an Nahum Goldmann, 12.2.1952, in: AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, 7; Moß, Jakob Altmaier, S. 233–237.

²¹ Vgl. Jakob Altmaier, *Meine Arbeit und Mitwirkung am »Israel-Vertrag«*.

Entgegenkommen zu zeigen, denn für die »moralische und politische Rehabilitation« Deutschlands hänge viel davon ab, die Verhandlungen »durch den Beweis unseres guten Willens zu einem beiderseits befriedigenden Erfolg zu führen«.²² Für Adenauer kam der Brief »wie ein Geschenk des Himmels« – so jedenfalls in der rückblickenden Wahrnehmung Altmaiers. Dass die sozialdemokratische Opposition dem Kanzler aus einer »Patsche« heraushelfen durfte, »in die ihn seine eigenen Leute hineinmanövriert hatten«, entschädigte Altmaier ein wenig für die ihm versagte Teilnahme an den Verhandlungen. »Triumphierend« habe Adenauer den widerspenstigen Ministern seines Kabinetts das Schreiben Schumachers vorgehalten und erklärt, dass er auch ohne ihre Stimmen eine parlamentarische Mehrheit zur Ratifizierung eines Wiedergutmachungsabkommens zusammenbekommen werde.²³ Tatsächlich distanzierte sich der Bundeskanzler von der unnachgiebigen Haltung seines Finanzministers Fritz Schäffer und machte durch ein weiteres Gespräch mit Goldmann den Weg für eine Fortsetzung der Verhandlungen frei.

Als schließlich am 10. September 1952 das Luxemburger Abkommen geschlossen wurde, mit dem sich die Bundesrepublik zu Wiedergutmachungszahlungen in Höhe von drei Milliarden D-Mark an den Staat Israel und weiteren 450 Millionen D-Mark an die Jewish Claims Conference verpflichtete, war Jakob Altmaier wieder mit von der Partie. »Zum Dank und in Anerkennung für die entscheidende sozialdemokratische Hilfe«, so schrieb er in der Rückschau, hatte Adenauer ihn zur feierlichen Unterzeichnung des Vertragswerks eingeladen.²⁴ Dass der Bundeskanzler aus der oppositionellen SPD weitaus mehr Unterstützung für das Projekt einer Wiedergutmachung erfuhr als aus den Reihen seiner eigenen Regierung und Fraktion, zeigte sich sowohl bei der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens im März 1953 als auch wenig später bei der Abstimmung über das Gesetz zur individuellen Entschädigung von Verfolgten des Nationalsozialismus: Ohne die geschlossene Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten wären beide Vorhaben im Bundestag gescheitert.

22 Kurt Schumacher an Konrad Adenauer, 10.5.1952, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Schumacher, 58.

23 Erich Ollenhauer, Sozialdemokratie und Wiedergutmachung, in: AdsD, Nachlass Jakob Altmaier, 8.

24 Ebd.

Jakob Altmaier, der sich in den folgenden zehn Jahren intensiv um eine Verbesserung der Entschädigungsregelungen bemühte und sich gegen Neonazismus und Antisemitismus engagierte, dabei aber zunehmend vereinsamte, wurde am 8. Februar 1963 mitten aus dem Arbeitsleben gerissen: In seinem Bonner Bundestagsbüro erlitt er einen tödlichen Herzinfarkt.²⁵ Als er wenige Tage später auf dem jüdischen Friedhof seiner Heimatstadt Flörsheim beigesetzt wurde, war es neben seinen Fraktionskollegen Herbert Wehner und Carlo Schmid auch der aus Schwaben stammende Leiter der Israel-Mission in Köln, Felix Shinnar, der Altmaiers entscheidende Vermittlerrolle in der Frühphase der deutsch-israelischen Beziehungen und vor allem in der Wiedergutmachung würdigte.²⁶

Literatur

Albrecht, Willy, Ein Wegbereiter. Jakob Altmaier und das Luxemburger Abkommen, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goshler* (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 205–229.

Albrecht, Willy, Jeanette Wolff, Jakob Altmaier und Peter Blachstein. Die drei jüdischen Abgeordneten des Bundestags bis zum Beginn der sechziger Jahre, in: *Julius H. Schoeps* (Hrsg.), Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952), Berlin 2001, S. 236–253.

Diner, Dan, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015.

Goshler, Constantin, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005.

Moß, Christoph, Jakob Altmaier. Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889–1963), Köln u. a. 2003.

Shafir, Shlomo, Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goshler* (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 191–203.

Weber, Petra (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, Halbbd. 2, 1.–181. Sitzung 1949–1953, Düsseldorf 1993.

²⁵ Vgl. *Albrecht*, Jeanette Wolff, Jakob Altmaier und Peter Blachstein, S. 245.

²⁶ Vgl. *Dan Diner*, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015, S. 33.

Die Probleme Israels mitgelebt – Ludwig Rosenberg und Israel

Frank Ahland

Ein Foto von 1976 zeigt Ludwig Rosenberg im Arbeitszimmer in Ratingen-Hösel, einem, wie Werner Höfer treffend schrieb, bescheidenen Haus im Kapitalistenrefugium Hösel. Auf dem Bücherregal eine Menorah, ein Geschenk der »Histadrut«, auf dem Schreibtisch ein Wimpel des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«, dem er seit seiner Gründung 1924 angehört hatte. Das Foto macht Rosenbergs Einstellung deutlich: auf dem Hintergrund der jüdischen Tradition und der bürgerlichen Herkunft der demokratischen Zukunft zugewandt.

Geboren wurde Rosenberg am 29. Juni 1903 in Charlottenburg, wo seine Eltern ein Geschäft für Herren- und Knabengarderoben betrieben. »Onkel Benno«, der an Polio erkrankte Bruder seiner Mutter, war promovierter Rechtsanwalt und Notar – und der erste und wichtigste Mentor des Jungen. Die Familie sah sich der liberalen Tradition des Judentums verpflichtet, doch der junge Ludwig trat schon früh aus der Gemeinde aus. Er verstand sich zeitlebens weder als Jude noch als Zionist. Auch beruflich verweigerte er sich dem vorgezeichneten Weg: Er verließ die Schule ohne Abitur, den väterlichen Laden verkaufte er bald nach dessen Tod. 1928 wurde er Mitarbeiter der Gewerkschaft der Angestellten, einer liberalen Gewerkschaft, in der er rasch aufstieg.

Als junger Mann begrüßte Rosenberg die neue demokratische Ordnung, erlebte aber auch die politischen Morde und Putsche hautnah mit. Die Demokratie und ihre Gefährdung wurden zu seinem Lebensthema.

Im Frühjahr 1933 setzte seine Gewerkschaft ihn, den Juden, vor die Tür. Arbeitslos kehrte er Deutschland den Rücken. Seine Verlobte Margot folgte ihm nach London. Bald darauf verheiratet, schlugen sie sich mühsam durch. Erst als das politische Exil in größerer Zahl Großbritannien erreichte, fand er Anschluss. Vor allem Hans Gottfurcht wurde ein enger Vertrauter. Dass seine Mutter und sein Onkel wie auch viele weitere Verwandte nicht mehr lebten, ahnte er schon wäh-

rend des Zweiten Weltkriegs. Bald nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Herbst 1946 fand er Gewissheit – beide waren im Januar 1943 in Auschwitz ermordet worden. Rosenberg arbeitete für den neugegründeten »Deutschen Gewerkschaftsbund« (DGB), seit 1949 saß er in dessen Bundesvorstand, von 1962 bis 1969 als Vorsitzender.

Frühe Kontakte nach Israel

Rosenbergs Verhältnis zu Israel lässt sich als affektiv und emotional beschreiben. 1953 nahm er ersten Kontakt mit israelischen Gewerkschaftern auf, am Rande eines internationalen Kongresses luden jüdische US-Gewerkschafter die Delegationen der Bundesrepublik und Israels zu einem Essen ein. Rosenberg freute sich über die Gelegenheit, »die aus verständlichen Ressentiments herrührenden Gegensätze überbrücken zu können«.

1955 besuchte Rosenberg erstmals Israel. Er beschrieb die Reise als privat, dennoch spricht viel für eine halboffizielle Reise, denn als für den Rückflug kein Platz frei war, beschlagnahmte die israelische Regierung kurzerhand einen Sitz in einer Maschine.

Auf Seiten des DGB und der deutschen Gewerkschaften war das Interesse an intensiveren Kontakten zu Israel seit den 1950er Jahren groß, stieß jedoch in Israel auf Skepsis. Die Zurückhaltung blieb auch im Zentralkomitee der »Histadrut« mit seinen komplizierten politischen Aushandlungsprozessen deutlich spürbar. Das war ganz ähnlich bei der Bundesregierung: 1953 wollte Bundeskanzler Adenauer diplomatische Verbindungen zu Israel aufbauen, jedoch war Israel noch nicht bereit dazu. So blieb es bei einer Handelsvertretung, der Israel-Mission in Köln. Solange es keine diplomatischen Beziehungen gab, war sie überaus wichtig für bilaterale Kontakte. Aber auch Einzelpersonen förderten die Beziehungen. So brachte Rosenberg, der bestens vernetzt war, israelische Interessen in die EWG ein.

1957 fuhr eine erste Delegation des DGB nach Israel, Rosenberg war dabei. Hier traf sie mit dem Vorstand der »Histadrut« und zahlreichen Regierungsmitgliedern zusammen. Zurück in Deutschland zeigte sich Rosenberg »tief beeindruckt von dem Mut, der Begeisterung und den großartigen Leistungen« des israelischen Volkes unter größten Schwierigkeiten. Bis zu einem Gegenbesuch der Israelis sollte es jedoch noch zehn Jahre dauern.

Initiator diplomatischer Beziehungen

Im Herbst 1964 kehrte Rosenberg von einer Reise nach Israel mit der Idee zurück, er wolle auf breiter Basis etwas initiieren, das Israel helfen werde. In einem vielbeachteten Zeitungsartikel argumentierte er nicht nur vehement gegen die 1965 anstehende Verjährung des Nazi-Unrechts. Er forderte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel. Die Deutschen müssten tun, »was uns unser Gewissen befiehlt«, und Beziehungen zu Israel aufbauen, so Rosenberg. Um dieses Ziel voranzutreiben, initiierte er eine Unterschriftensammlung, die jedoch weit hinter den Erwartungen zurückblieb, da die Arbeitgeberverbände nicht mitzogen, aber auch weil man den Antisemitismus unter den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Betrieben unterschätzt hatte. Dennoch war die Aktion im Zusammenwirken mit zahllosen anderen gesellschaftlichen Akteuren letztlich erfolgreich. Bundeskanzler Erhard, der lange auf ablehnende Stimmen aus dem Auswärtigen Amt gehört hatte, stimmte im April 1965 der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu.

Zur gleichen Zeit begann die rechtsextreme Presse, offen gegen den Juden Rosenberg zu hetzen. Ein NPD-Blatt fragte heuchlerisch: »Ewig für Auschwitz zahlen?«. In einem anderen Blatt polemisierte ein Holocaustleugner gegen den »Außenminister Rosenberg«, der die finanziellen »Überhänge« des DGB zu einer DM-Diplomatie im Interesse seiner »Public Relations zu Israel« benutze. Die heftigen Angriffe von Rechtsaußen riefen aber auch Widerspruch hervor: Im Bundestag sprach der Sozialdemokrat Adolf Arndt die Verleumdung des »Juden Ludwig Rosenberg« direkt an. Die rechtsextreme Presse spreche die »Sprache der potentiellen Mörder von morgen«, so Arndt unter dem Beifall der Abgeordneten. Er fügte hinzu: »Wenn es je etwas Ehrenloseres gab, etwas bis in den letzten Winkel des Schmutzes der eigenen Seele Verlumptes, dann ist das diese ehrlose Haltung solcher Blätter.«

Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

Was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag: In dieser Situation begann Rosenberg, von seinem Schicksal und dem seiner Verwandten zu berichten. Doch weiterhin lehnte er es ab, von Zeitungen als Jude in Deutschland befragt zu werden. Wichtiger als die Aussöhnung zwischen den Religionen war ihm stets die

offensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, mit Widerstand und Verfolgung.

In der »Histadrut« standen sich unterdessen weiterhin Gegner und Befürworter eines offiziellen Kontakts mit dem DGB gegenüber. Hillel Seidel, einen Überlebenden des Ghettos von Wilna, konnte Rosenberg mühsam überzeugen, die Beziehungen nicht abzulehnen, wenn er sie auch nicht befürworten wollte. Als während des Sechstagekrieges 1967 DGB und Einzelgewerkschaften beschlossen, den Wiederaufbau Israels finanziell zu fördern, entschloss sich die »Histadrut«, eine Delegation in die Bundesrepublik zu entsenden. Der deutsche Botschafter in Tel Aviv berichtete nach Bonn, die Teilnehmenden der Delegation hätten sich nach ihrer Rückkehr »sehr lobend, ja, geradezu begeistert« über ihren Empfang in der Bundesrepublik geäußert. Sie hätten überall eine große Sympathie für Israel gespürt. Er nannte es »besonders erfreulich«, dass Seidel »überzeugt« zurückgekehrt sei, die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten sei »notwendig und gut«. Bemerkenswert klar erkannte Seidel den Zusammenhang zwischen der Shoah und der plötzlichen Sympathie für Israel in Westdeutschland: Viele Deutsche »suchen einen Weg, um für die Vergangenheit zu büßen, und sie glauben, daß die Unterstützung des Staates Israel ihnen diese Möglichkeit bietet«.

Gewerkschaftliche Partnerschaft

Kurz nach Rosenbergs Ausscheiden aus dem Amt im Mai 1969 ließ ihn »Histadrut«-Generalsekretär Aharon Becker wissen, er sei fest entschlossen, Deutschland »als Gast des DGB« zu besuchen. In Rosenberg sah er »den Architekten der freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen unseren Bewegungen«. Der DGB, jetzt unter Heinz Oskar Vetter, lud die israelische Delegation sogleich offiziell ein. Rosenberg nahm an den offiziellen Unterredungen ebenso teil wie an den Gesprächen mit Bundespräsident Gustav Heinemann, Bundeskanzler Willy Brandt, dem Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Norbert Blüm, Arbeitsminister Walter Arendt und dem Chef der Bank für Gemeinwirtschaft Walter Hesselbach. Zudem lud er die Delegation, Politiker, Gewerkschafter und Arbeitsdirektoren zu einem Abendessen mit anschließendem Beisammensein in seinem Privathaus ein.

Damit waren Rosenbergs intensive Bemühungen, die seine gesamte Amtszeit durchzogen hatten, endlich an ihr Ziel gelangt. 1975 schlossen die Vorsitzenden von DGB und »Histadrut«, Heinz Oskar Vetter und Yerucham Meshel, ein Partnerschaftsabkommen, das der inzwischen längst geübten Praxis der Zusammenarbeit formelle Bahnen gab.

Als Rosenberg am 23. Oktober 1977 starb, rief ihm Aharon Becker nach, er habe »ein besonderes Empfinden für die jüdische Sache gezeigt, obgleich er in einem bürgerlich-liberalen, assimilierten Haus« aufgewachsen sei. Und er erinnerte daran, dass »Rosenberg, der Jude«, als er 1957 in Israel auf ihn und andere Funktionäre der »Histadrut« getroffen sei, seine »besondere Erregung« nicht habe verbergen können und seither die Probleme Israels mitgelebt habe.

Gegenüber seinem Freund Jakob Moneta hatte Rosenberg angesichts palästinensischer Terrorakte in Israel 1970 bekannt: »Meine Anschauungen zum Zionismus kennst Du: Ich bin kein Zionist und habe das in Israel offen und deutlich so gesagt, daß es sogar dort in den Zeitungen stand. Aber ich bin froh, daß Juden, die als nationale Gruppe in einem eigenen Staat leben wollen, das nach zweitausend Jahren tun können. Für die anderen wie mir zum Beispiel ist es dann freie Entscheidung, daß sie die volle Assimilation mit allen Konsequenzen wählen können – das erste Mal wirklich aus eigener freier Entscheidung.«

Weiterführend

Ahland, Frank, Bürger und Gewerkschafter. Ludwig Rosenberg 1903 bis 1977, Eine Biografie, Essen 2016.

Fritz Lamm – Sozialismus als Heimat

Maria Daldrup

Es sind gerade die biografischen Annäherungen, die einen spannenden Zugang zur Arbeiterbewegung, ihren zugehörigen Jugendbewegungen und den Verflechtungen zum jüdischen Leben bieten. Der am 30. Juni 1911 geborene Fritz Lamm (1911–1977) ist so ein Beispiel. Arbeiterbewegung und Sozialismus boten ihm, dem Sohn einer bürgerlich-jüdischen Familie und bekennenden Atheisten, eine selbstgewählte Heimat, Identifikationsfläche und zugleich einen ideellen Rückhalt für das ganze Leben. Aus dem Exil schrieb er 1946:

»Meine Heimat ist die Arbeiterbewegung – und meine geistige Heimat, sozusagen der Himmel über dieser kahlgewordenen Erde, ist der Sozialismus. (...) Ich habe diese Heimat auch erst gefunden, als ich schon 18 Jahre alt war. Aber seitdem bin ich ihr so treu geblieben, wie ich nur konnte«.¹

Vom Bürgersohn zum sozialistischen Kämpfer

Aufgewachsen in Stettin zog es den Kaufmannssohn zunächst 1920, mit knapp neun Jahren, zum Wanderbund »Kameraden«, der 1916 als liberaler und antizionistischer jüdischer Jugendbund gegründet wurde. Zehn Jahre gehörte er den »Kameraden« an, zwischen 1927 und 1929 auch als leitendes, obgleich unangepasstes und polarisierendes Mitglied. Die Kollektivierung des Einzelnen über Alltagspraktiken wie die Gruppenstunde oder das Zeltlager, innerhalb derer wesentliche Grundwerte in der Gemeinschaft vermittelt wurden, nahm einen enormen Einfluss auf das Selbstbild des jungen Fritz Lamm. Zugleich bot der Wanderbund einen Raum, um sich selbst aktiv und gestalterisch in die Gesellschaft einzubringen. Sein jüdischer Glaube, von dem er sich immer weiter distanzierte, während ihn Zeitgenossinnen und Zeitgenossen zunehmend hierüber identifizierten und diskriminierten, wurde sukzessive durch die Hinwendung zum Sozialismus und zur Arbeiterbewegung überlagert und verdrängt.

1 *Heinrich Schwing* (Hrsg.), *Habana – New York – Habana. Briefe aus Exilen. Fritz Lamm – Vera B.*, Stuttgart 1983, S. 38.

»Es war auch die Zeit, in der die ersten Zweifel an die alleinige Macht des jüdischen Gottes in mir aufkamen (...) und das erste Hintasten zur roten Bewegung. Eure Radikalität erschreckte mich noch – und der sie umgebende Mantel der Romantik machte mich mißtrauisch«, so schrieb Lamm 1976 an Max Fürst, der in den 1920er Jahren Gruppen und Personen für den »Schwarzen Haufen«, einer stärker politisierten Jugendbewegung, rekrutierte.² In den späten 1920er und 1930er Jahren schloss Lamm sich Gruppierungen mit explizit politischen Überzeugungen an, unter anderem dem »Bund entschiedener Schulreformer«, der »Deutschen Friedensgesellschaft«, der »Liga für Menschenrechte«, den »Naturfreunden« und der Jugendgruppe des »Freidenker-Verbandes«. Die sich bereits andeutende Entfernung von seiner bürgerlich-jüdischen Herkunft hin zum Sozialismus konkretisierte sich 1930: Er wurde unter anderem Mitglied in der »Sozialistischen Arbeiterjugend« (SAJ) und der »Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« (SPD), die ihn allerdings aufgrund einer Unvereinbarkeit mit seiner Mitgliedschaft in der »Deutschen Friedensgesellschaft« im August 1931 schon wieder ausschloss, trat dann in die radikalere »Sozialistische Arbeiterpartei« (SAP) und in den »Sozialistischen Jugend-Verband Deutschlands« (SJVD) ein. Fritz Lamm schuf sich so ein stabiles Netzwerk, in dem er sich mit Gleichgesinnten austauschen und aktiv wirken konnte – bis 1933.

Politische Zäsuren einer Biografie

1933 und 1945 waren für Lamm nicht nur politische Zäsuren, sondern auch biografische. Wie für viele andere blieb auch für ihn, der als Jude, Homosexueller und Sozialist gleich dreifach den NS-Verfolgungen ausgesetzt war, nur die Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Anpassung war zwar ohnehin nicht die Sache eines oppositionellen Charakters wie Fritz Lamm, die nationalsozialistische Machtübernahme im Januar 1933 brachte ihn allerdings in existentielle Gefahr: Schon nach dem Reichstagsbrand und der unmittelbar folgenden »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« wurde er in eine mehrtägige »Schutzhaft« genommen. Doch er versuchte weiterhin Widerstand

2 Fritz Lamm an Max Fürst vom 20.12.1976, zit. nach Michael Benz, *Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude Linksozialist Emigrant 1911–1977. Eine politische Biographie*, Essen 2007, S. 49. Zum Schwarzen Haufen beispielsweise Knut Bergbauer/Stefanie Schüler-Springorum, »Wir sind jung, die Welt ist offen«. Eine jüdische Jugendgruppe im 20. Jahrhundert, Berlin 2002.

gegen das neue Regime zu leisten. Nicht ohne Folgen: 1934 wurde er wegen der »Vorbereitung zum Hochverrat« durch die Herstellung und Verbreitung von illegalen Schriften verurteilt und blieb bis Oktober 1935 in Haft. 1936 verließ Lamm schließlich das Land – flüchtete zunächst in die Schweiz, von dort wurde er nach Österreich abgeschoben, gelangte in die Tschechoslowakei und blieb einige Zeit in Frankreich, wo er für die SAP tätig wurde. Wiederum wurde er inhaftiert und erst im März 1942, inmitten des Zweiten Weltkrieges, gelang ihm die Emigration nach Kuba. Das Exil rettete ihm das Leben und die temporäre Zersplitterung aller früheren Netzwerke, ja seines ganzen bisherigen Lebens, wurde zu einem immanenten Teil von Lamms biografischer Verortung:

»Wer wie ich, als Jude und politisch Verfolgter, in der Illegalität, im Gefängnis, im Lager und zweimal bei abenteuerlichen Fluchten solche kleinen Geschenke erhielt, der hat erfahren, daß es nicht das Brot, die Zigarette, das Stück Schokolade – selbst das illegale Flugblatt –, was alles so lebensnotwendig gebraucht und so gierig aufgenommen wurde – war, was uns gestärkt hat – [sic], sondern es war die Tat selbst, der Beweis, daß da jemand war, bereit, zu helfen, freundlich zu lächeln.«³

»Nichtkarriere« nach 1945

Fritz Lamm knüpfte bei seiner Rückkehr nach Deutschland 1948 erneut an das Netzwerk vor dem Exil an. Die Sehnsucht danach, das Gefühl der Vereinzelung, das zahlreiche Anhängerinnen und Anhänger der Arbeiterbewegung durch die Jahre des Nationalsozialismus schmerzlich erfahren mussten, zu überwinden, war immens. An diesem Punkt stellten die alten und neugegründeten Institutionen aus der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung ein enormes Integrationspotenzial her. Viele traten der SPD wieder bei, mit der sie vor 1933 oftmals gebrochen hatten. Dies war auch bei Fritz Lamm der Fall, der dennoch bereits 1963 wieder ausgeschlossen wurde, da seine Mitgliedschaft im »Sozialistischen Bund« als unvereinbar mit der Parteimitgliedschaft galt.

Die Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus trieben Lamm an, junge Menschen linkspolitisch zu schulen und aufzuklären – ob im Zeltlager oder in Gruppenstunden, auf der Straße oder in Vorträgen und Diskussionen. Die politisch-aufklärerische Arbeit mit dem Ziel politischer Erkenntnis und geistiger Reife wurde

³ Bezirksveranstaltung der Naturfreunde, Stuttgart 19.8.1974, zit. in: Aufstieg 45, 1977, H. 5, S. 16; Satzzeichen aus dem Original übernommen.

ihm ein zentrales Anliegen. Der Einfluss auf die »Gewerkschaftsjugend«, die »Naturfreunde(jugend)« oder die »Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« ist an vielen Stellen bis heute noch erkennbar. 1950 etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, sprach er gleich zwei Mal bei der Gruppe Stuttgart-Ost der »Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken« über Marxismus und Sozialismus. Dabei achtete Lamm darauf, diese komplexen Themen den jungen Zuhörerinnen und Zuhörern, 14 Mädchen und 28 Jungen, möglichst zielgruppengerecht zu vermitteln, wie ein Eintrag in das Gruppenbuch der Falkengruppe belegt:

»Fritz Lamm machte uns den Begriff Sozialismus etwa so klar. Sozialismus ist, wenn aller Reichtum allen Menschen zugeleitet wird. Wenn der Mensch für sich selbst arbeitet, arbeitet er gern. Fritz Lamm sprach unter anderem mit uns über die Begriffe Gut und Böse. Gut ist, was der Gesellschaft nützt, Böse ist, was ihr schadet. Wenn wir die Zustände verändern, in der der Mensch lebt, dann werden die Begriffe Gut und Böse ganz andere sein. Wenn wir den Sozialismus haben werden, und es uns gelungen ist, den Reichtum in alle Häuser zu leiten, dann gibt es kein Böse mehr. Das Schlusswort des Genossen Lamm war: Die Kirche fürchtet sehr den richtigen Sozialismus. Sozialismus ist nicht die letzte Gesellschaftsordnung, sondern die nach der Kapitalistischen.«⁴

Auch fand man Lamm unter anderem bei Aktionen der Anti-Atomtod-Bewegung oder der Ostermarschbewegung sowie in Kreisen des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS). Darüber hinaus schuf er sich in den 1950er Jahren über das Organ »Funken. Aussprache-Hefte radikaler Sozialisten« einen Ort der Verbreitung sozialistischer Ideen.⁵ Er publizierte hin und wieder auch in den Nürnberger Nachrichten oder der Frankfurter Rundschau.

Wichtiger als eine politische Karriere und all der Parteifunktions-Zauber war ihm seine klare sozialistische Haltung. In Stuttgart, seiner Wahlheimat nach 1945, war er bis zur Rente bei der Stuttgarter Zeitung angestellt, engagierte sich als Betriebsratsvorsitzender, aber auch seit 1969 als Referent für Kultur und Bildung des Bundesvorstandes der Naturfreunde. Nach höheren Funktionen strebte er nicht.

4 Gruppenbuch der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Ortsverband Stuttgart-Ost, Eintrag vom 23.3.1950, in: AAJB, SJD-W-StO 2.

5 Vgl. hierzu *Karljo Kreter*, Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift »Funken«. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986. In der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie findet sich die von Fritz Lamm herausgegebene Zeitschrift »Funken. Aussprache-Hefte radikaler Sozialisten«.

Seine »Nichtkarriere« erklärte Fritz Lamm 1969 lapidar mit dem Fehlen der »nötige[n] Portion persönlichen Ehrgeizes«. ⁶ In gewisser Weise entspricht der regionale Rückzug nach Stuttgart aber auch Lamms Understatement, Politik betreiben zu können, ohne in die großen Machtgefälle und bürokratische Ungetüme zu geraten, die politisches Handeln bisweilen mehr verunmöglichen als ermöglichen. Am 15. März 1977 verstarb Fritz Lamm an Herzversagen.

Resümee

Fritz Lamm war ein Sozialist der Tat. Er kritisierte den modernen Kapitalismus, forderte die klassenlose Gesellschaft, warb für Gerechtigkeit und Emanzipation und trug zu kritischem politischem Bewusstsein gerade der jüngeren Generation bei. Nicht wenige wurden von ihm in den 1950er und 1960er Jahren politisiert und fanden sich als Aktivistinnen und Aktivisten der Studierendenbewegung um 1968 wieder. Fritz Lamm kann so als ein transgenerationelles Bindeglied zwischen der sogenannten Alten Linken zur Neuen Linken verstanden werden. Und noch heute ist Fritz Lamm eine bedeutende Identifikationsfigur nicht nur, aber in besonderer Weise für die »Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« oder die »Naturfreunde«. Seine geistige Heimat fand der aus einem jüdischen Elternhaus stammende Lamm schon in jungen Jahren im Sozialismus – ihr blieb er verbunden bis zu seinem Lebensende. ⁷

Literatur

Benz, Michael, Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude Linksozialist Emigrant 1911–1977. Eine politische Biographie, Essen 2007.

Bergbauer, Knut/Stefanie Schüler-Springorum, »Wir sind jung, die Welt ist offen«. Eine jüdische Jugendgruppe im 20. Jahrhundert, Berlin 2002.

Kreter, Karljo, Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift »Funken«. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986.

O.A., Bezirksveranstaltung der Naturfreunde, Stuttgart 19.8.1974, zit. in: Aufstieg 45, 1977, H. 5, S. 16.

⁶ Fritz Lamm an Heinz Matthiesen vom 31.12.1969, zit. nach Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm, S. 12.

⁷ Der Nachlass von Fritz Lamm findet sich im Deutschen Exilarchiv in Frankfurt am Main, URL: <<https://d-nb.info/982293348>> [18.10.2022]; Signatur: EB 2002/005, Nachlassnr. 0171.

O.A., Gruppenbuch der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Ortsverband Stuttgart-Ost, Eintrag vom 23.3.1950, in: AAJB, SJD-W-StO 2.

Schwing, Heinrich (Hrsg.), Habana – New York – Habana. Briefe aus Exilen. Fritz Lamm – Vera B., Stuttgart 1983.

Siegfried Aufhäuser – Ein jüdischer Fabrikantensohn bewegt die Angestellten

Gunter Lange

In der Gewerkschaftsgeschichte dominiert die Arbeiterbewegung, die Angestelltenbewegung erscheint eher als ein Nischenaspekt. Angestelltenbewegung, freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Judentum in Deutschland, all dies verknüpft die Vita von Siegfried Aufhäuser (1884–1969). Der Antisemitismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat maßgeblich dazu beigetragen, ihn, einen jungen Handlungsgehilfen, zur Gewerkschaftsbewegung zu führen – ohne Standesdünkel. Sein Credo war über Jahrzehnte hinweg, dass die Arbeiterschaft und Angestellte die gleichen Interessen haben.

Zur Person

Als drittes Kind einer jüdischen Kleinfabrikantenfamilie wird Siegfried Aufhäuser am 1. Mai 1884 in Augsburg geboren. Im Hause des Spirituosenfabrikanten Hermann Aufhäuser wird koscher gekocht, aber der Familienpatriarch ignoriert oft den Sabbat. Er gilt in der Gemeinde dennoch als großzügiger Unterstützer eines Neubaus der Synagoge. Die Kinder gehen in die Volksschule, lernen Bibelgeschichte und Hebräisch in der Synagoge. Siegfried Aufhäuser absolviert anschließend eine Handlungsgehilfenlehre beim Münchner Textilgroßhändler Einhorn. Dort beklagt er ihm aufgetragene Hilfsarbeiten und eine mangelnde kaufmännische Ausbildung und tritt daher dem liberalen »Verein der deutschen Kaufleute« (VdDK) bei.

In der Angestelltenbewegung

In der Angestelltenbewegung, zersplittert in Dutzende von Berufsverbänden, dominieren seinerzeit eher liberale und konservative Orientierungen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts findet auch der 1893 als Teil der antisemitischen Bewegung gegründete »Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband« Zuspruch, der Juden ebenso wenig wie Frauen aufnimmt. Gegenseitige Konkurrenz am Arbeitsplatz

befördert bei weiten Teilen der Handlungsgehilfen Antisemitismus. Das bekommt auch Siegfried Aufhäuser zu spüren und entrüstet sich im Verbandsorgan des VdDK, der »Kaufmännischen Rundschau«, über antisemitische Hetze. Aus dieser Haltung entwickelt er in jungen Jahren sein politisches, kämpferisches Bewusstsein.

Er wechselt 1905 nach Berlin, verkauft Textilien beim Hoflieferanten Gerson am Werderschen Markt und wird Vorsitzender des VdDK in Berlin und schließt sich später der 1908 gegründeten liberalen »Demokratischen Vereinigung« um Rudolf Breitscheid an. Hier profiliert er sich als Wortführer der Angestelltenschaft, sieht sie – seinerzeit ungewöhnlich – an der Seite der Arbeiterschaft. Aufhäuser heiratet 1912 Anna Stein, die Tochter einer ebenfalls jüdischen Fabrikantenfamilie. Auch sie ist Handelsangestellte, dem gewerkschaftlichen »Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen« (ZdH) angeschlossen, und zudem SPD-Genossin.

Für Siegfried Aufhäuser kristallisiert sich mehr und mehr die gesellschaftliche Lage der Angestellten zu seinem politischen Handlungsfeld heraus. Zum Jahresbeginn 1913 heuert er als Gewerkschaftssekretär – damals sprach man von Gewerkschaftsbeamten – beim »Bund der technisch-industriellen Beamten« (Butib) an, 1904 als freigewerkschaftlicher Berufsverband gegründet. Sein besonderes Interesse gilt der Sozialpolitik, besonders der Sozialversicherung, denn sie ist nach sozialem Status scharf differenziert. Hier will er mehr Einigkeit erzielen.

Mit seinem Wirken für den Butib ist Aufhäuser zu einem tatkräftigen Gewerkschafter geworden, der sich 1917 der USPD angeschlossen hat. In den Revolutionstagen Ende 1918 steht er mitten im Geschehen, residiert als Angestelltenrat im Reichstag und tritt für Sozialismus und Räte Demokratie ein. Auch publiziert er im USPD-Blatt »Freiheit«. Er nähert sich 1919 jedoch der Vorstellung einer parlamentarischen Demokratie. Im März 1920 ruft er gemeinsam mit Carl Legien, dem Vorsitzenden des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds« (ADGB), zum Generalstreik gegen den Kapp-Putsch auf.

Gewerkschafter und Sozialpolitiker im Reichstag

Mit Beharrlichkeit bündelt Siegfried Aufhäuser zu Beginn der Weimarer Republik eine freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung, 17 Verbände mit mehr als

600.000 Mitgliedern, im »Allgemeinen freien Angestelltenbund« (AfA-Bund) und stellt ihn mit einem Organisationsvertrag 1921 an die Seite des ADGB. Er gilt als die Stimme der Angestellten, zieht 1921 für die Sozialdemokraten in den Reichstag, profiliert sich dort als Sozialpolitiker und beeinflusst die Gesetzgebung sowohl zur Arbeitslosenversicherung als auch zum Arbeitsgerichtsgesetz.

Gegen Ende der Weimarer Republik sieht sich Aufhäuser Anfeindungen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegenüber. Er ist ihnen verhasst als Gewerkschafter, Sozialdemokrat und Jude.¹ Zwar betrachtete er sich als nicht religiös, war 1929 gar aus der jüdischen Gemeinde in Berlin ausgetreten, doch sah er sich durchaus in der jüdischen Tradition seiner Familie.

Jüdische Angestellte und die Nationalsozialisten

Zwischen 1907 und 1933 stieg die Zahl der jüdischen Angestellten von rund 35.000 auf 84.000, vor allem im Handel durch mehr Erwerbstätigkeit von Frauen; etwa 56.000 arbeiteten im Handel, 18.000 in der Industrie. DHV und die nationalsozialistischen Betriebsorganisationen forderten bereits vor 1933 das Herausdrängen von Juden aus den Angestelltenberufen. Ab April 1933 wurden jüdische Angestellte vermehrt entlassen, sodass schon im Sommer 1933 nahezu 30 Prozent von ihnen arbeitslos waren.²

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 sieht Aufhäuser die parlamentarische Demokratie gefährdet, plädiert bei den Sozialdemokraten wie beim ADGB für einen Generalstreik, aber vergebens. Er ahnt, dass die NSDAP die Gewerkschaften zerschlagen werde und tritt Ende März 1933 als AfA-Vorsitzender zurück.³ Sein AfA-Bund löst sich Ende April auf und kommt der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch die Nazis zuvor.

1 Vgl. NSBO-Flugblatt, 1933, Bundesarchiv, M 11 64232.

2 Vgl. *Avraham Barkai*, Vom Boykott zur »Entjudung«, Frankfurt am Main 1988.

3 Der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart habe ihm dies mit der Begründung nahegelegt, als Sozialist und Jude sei er für die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr tragbar. Vgl. u. a. *Michael Prinz*, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, Oldenburg 1986; *Hannes Heer*, Burgenfriede oder Klassenkampf, Neuwied 1971.

Bemühungen um sozialistische Einheit im Exil

Siegfried Aufhäuser entkommt rechtzeitig. Als im April 1933 gewähltes Mitglied im SPD-Vorstand gehört er dem Exilvorstand der »Sopade« in Prag an. Er fordert dort eine kritische Aufarbeitung der SPD-Politik in der Weimarer Republik. Eine Debatte zur Unzeit, meint die Vorstandsmehrheit und schließt ihn 1935 aus.⁴ Die Einheit der Arbeiterbewegung ist ihm ein besonders wichtiges Anliegen. So sieht er sich an der Seite von Reformsozialisten, etwa der Gruppe »Neu Beginnen«, einer Reformbewegung um den ehemaligen und aus der KPD ausgeschlossenen Redakteur Walter Löwenheim. Zu »Neu Beginnen« zählten sich vor allem SPD-Genossen, die kritisch mit der rigorosen Ablehnung des SPD-Vorstandes zur KPD umgingen, eine Debatte, die vornehmlich in der Exil-SPD (»Sopade« und auch im amerikanischen Exil) geführt wurde.

Emigration und nationalsozialistischer Terror

Näher zum Judentum hat sich Siegfrieds Tochter Eva bewegt. Nach Kontakten zur jüdischen Alija-Bewegung geht sie 17-jährig im Juli 1934 nach Palästina in den Kibbuz Hasorea. Die Eltern besuchen sie 1937. Aus Siegfried Aufhäusers Sicht ist Palästina ein politisches Labor, in dem sozialistisch orientierte Einwanderer in einer kapitalistischen Umwelt einen Sektor mit kollektiven Betriebsformen aufgebaut haben. Die jüdische Arbeiterbewegung Palästinas könne schon eine »umfassende, praktisch kollektivwirtschaftliche Aufbauarbeit vorweisen«, schreibt er 1937. »Die große sozialistische Kleinarbeit, die hier geleistet wird, ist konstruktiv und damit von hohem Interesse für die gesamte sozialistische Bewegung, die sich nicht mehr darauf beschränken kann, als passiver Beobachter den Wandlungen des kapitalistischen Systems zuzuschauen, ohne selbst ökonomisch aktiv zu werden.«⁵

Auch die Familie Aufhäuser wird vom Antisemitismus im »Dritten Reich« nicht verschont: Siegfried Aufhäusers Bruder David, ein renommierter Chemiker, stand 1933 auf einer Vorschlagsliste zum Chemie-Nobelpreis. Doch die Nazis ließen

4 Vgl. Sopade-Rundschreiben vom 30.1.1935, Dokument 12, in: *Erich Matthias* (Hrsg.), *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*, Düsseldorf 1968.

5 Vgl. *Neue Weltbühne* vom 6.5.1937.

dessen Namen tilgen, er verliert 1934 seinen Lehrauftrag an der Universität Hamburg und emigriert mit seiner Familie 1938 in die USA. Der andere Bruder Albert bekommt 1937 die Nürnberger Rassengesetze zu spüren: Ein Angestellter seiner Spirituosenfabrik denunziert ihn wegen vermeintlicher Rassenschande und er muss zwei Jahre ins Gefängnis. Nach der Haft bleibt ihm nur der Verkauf der Firma unter Wert; er stirbt 1942 im KZ Theresienstadt.

Siegfried Aufhäuser und seiner Ehefrau gelingt die Flucht in die USA – genauer nach New York. Der Sozialist hat sich zuvor kaum vorstellen können, jemals in der Hauptstadt des Kapitalismus zu leben. Er zählt zu den Führungspersonlichkeiten der sozialdemokratisch orientierten »German Labor Delegation«. Beruflich betätigt er sich als Journalist, zunächst in der »Neuen Volkszeitung«, bis 1945 beim »Aufbau«, dann beim »New York Statesman & Herald«. Friedvolle Jahre im Exil sind es nicht. In der sozialdemokratischen Gemeinde findet der Richtungsstreit um die Gruppe »Neu Beginnen« eine Fortsetzung, und Aufhäuser sieht sich mittendrin. Die Arbeit beim »Aufbau«, der wohl bedeutendsten Exilzeitung deutscher Juden, bringt ihn ein Stück näher zum Judentum: Er thematisiert Antisemitismus in den USA,⁶ befasst sich publizistisch mit Palästina und beklagt, dass jüdische Angestellte zu den Verlierern der Umstellung von der Zivil- auf die Kriegswirtschaft zählen.⁷

Rückkehr nach Berlin und Wiederannäherung an das Judentum

Nach Kriegsende denkt er zunächst nicht an eine Rückkehr nach Deutschland. Den Ruf seines ehemaligen AfA-Kollegen Bernhard Göring, 1946 von der SPD zur SED konvertiert und hoher Funktionär des »Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes« (FDGB) in Ostberlin, weist er zurück,⁸ verfolgt skeptisch den Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf dem gewerkschaftlichen Parkett. Erst 1951 kehrt das Ehepaar Aufhäuser nach Deutschland zurück, der führende Gewerkschafter der Angestelltenbewegung findet jedoch eine veränderte Gewerkschaftslandschaft vor. Der DGB-Vorstand in Düsseldorf lässt ihn abblitzen. Anders der Vorstand der 1949 gegründeten »Deutschen Angestellten-Gewerkschaft«, die sich in Konkurrenz zum DGB befindet. Sie schickt ihn mit vagen Per-

⁶ Vgl. Aufbau vom 6. November 1942.

⁷ Vgl. ebd. vom 27. Februar 1942.

⁸ Vgl. Aufhäuser-Interview im Deutschlandfunk, 1.5.1967.

spektiven nach Berlin und er wird im Januar 1952 deren Landesvorsitzender. Dazu wird er im selben Jahr Mitglied des SPD-Landesvorstandes. Er mahnt die Partei, bei aller Distanz zu den Kommunisten, ihre Ziele, sozialistische Elemente in die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung einzubauen, nicht aufzugeben.⁹ Er zählt in der Folgezeit zu den wenigen Kräften, die den Spalt zwischen DGB und DAG überbrücken möchten, aber wenig Rückhalt finden. Aufhäuser zieht sich Anfang der 1960er Jahre aus der Politik zurück, publiziert aber unter dem Titel »Zeitalter der Angestellten« seine Sicht auf die Angestelltenbewegung und ihre Nähe zur Arbeiterbewegung.

Die Rückkehr nach Berlin ist verbunden mit einer Wiederannäherung an das Judentum: Die Feiertage werden zelebriert, das Ehepaar Aufhäuser sieht sich als Teil der auferstandenen jüdischen Gemeinde. Anteil daran dürfte Jeanette Wolff (1888–1976) haben, zeitweise stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und politische Weggefährtin Aufhäusers in der DAG und der SPD. In Wort und Schrift hatte sie die soziale Ethik des Judentums als Motiv für ihr Engagement genannt. Außerdem dürfte die Bindung zur Tochter in Israel die Rückbesinnung Siegfried Aufhäusers auf das Judentum befördert haben. Zur Hochzeit seines Neffen Werner Loyal reisen Aufhäusers 1956 nach Jerusalem. Es gibt ein herzliches Wiedersehen mit Fritz Naphtali und Gespräche mit politischen Größen Israels. Im Sommer 1969 besucht ihn seine Tochter Chawa Nicolai, er ist bereits schwer erkrankt und stirbt am 6. Dezember 1969 im Alter von 85 Jahren in Berlin. Er wird auf dem jüdischen Friedhof in Freiburg an der Seite seiner 1960 verstorbenen Ehefrau Anna beerdigt.

Aufhäusers Vermächtnis

Siegfried Aufhäusers Credo »Arbeiter und Angestellte haben ein gleiches Interesse« fand in den 1950er und 1960er Jahren bei ihm eine Fortsetzung. In politischen Grundsatzfragen versuchte er, mehr das Gemeinsame als das Trennende zwischen DAG und DGB herauszustellen. »Es ist keine Frage der DAG, es ist eine lebenswichtige Angelegenheit der Arbeiter und Angestellten, dass sie nach jahrelanger Spaltung und Zerreißung einen Weg finden und einen Weg finden müssen, um eine einheitliche Bewegung der Gewerkschaften in Deutschland herzustellen«,

9 Vgl. Ernst Reuter-Briefe, 1954.

gab er den Delegierten des 7. Gewerkschaftstages der DAG 1960 mit auf den Weg. Dieses Vermächtnis hat sich erst 2001 mit der Gründung der »Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft« (ver.di) unter Einschluss der DAG erfüllt.

Literatur

Barkai, Avraham, Vom Boykott zur »Entjudung«, Frankfurt am Main 1988.

Heer, Hannes, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied 1971.

Lange, Gunter, Siegfried Aufhäuser (1884–1969). Ein Leben für die Angestelltenbewegung, Berlin 2013.

Matthias, Erich (Hrsg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Düsseldorf 1968.

Prinz, Michael, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, Oldenburg 1986.

Jeanette Wolff – Mit »Bibel und Bebel« für Gerechtigkeit und Demokratie

Bernd Faulenbach

Jeanette Wolff ist eine ungewöhnliche Persönlichkeit der deutschen und der jüdischen Zeitgeschichte. Sie war exponierte Sozialdemokratin, gläubige Jüdin und nicht zuletzt emanzipierte Frau: Alle drei Komponenten hingen eng miteinander zusammen. Und ihr Leben spiegelt in besonderer Weise die jüdisch-deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Heinz Galinski sagte in seiner Trauerrede, dass sie in mehrfacher Hinsicht »zur Personifizierung des ewigen Dennoch« geworden sei, »das wie ein roter Faden die jüdische Geschichte durchzieht«.¹

Für Paul Spiegel gehörte Jeanette Wolff (1888–1976) zu den »beeindruckendsten jüdischen Frauen des 20. Jahrhunderts«.² Auch unter den jüdischen Menschen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung weist sie ein besonderes Profil auf. Sie war als Sozialdemokratin bewusst »religiöse Jüdin«, was sie nicht nur von der Mehrheit der religiös indifferenten Mitglieder ihrer Partei unterschied, sondern auch von den jüdischen Menschen in der Sozialdemokratie, die meist eher in Distanz zum religiösen Judentum lebten, teils zum Protestantismus konvertiert waren oder sich zum weltanschaulichen Atheismus bekannten.

Einzigartig ist ihre Biografie. In der Weimarer Zeit gehörte sie zu den Frauen, die sich kämpferisch für die Sozialdemokratie einsetzten, doch trat sie auch für jüdische Anliegen ein. Nach der NS-Machtübernahme wurde sie zuerst als Sozialdemokratin verfolgt, erlitt dann aber ein Schicksal als Jüdin. Es folgten Segregation und Deportation in den Osten, sie durchlitt Ghetto und Konzentrationslager mit ihren schrecklichen Erfahrungen und sie überlebte zusammen mit einer Tochter als

1 Rede von Heinz Galinski abgedruckt in: *Hans Lamm* (Hrsg.) unter Mitarbeit von *G. David Grossmann* und *Nora Walter*: *Jeanette Wolff. Mit Bibel und Bebel. Ein Gedenkbuch. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner*, Bonn 1980, S. 121–123, hier: S. 121.

2 *Paul Spiegel*, Geleitwort des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.) unter Mitarbeit von *Anja Wißmann*, »Habt den Mut zu menschlichem Tun«. Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002, S. 11–13, hier: S. 11.

einzigste aus ihrer Familie den Holocaust. Bemerkenswerterweise engagierte sich die Holocaustüberlebende nach dem Zweiten Weltkrieg erneut sowohl in der Sozialdemokratie als auch in der jüdischen Gemeinde, wurde SPD-Bundestagsabgeordnete, stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und entfaltete vielfältige Aktivitäten in Politik, Gesellschaft und jüdischer Gemeinschaft. Dass sie dies alles als Frau – sicherlich gegen manche Widerstände – schaffte, macht ihre Leistung mit aus, die umso schwerer erklärbar ist, als sie trotz des erfahrenen Leides bewältigt wurde.³

Herkunft und Privatleben

Jeanette Wolff wurde als älteste Tochter der jüdischen Eltern Isaac und Dina Cohen 1888 im westfälischen Bocholt am Niederrhein geboren. Der Vater, der als Lehrer wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie seit 1875 vom Schuldienst ausgeschlossen war, betrieb ein kleines Textilgeschäft. Schon bei ihm gingen politisches Engagement und religiöses Judentum mit Lebenspraxis nach den mosaischen Gesetzen zusammen. Zugleich lernte Jeanette schon im Umfeld des Elternhauses soziale Not unter den Textilarbeitern und ihrer Familien, insbesondere die ausweglose Lage der Frauen, kennen, eine Erfahrung, die für sie lebenslang ein wichtiger Impuls ihres politischen Engagements war: die konkrete Lage der Menschen zu verbessern.⁴

Jeanette erhielt zunächst Unterricht bei ihrem Vater, war eine gute Schülerin, absolvierte in Brüssel eine Ausbildung als Kindergärtnerin und trat hier 1905 der Sozialdemokratie bei (der belgische Sozialdemokrat Émile Vandervelde, Vorsitzender der Zweiten Internationale, blieb für sie ein Idol). Nach einer kurzen Ehe, in der sowohl ihr Kind als Säugling als auch bald darauf ihr Mann an Tuberkulose starben, heiratete sie in zweiter Ehe den wohlhabenden jüdischen Kaufmann Hermann Wolff, der mit seinem Bruder eine Textilfabrik betrieb, was ihn nicht hinderte, bei seiner Heirat SPD-Mitglied zu werden. Während des Ersten Weltkriegs, aus dem Hermann als Kriegsversehrter heimkehrte, führte die couragierte

3 Zur Biografie von Jeanette Wolff vgl. *Gunter Lange*, Jeanette Wolff. 1888 bis 1976. Eine Biographie, Bonn 1988; *Brigitte Seemann*, Jeanette Wolff. Politikerin und engagierte Demokratin (1888–1976), Opladen 2000.

4 Vgl. *Jeanette Wolff*, Autobiographische Skizzen (1888–1945), in: *Hans Lamm* (Hrsg.), Mit Bibel und Bebel, S. 9–67, hier: S. 11 ff.

Jeanette selbstständig die Geschäfte weiter – ungeachtet zweier kleiner Töchter, zu denen 1920 eine dritte hinzukam.

Politisches Engagement nach dem Ersten Weltkrieg

Nach der Novemberrevolution, die den Frauen, wie von der SPD schon lange gefordert, auf allen Ebenen das Wahlrecht brachte, begann sie – trotz familiärer ökonomischer Unabhängigkeit –, sich verstärkt in die Politik einzumischen: So wurde sie 1919 erste weibliche Stadtverordnete in Bocholt, gründete mit anderen zusammen im westlichen Münsterland die »Arbeiterwohlfahrt« (AWO) und befasste sich vor allem mit Wohlfahrtsfragen (wie der Armenfürsorge), einem Politikfeld, in dem sozialdemokratische Frauen bald eine große Rolle spielten. Auch an der Kinderfreundebewegung im Münsterland war sie beteiligt und arbeitete in der Erwachsenenbildung mit. Gleichzeitig aber wurde sie in den Vorstand des großen SPD-Bezirks Westliches Westfalen gewählt und avancierte rasch zu einer gefragten Rednerin, die sich auch umstrittenen Frauenfragen wie Familienplanung oder Empfängnisverhütung bewusst und doch behutsam widmete. Sie nahm an den Parteitag in Görlitz 1921, Berlin 1924, Heidelberg 1925 und Kiel 1927 wie auch an Reichsfrauenkonferenzen teil, ergriff dabei das Wort insbesondere zu Bildungsfragen, sprach dabei auch das Problem des Antisemitismus an.⁵ Gleichzeitig engagierte sie sich auch in jüdischen Angelegenheiten, etwa im »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« und setzte sich mit viel Mut und Zivilcourage vor 1933 kritisch mit dem Nationalsozialismus und seinen Führern in der Region auseinander, was sie zu einer Hassfigur der Nazis machte.

Verfolgung und Deportation

So wurde Jeanette Wolff schon am 5. März 1933 in sogenannte »Schutzhaft« genommen, aus der die Sozialdemokratin trotz aller Bedrohungen ungebrochen 1935 freikam. Ihre Familie, die während der Wirtschaftskrise in Bocholt nicht nur in ökonomische Schwierigkeiten kam, sondern auch unmittelbar attackiert worden war, wich zunächst nach Dinslaken aus und siedelte dann nach Dortmund über. Hier gründete sie nach ihrer Freilassung einen Mittags- und Abendtisch für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, während ihr Mann zunächst

5 Vgl. *Christine Eifert*, Die Generation Jeanette Wolff in der Sozialdemokratie der Weimarer Republik, in: *Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, S. 61–73.

als Versicherungsvertreter und dann als Tiefbauarbeiter den familiären Lebensunterhalt zu sichern versuchte. Am 9. November 1938 wurde die Wohnung der Wolffs in Dortmund verwüstet. Hermann Wolff wurde wie die anderen jüdischen Männer nach Sachsenhausen verschleppt, von wo er im Februar 1939 als schwer mitgenommener Mann zurückkam.

Es gelang der Familie nicht mehr zu emigrieren, sie wurde in ein Judenhaus eingewiesen und im Januar 1942 von Dortmund nach Riga deportiert. Die grauenhaften Erlebnisse der Familie hielt Jeanette Wolff in ihrer bereits 1946 publizierten Schrift »Sadismus oder Wahnsinn« fest: insbesondere ihre eigenen Erfahrungen auf dem Transport, im Ghetto in Riga, im KZ Kaiserwald bzw. einem Außenlager, dann im KZ Stutthof bei Danzig und in weiteren Lagern bis hin zur Befreiung aus dem Zuchthaus Koronowo durch die Sowjetarmee.⁶ Es handelt sich um einen der ersten Berichte von einer Shoahüberlebenden, in dem sie zu Recht hervorhob, dass die sprachlichen Mittel nicht ausreichten, um das Erlebte und Erlittene darzustellen. Für jeden Leser eine verstörende Lektüre, die das schreckliche Geschehen konkret erzählt, nicht nur von barbarischem Herrschafts- und Vernichtungswillen zeugt, sondern auch vom Überlebenswillen Jeanette Wolffs, der wohl in ihrem Glauben und in der Hoffnung auf eine andere Welt wurzelte, für die sie sich einsetzen wollte.⁷

Politische Arbeit in Berlin

In den Verfolgungsakten war Jeanette Wolff bis zuletzt nicht nur als Jüdin, sondern auch als Sozialdemokratin geführt worden. Zusammen mit ihrer Tochter Edith gelangte sie Anfang 1946 nach Berlin, wo sie sich sogleich wieder der Sozialdemokratie zur Verfügung stellte und auch begann, die jüdische Gemeinde zusammen mit anderen Vorstandsmitgliedern der Repräsentantenversammlung wieder aufzubauen. 1947 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, übernahm sie die Leitung wichtiger Ausschüsse wie den für Ernährung der Bevölke-

⁶ Vgl. *Jeanette Wolff*, *Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten*, Greiz 1947; wieder abgedruckt in: *Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, S. 101–134. Nachdruck jetzt auch durch das Stadtarchiv Dinslaken. Zu den Leiderfahrungen Jeanette Wolffs in der NS-Zeit ebd., S. 85–93.

⁷ Vgl. die Schlusspassage der Schrift »Sadismus oder Wahnsinn«.

rung in der zerstörten Stadt.⁸ Noch einmal wurde sie Opfer politischer Gewalt, als sie nach der Stadtverordnetenversammlung, in der es um die Einführung der D-Mark in den Westsektoren ging, von fanatisierten FDJ- und SED-Anhängern, begleitet von antisemitischen Schmähungen, heftig tätlich attackiert wurde und schwere Prellungen davontrug.⁹ Die Gegnerin der Zwangsvereinigung gehörte zu den scharfen Kritikerinnen des SED-Regimes, dem sie die Verfolgungen politischer Gegner in den Nachkriegslagern vorhielt. Sie bekämpfte fortan jede Diktatur.

Die in »keine Schablone passende« mutige Frau¹⁰ entfaltete trotz des von ihr erlittenen ungeheuren Leids mit dem Verlust fast der ganzen Familie unermüdlich vielfältige Aktivitäten. Insbesondere setzte sie sich für Menschen in Not ein. Zugleich nahm sie wichtige zeitaufwändige Mandate wahr. Anfangs Stadtverordnete, war sie in den Jahren 1952 bis 1961 Berliner Abgeordnete im Deutschen Bundestag. In besonderer Weise setzte sie sich für Wiedergutmachungsleistungen an NS-Opfer ein und kritisierte vehement die Diskrepanz zwischen Leistungen für die Opfer und für NS-Belastete bzw. -Mitläufer, etwa die 131er-Gesetzgebung, durch die unter anderem hohe Offiziere und leitende Beamte des »Dritten Reichs« wieder in ihre alten Rechte eingesetzt wurden, wie generell den Umgang mit den Eliten der NS-Zeit. Sie kämpfte leidenschaftlich für das Entschädigungsgesetz in der ersten und um seine Novellierung in der zweiten Legislaturperiode.¹¹ Scharf reagierte die eloquente Abgeordnete auf alle Tendenzen einer Renazifizierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Die Aufklärung über den Nationalsozialismus in den Schulen und in der breiteren Öffentlichkeit betrachtete sie daher als wichtige persönliche Aufgabe.

8 Zum Nachkriegsengagement von Jeanette Wolff vgl. *Ludger Heid*, »Ein guter Jude sein, heißt ein guter Staatsbürger sein«. Die soziale Demokratinnen Jeanette Wolff in der deutschen Politik 1945–1976, in: *Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, S. 137–165; *Anja Wißmann*, »Habt den Mut zu menschlichem Tun«. Jeanette Wolffs gesellschaftspolitisches Anliegen im Nachkriegsdeutschland, in: ebd., S. 185–213.

9 Vgl. dazu Bericht von Rainer Wagner über das Geschehen am 23.6.1948, in: *Lamm* (Hrsg.), Mit Bibel und Bebel, S. 71–75.

10 So Herbert Wehner in: »Dank durch Gedenken«. Vorwort zu *Lamm* (Hrsg.), Mit Bibel und Bebel, S. 7 f., hier: S. 8.

11 Jeanette Wolff nahm zu diesen Fragen in Plenarreden am 24. Juni 1953 (Entschädigung für NS-Opfer), am 28. Mai 1954 (über NS-Verfolgte und 131er) sowie am 22. Juni 1955 (zu Wiedergutmachungsfragen und Generalspensionen) Stellung. Ausschnitte aus den Bundestagsreden in: *Lamm* (Hrsg.), Mit Bibel und Bebel, S. 82 f., S. 86–90 und S. 90–94.

Ein Leben für Judentum und Sozialdemokratie

Zugleich aber war ihr der Wiederaufbau der jüdischen Gemeinde in Berlin und in Westdeutschland wichtig. Zeitweilig war sie Vorsitzende der jüdischen Repräsentantenversammlung in Berlin, in besonderer Weise lag ihr die Gründung und Arbeit des »Jüdischen Frauenbundes« am Herzen. Eines ihrer Anliegen war die Wiederherstellung des jüdischen Familienlebens mit der besonderen Rolle der jüdischen Frau.¹² Sie wurde in den Zentralrat der Juden gewählt und amtierte hier von 1965 bis 1975 als stellvertretende Vorsitzende. Im Übrigen hatte sie die »Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit« mitgegründet, war lange Zeit stellvertretende und dann auch Vorsitzende des jüdischen Teils der Gesellschaft. Ihr jüdischer Glaube war sicherlich mit Weltoffenheit verbunden, bot ihr jedoch auch Heimat und Halt.

Sie blieb eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens bis ins hohe Alter. Vielfach für ihr Engagement ausgezeichnet, war sie in den letzten Jahren noch stellvertretende Vorsitzende des Seniorenrates der SPD. Zugleich aber war sie Teil der jüdischen Gemeinschaft. Als sie 1976 starb, wurde sie gar als »Mutter der jüdischen Gemeinschaft« betrauert. Bei der Trauerfeier sprachen Rabbiner Manfred Lubliner, Heinz Galinski als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Berlin, Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) sowie Ella Borowsky für die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.¹³

Die Verbindung von Sozialdemokratie und jüdischer Kultur machte die Identität Jeanette Wolffs aus, die ihre entscheidende Prägung durch das Durchleben und Überleben des Holocaust erhielt.

Bemerkenswert sind die Hinweise, die sie zu ihrem Verständnis von Sozialdemokratie und jüdischer Religion und Kultur gegeben hat. Sie sah beide nicht als Gegensatz, sondern durch eine verwandte Ethik geprägt, für die die Idee der Gleichheit eine zentrale Rolle spielt. Gleichheit vor Gott, die sie in der »Gottesebenbild-

12 Vgl. Lange, Jeanette Wolff, S. 16; vgl. zum Verständnis der jüdischen Religion von Jeanette Wolff *Andreas Nachama*, Jeanette Wolffs Arbeit in der jüdischen Gemeinde zu Berlin und im Zentralrat der Juden in Deutschland, in: *Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, S. 215–223.

13 Vgl. Lamm (Hrsg.), *Mit Bibel und Bebel*, S. 126 f.; *Anja Wißmann*, »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, S. 207 f.

lichkeit« aller Menschen begründet sah,¹⁴ bedeutete für sie im Hinblick auf die Gesellschaft die Aufgabe der Realisierung von Gerechtigkeit und Engagement für sozial Schwächere und Verfolgte entsprechend den Sozialgeboten der Thora. Der soziale Grundzug war für sie ein konstitutives Moment der jüdischen Religion. Sie fasste dabei das Judentum als eine Diesseitsreligion auf, in der die Menschen ethische Normen als Gottes Wille zu realisieren haben. Heinz Galinski meinte in seiner Trauerrede für Jeanette Wolff: »In Jeanette Wolff fand die Symbiose von Judentum und Sozialismus eine beispielgebende Personifizierung.«¹⁵ »Mit Bibel und Bebel« lautet der Titel eines Gedenkbuches für Jeanette Wolff, die einen besonderen Platz in der jüdischen und der sozialdemokratischen Erinnerungskultur in Deutschland verdient: Als mutige, unbeugsame, tatkräftige Frau, die Diktatur und Vernichtungswillen trotzte und wohl niemals die Hoffnung auf Demokratie und Menschlichkeit aufgab, ist sie eine herausragende Gestalt deutsch-jüdischer Geschichte.

Literatur

Eifert, Christine, Die Generation Jeanette Wolff in der Sozialdemokratie der Weimarer Republik, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002, S. 61–73.

Faulenbach, Bernd (Hrsg.) unter Mitarbeit von Anja Wißmann, »Habt den Mut zu menschlichem Tun«. Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002.

Heid, Ludger, »Ein guter Jude sein, heißt ein guter Staatsbürger sein«. Die soziale Demokratin Jeanette Wolff in der deutschen Politik 1945–1976, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002, S. 137–165.

Lamm, Hans (Hrsg.) unter Mitarbeit von G. David Großmann und Nora Walter, Jeanette Wolff. Mit Bibel und Bebel. Ein Gedenkbuch, Bonn 1980.

Lange, Gunter, Jeanette Wolff. 1888 bis 1976. Eine Biographie, Bonn 1988.

14 *Lange*, Jeanette Wolff, S. 16; vgl. *Nachama*, Jeanette Wolffs Arbeit in der jüdischen Gemeinde, S. 215–223.

15 Heinz Galinski in seiner Rede bei der Trauerfeier, in: *Lamm* (Hrsg.), Mit Bibel und Bebel, S. 121–123, Zit. S. 122.

Nachama, Andreas, Jeanette Wolffs Arbeit in der jüdischen Gemeinde zu Berlin und im Zentralrat der Juden in Deutschland, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002, S. 215–223.

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin (Hrsg.), Jeanette Wolff 1888–1976. Jüdin, sozialdemokratische Politikerin und Holocaust-Überlebende, Berlin 2020.

Seemann, Birgit, Jeanette Wolff. Politikerin und engagierte Demokratin (1888–1976), Opladen 2000.

Wißmann, Anja, »Habt den Mut zu menschlichem Tun«. Jeanette Wolffs gesellschaftspolitisches Anliegen im Nachkriegsdeutschland, in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002, S. 185–213.

Wolff, Jeanette, Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in den deutschen Konzentrationslagern im Osten, Greiz 1947; wieder abgedruckt in: *Bernd Faulenbach* (Hrsg.), »Habt den Mut zu menschlichem Tun«, Die Jüdin und Demokratin Jeanette Wolff in ihrer Zeit (1888–1976), Essen 2002, S. 101–134.

Toni Sender – Jüdin, Gewerkschafterin und Sozialdemokratin

Gisela Notz

»Nach den Septemberwahlen begann die deutsche Tragödie«, schrieb Toni Sender in ihrer Autobiografie.¹ Nach der Wahl vom 14. September 1930 war die NSDAP unerwartet als zweitstärkste Kraft in den Reichstag eingezogen. Toni Sender war zwischen 1920 und 1933 Reichstagsabgeordnete. Mit dem Anstieg der Mandate der Nazis, die auch Senders Reichstagsreden und die Reden in ihrem Wahlkreis zu stören begannen, wurde die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion immer schwieriger. Auf Toni Sender hatten sie es besonders abgesehen, denn sie war Frau, Jüdin und Sozialdemokratin. Nachdem sie erfahren hatte, dass ihr Name auf einer Todesliste stand, verließ sie am 5. März 1933 Deutschland und flüchtete über verschiedene Zwischenstationen ins amerikanische Exil, wo sie ihre politische Arbeit fortsetzte.

Kindheit und Emanzipation vom Elternhaus

Sidonie Zippora Sender (1888–1964), genannt Toni, stammte aus einer wohlhabenden orthodox-jüdischen Familie aus Biebrich am Rhein. Ihr Vater Moses Sender, zu Beginn des 20. Jahrhunderts Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Biebrich, verlangte von den Kindern strengste Disziplin und absoluten Gehorsam. Das missfiel ihr, sie wollte weg von Biebrich und sich von ihrem Elternhaus lösen. Bereits als Dreizehnjährige brach sie die jüdische Töcherschule ab, verließ ihr Elternhaus, ging nach Frankfurt am Main und besuchte dort die Handelsschule für Mädchen. Es war ihr erster Schritt zur Emanzipation, weitere sollten folgen. »Wenn ich mich angepasst hätte, wäre ich in einem warmen, freundlichen Haushalt in Biebrich geborgen gewesen. Aber besser allein in die Irre gehen als immer geführt, beschützt und herumkommandiert zu werden«,² schrieb sie später. Sie wollte so bald wie möglich ökonomisch und damit auch geistig unabhängig und in ihrer

1 Toni Sender, Autobiographie einer deutschen Rebellin, Frankfurt am Main 1981, S. 248.

2 Ebd., S. 29.

Lebensführung ihr »eigener Herr« sein. Bereits vor Vollendung ihrer schulischen Ausbildung arbeitete sie seit 1903 im Büro einer Maklerfirma. In ihrer Freizeit besuchte sie Kulturveranstaltungen, politische Vorträge, Weiterbildungskurse und traf sich mit Gleichaltrigen, um zu lesen und zu diskutieren. Die Gruppe trat der Gewerkschaft bei und besuchte Versammlungen aller politischen Parteien. »Wir wollen nicht zur Klasse der Müßiggänger, zur Bourgeoisie gehören, deshalb müssen wir unsere aktive Solidarität mit der Arbeiterschaft demonstrieren«, erinnerte sie sich später.³ Dafür gingen sie und ihre Freunde das Risiko ein, ihre Arbeitsstellen zu verlieren.

Trotz ihrer starken Sympathien für die Arbeiterbewegung litt sie unter einem Gefühl der Unvollkommenheit. Sie suchte nach Idealen, für die sie ihre Kräfte einsetzen konnte, weigerte sich aber, den Glauben hierfür zu akzeptieren. Deshalb spielte Religion für sie damals eine geringe Rolle. Sie wollte die Wahrheit um der Wahrheit Willen suchen, deshalb bezeichnete sie sich als »Dissidentin«, wie auch die zahlreichen sozialistischen Frauen, die mit der christlichen Kirche gebrochen hatten. Als »Dissidentin« wurde sie später auch in den Reichstagshandbüchern aufgeführt. Erst im fortgeschrittenen Alter setzte sie sich mit der orthodox-jüdischen Gedankenwelt auseinander, aus der sie entstammte. Sie näherte sich der jüdischen Religion wieder an und wurde Mitglied einer jüdischen Gemeinde in ihrem letzten Wohnort in New York City.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts scheiterte zunächst die Aufnahme des Studiums der Nationalökonomie, weil ihr Vater die damals noch notwendige Zustimmung verweigerte. 1906 trat sie dem »Zentralverein der Bureauangestellten« bei. Durch sozialistische Lektüre und Vorträge von August Bebel, Jean Jaurès und James Keir Hardie wurde sie selbst überzeugte Sozialistin und trat 1910 der SPD bei.⁴ Im selben Jahr ging sie für eine Frankfurter Metallhandelsfirma nach Paris und schloss sich der »Französischen Sozialistischen Partei« an. Dort engagierte sie sich unter anderem für soziale Gerechtigkeit und eine starke Gewerkschaftsbewegung. Die umfassende Gleichstellung von Frau und Mann war ihr ein besonders wichtiges Anliegen. Das implizierte auch das Miteinbeziehen von Frauen in die Forderung

³ Ebd., S. 41.

⁴ Vgl. *Gisela Notz*, Toni Sender, in: *dies.* (Hrsg.), *Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte*, Neu-Ulm 2020, S. 218 ff.

nach einem allgemeinen Wahlrecht. Nicht zuletzt setzte sie sich auch für Frieden ein. Sie dachte, der drohende Krieg könne durch den internationalen Zusammenhalt der Arbeiterschaft Europas verhindert werden.⁵

Der Erste Weltkrieg wurde nicht aufgehalten

Nach Auslösung des Ersten Weltkriegs wurde sie aus Frankreich ausgewiesen. Sie kehrte 1914 über die Schweiz nach Frankfurt am Main zurück, wurde in der Antikriegsbewegung aktiv, engagierte sich in der innerparteilichen Opposition, intensivierte ihre Kontakte zu den Metallarbeitern und organisierte berufstätige Frauen gegen den Krieg.⁶ Sie konnte es nicht ertragen, dass ihre neu gewonnenen französischen Freunde »den Bomben und Granaten ausgesetzt sein würden, die [ihre] Landsleute auf sie niederfegen lassen würden«.⁷ 1915 nahm sie in Bern am ersten »Internationalen Sozialistischen Frauenkongress gegen den Krieg« teil. Den Text des dort verfassten Manifests schmuggelte sie selbst über die Grenze, sodass dieser anschließend als Flugblatt in den Frankfurter Industrievierteln verteilt werden konnte. Leider hatte sie keinen Erfolg damit, in Deutschland Frauen gegen den Krieg zu mobilisieren.⁸

Durch ihre aktive Rolle in der innerparteilichen Opposition der Kriegsgegner wurde Toni Sender in Polizeiberichten bald als »stadtbekannte Agitatorin« aufgeführt.⁹ Als Kritikerin des kriegspolitischen Kurses der Sozialdemokratischen Partei und deren Zustimmung zu den Kriegskrediten war sie im April 1917 Mitbegründerin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Während der Novemberrevolution 1918/19 wurde sie Mitglied und Generalsekretärin der Exekutive des von der USPD organisierten Arbeiter- und Soldatenrates in Frankfurt am Main und bekannte sich offen zum Räte-System. Eines ihrer zentralen Anliegen war die Integration von Frauen in die bestehende Arbeiterräte-

5 Vgl. *Margot Brunner*, 100 Jahre Tony Sender. Ausstellung vom 29.11.1988 bis 28.2.1989 in Wiesbaden-Biebrich, Wiesbaden 1996, S. 7.

6 Vgl. *Brigitte Kassel*, Toni Sender, in: *Siegfried Mielke* (Hrsg.), *Gewerkschafterinnen im NS-Staat*, Bd. 2, Berlin 2022, S. 460–483, hier: S. 464.

7 *Sender*, *Autobiographie*, S. 67.

8 Vgl. *Frauke Geyken*, Toni Sender (1888, Biebrich – 1964, New York) – Journalistin, Revolutionärin und Parlamentarierin, in: *Dorothee Linnemann* (Hrsg.), *Damenwahl! – 100 Jahre Frauenwahlrecht*, Frankfurt am Main 2019, S. 170–171.

9 *Axel Ulrich*, Kämpferin gegen Hitler und Stalin. Toni Sender zum 110. Geburtstag, in: *Informationen der SPD*. AVS-Informationsdienst 9, 1998, H. 5, S. 12–14, hier: S. 13.

bewegung. Die von ihr vorgeschlagene Quotierung entsprechend dem Anteil der Frauen an der Anzahl der Beschäftigten konnte sie jedoch nicht durchsetzen.

1919 bekam sie ein Amt als Stadtverordnete und wurde Chefredakteurin der USPD-Tageszeitung »Volksrecht«. Von 1920 bis 1933 war sie zudem Redakteurin der »Betriebsrätezeitschrift für die Metallindustrie«. Schließlich war Toni Sender von 1920 bis 1933 – zunächst für die USPD und ab 1922 für die SPD – Abgeordnete im Deutschen Reichstag, wo sie ihre Kenntnisse vor allem in den Ausschüssen für Außen- und Wirtschaftspolitik einbrachte. 1922 wurde sie zudem Mitglied des zentralen SPD-Parteiausschusses und gründete ein Jahr später das »Internationale Sozialistische Frauenkomitee« in Hamburg mit. Ab 1927 bekam sie die Herausgeberschaft der SPD-Illustrierten »Frauenwelt« übertragen. Mitte der 1920er Jahre verlegte sie ihren Lebensmittelpunkt nach Berlin. Dort unterzog sie sich 1927 der Begabtenprüfung zur Universitätszulassung und begann ein fünfsemestriges Volkswirtschaftsstudium, das sie wegen einer Tuberkuloseerkrankung, die sie in Davos in der Schweiz ausheilen musste, abbrechen musste.

Flucht vor den Nationalsozialisten und Exil in den USA

Seit den Septemberwahlen 1930 hatten die Reichstagsabgeordneten der SPD mit den Nationalsozialisten zu kämpfen. »Unser Leben glich immer mehr einem Tollhaus«, schrieb Toni Sender in ihrer Autobiografie.¹⁰ Ihre Reichstagsreden und die öffentlichen Versammlungen in ihrem Wahlkreis wurden massiv gestört und bedroht. Ihre Fenster wurden mit Steinen beworfen.¹¹ Sie wurde nicht nur als Sozialistin und bekennende Antifaschistin beschimpft, sondern auch wegen ihrer »Rasenzugehörigkeit« als Jüdin, als »Nicht-Arierin«. Als Vertreterin des linken Flügels der SPD plädierte sie 1932 für einen Generalstreik, um den drohenden Faschismus abzuwehren.¹²

Am 5. März 1933 musste sie wegen offener Morddrohungen der Nazis aus Deutschland fliehen. Die beherzte Frau eines Arbeiterfreundes half ihr bei der Flucht in die Tschechoslowakei. Von dort gelangte sie nach Belgien, wo sie bis 1935 als Journalistin für die »Volksgazet«, eine sozialdemokratische Tageszeitung, beschäftigt

¹⁰ Sender, Autobiographie, S. 257.

¹¹ Vgl. ebd., S. 260.

¹² Vgl. Dieter Schneider, Der Arbeiterschaft die volle Herrschaft über die Arbeit, in: ders. (Hrsg.), Sie waren die ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1988, S. 251–268, hier: S. 267.

war. Mit ihren Veröffentlichungen schaltete sie sich in die politischen Debatten des Exils ein; auch in die Auseinandersetzungen um die Bildung einer Volksfront. Sie wurde als Journalistin und Vortragsrednerin im Widerstand aktiv und arbeitete eng mit der dortigen 50-köpfigen Exilgruppe des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« zusammen. Im März 1934 teilte man ihr mit, dass sie aus Deutschland ausgebürgert sei. Als sie 1935 eine Einladung zu einer Vortragsreise durch die USA erhielt, entschied sie sich, dort zu bleiben.

In den USA arbeitete sie zunächst journalistisch, engagierte sich nun auch in jüdischen Organisationen und in der Flüchtlingshilfe. 1938/39 setzte sie an der New Yorker »New School for Social Research« ihr 1927 in Berlin begonnenes Studium der Ökonomie fort. 1941 holte man sie als Direktorin zum »Office of Strategic Services«, einem Nachrichtendienst des Kriegsministeriums der Vereinigten Staaten. Als sie 1943 die amerikanische Staatsbürgerschaft annahm, stand fest, dass sie in den USA bleiben werde. Schon 1939 hatte sie bezweifelt, je wieder nach Deutschland zurückzukehren. »Zu viele Menschen haben zugeschaut, als die Niedertracht herrschte«.¹³ Auch ihre Schwestern und ihr Bruder konnten sich mit ihren Familien ins Ausland retten, überlebten und kehrten nicht nach Deutschland zurück.¹⁴

1944 wurde Sender als Wirtschaftsexpertin in der Zentraleuropaabteilung der »United Nations Relief and Rehabilitation Administration« (UNRRA) tätig, die Hilfsmaßnahmen in den vom Krieg betroffenen Ländern leisten sollte. Im selben Jahr wurde sie ebenfalls Mitglied in der »Kommission für die Rechtsstellung der Frau« sowie ab 1947 in der »Menschenrechtskommission« der UNO. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges vertrat sie den amerikanischen Gewerkschaftsdachverband, die »American Federation of Labor« (AFL), und den »Internationalen Bund Freier Gewerkschaften« bei den Vereinten Nationen. Auch wirkte sie an der Formulierung der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« mit.¹⁵

¹³ Sender, Autobiographie, S. 279.

¹⁴ Vgl. Hanna Eckardt, »Nichts halb zu tun ist edler Geister Art...«, in: Evelyn Brockhoff/Ursula Kern (Hrsg.), Frankfurter Frauengeschichte(n), Frankfurt am Main 2017, S.162–174, hier: S. 170.

¹⁵ Vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie (Hrsg.), Ein Leben für Freiheit und Gerechtigkeit – die Widerstandskämpferin Tony Sender, in: Demokratiegeschichten.de vom 26.6.2019, URL: <www.demokratiegeschichten.de/ein-leben-fuer-freiheit-und-gerechtigkeit-die-widerstandskaempferin-tony-sender%EF%BB%BF/> [2.11.2022].

Bereits 1939 veröffentlichte sie in New York ihre Autobiografie, die 1981 unter dem Titel »Autobiografie einer deutschen Rebellin« in Deutschland erschien. Große amerikanische Blätter hatten 1939 darüber berichtet, nicht zuletzt, da sie im Zusammenhang mit ihrer Widerstandstätigkeit gegen den Nationalsozialismus zu sehen ist. Toni Sender war eine Rebellin, ihr Leben lang. Früh erkämpfte sie ihre Autonomie gegenüber dem bürgerlichen Elternhaus, sie eroberte sich ihren Platz innerhalb der Arbeiterbewegung, kämpfte gegen den Ersten Weltkrieg, gegen die Nazis und emanzipierte sich schließlich auch von der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in der sie für sich keinen Platz sah. Ihr Anliegen war es stets, nicht nur ihre eigene Unabhängigkeit zu bewahren, sondern auch Frauen, die Arbeiterschaft und Jugendliche zu ermutigen, sich von Unterdrückung und Diskriminierung zu befreien.

1956 musste Toni Sender wegen einer Parkinson-Erkrankung ihre Ämter und ihre Berufstätigkeit aufgeben. Ab 1960 kam sie nicht mehr ohne ständige Betreuung aus. Gestützt auf ihre Betreuerin Liselotte Ehntholt nahm sie dennoch an vielen UNO-Sitzungen teil. Dass ihr das Sprechen zunehmend schwerfiel, machte ihr sehr zu schaffen. Sie, die einst die Massen mit ihren Reden begeisterte, stellte sich die Frage: »Ich hatte ein erfülltes Leben, und was ist jetzt aus mir geworden?«¹⁶

Toni Sender starb am 26. Juni 1964 in New York City im jüdischen Beth Israel Hospital nach einem Schlaganfall und wurde nach orthodox-jüdischem Ritus auf dem Beth Israel Friedhof in Woodbridge, New Jersey bestattet.

Literatur

Brunner, Margot, 100 Jahre Tony Sender. Ausstellung vom 29.11.1988 bis 28.2.1989 in Wiesbaden-Biebrich, Wiesbaden, 1996.

Eckardt, Hanna, »Nichts halb zu tun ist edler Geister Art...«, in: *Evelyn Brockhoff/Ursula Kern* (Hrsg.), *Frankfurter Frauengeschichte(n)*, Frankfurt am Main 2017, S. 162–174.

Geyken, Frauke, Tony Sender (1888, Biebrich – 1964, New York) – Journalistin, Revolutionärin und Parlamentarierin, in: *Dorothee Linnemann* (Hrsg.), *Damenwahl! – 100 Jahre Frauenwahlrecht*, Frankfurt am Main 2019, S. 170–171.

16 Zit. nach *Anette Hild-Berg*, *Toni Sender. Ein Leben im Namen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit*, Köln 1994, S. 321.

Hild-Berg, Annette, Toni Sender (1888–1964). Ein Leben im Namen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, Köln 1994.

Kassel, Brigitte, Toni Sender, in: *Siegfried Mielke* (Hrsg.), Gewerkschafterinnen im NS-Staat, Bd. 2, Berlin 2020, S. 460–483.

Notz, Gisela, Toni Sender – Kämpferin für Menschenrechte, Antifaschismus und Sozialismus, in: *dies.* (Hrsg.), Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte, Neu-Ulm 2020, 218–219.

Schneider, Dieter, Der Arbeiterschaft die volle Herrschaft über die Arbeit, in: *ders.* (Hrsg.), Sie waren die ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1988, S. 251–268.

Ulrich, Axel, Kämpferin gegen Hitler und Stalin. Toni Sender zum 110. Geburtstag, in: Informationen der SPD. AVS-Informationsdienst 9, 1998, H. 5, S. 12–14.

Antisemitismus im antifaschistischen Arbeiterstaat

Julius Übermeyer

»Die DDR (...) hat von ihrer ersten Stunde an immer mit einer Lüge gelebt. Sie erfand sich eine Geschichte, die nie stattgefunden hatte – ihre Ahnherren seien die deutschen Antifaschisten. (...) Von zehntausend Antifaschisten, die es in Nazideutschland gegeben haben mag, lebten allein acht Millionen in der DDR«.¹

Der Gründungsmythos der DDR

So beschrieb der jüdische Schriftsteller und DDR-Dissident Jurek Becker in einem 1994 in der »Zeit« erschienen Artikel den Gründungsmythos des antifaschistischen Staates. Die SED-Führung sah die Schuld an den durch die Nationalsozialisten verübten Gräueltaten nicht beim deutschen Volk.² Sie folgte dabei bis zum Ende ihres Bestehens der Faschismusdefinition des Generalsekretärs der Komintern Georgi Dimitroff von 1933,³ welche den Faschismus als »offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« beschrieb.⁴ Bürgerliche Demokratie auf der einen Seite und Faschismus auf der anderen sind demnach zwei verschiedene Ausprägungen des Kapitalismus. Ist das kapitalistische System in einer bürgerlichen Demokratie bedroht, etwa durch eine Revolution oder Finanzkrise, installiere eine kleine Elite, die sogenannten »Finanzkapitalisten« ein faschistisches Marionettenregime, dessen oberstes Ziel es sei, die Arbeiterklasse zu unterdrücken.⁵

In dieser Definition stecken zwei Annahmen, die von der SED-Führung genutzt wurden, um ihre antikosmopolitische und antizionistische Kampagne theoretisch zu legitimieren und sich der Wiedergutmachung an den Jüdinnen und Juden zu

1 Jurek Becker, Mein Vater, die Deutschen und ich, in: Die Zeit, Nr. 21 vom 20.5.1994.

2 Vgl. Walter Ulbricht, Die Legende vom »Deutschen Sozialismus«, Ostberlin 1946, S. 89.

3 Vgl. Thomas Haury, Der Marxismus-Leninismus und der Antisemitismus, in: Andreas H. Apelt/Maria Hufenreuter (Hrsg.), Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016, S. 11–33, hier: S. 27.

4 O.A., Protokoll des XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933, Moskau-Leningrad 1934, S. 277.

5 Vgl. Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse und Faschismus, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Texte zur Faschismusdiskussion I. Positionen und Kontroversen, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 57–62.

verweigern: Zum einen ist es die Annahme, dass der Faschismus von einer kleinen Elite installiert wurde und die damit einhergehende Entlastung des deutschen Volkes. Zum anderen steckt darin die Annahme, dass nicht etwa die Jüdinnen und Juden das Hauptopfer des deutschen Faschismus waren, sondern die Arbeiterklasse.

Die Frage nach der Schuld des deutschen Volkes

Während die Bundesrepublik ab 1952 Wiedergutmachungen zahlte und damit zumindest materiell-symbolisch Verantwortung für die Gräueltaten der nationalsozialistischen Diktatur übernahm, ging es der DDR-Führung in erster Linie darum, diese Verantwortung abzustreiten. Als ein Staat, der von Antifaschisten aufgebaut worden sei, als das *andere* und *wahre* Deutschland, wollte die DDR allein aus ideologischen Gründen schon keine Wiedergutmachung leisten.⁶ Um die Aporie zwischen der Schuld am Mord von sechs Millionen Menschen und dem Bedürfnis, sich mit dem »Volk« zu identifizieren, aufzulösen, betrieb die SED sekundären Antisemitismus und sprach das (ost)deutsche Volk bzw. die Arbeiterklasse im Sinne der Dimitroff-These von jeglicher Schuld frei. Dass die DDR nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun habe, wurde zum staatsoffiziösen Dogma.⁷

Sekundärer Antisemitismus lässt sich als »Judenhass nicht trotz, sondern wegen Auschwitz« zusammenfassen.⁸ Jüdinnen und Juden wird vorgeworfen, dass sie mit der Erinnerung an die Shoah die Identifikation mit dem nationalen Kollektiv unmöglich machen. Dies führt im Ergebnis zur Relativierung der Shoah bis hin zu ihrer Leugnung.⁹ Die SED leugnete die Mitwirkung des deutschen Volkes am Aufstieg Hitlers nicht nur, sondern betrieb darüber hinaus in zweifacher Hinsicht eine Täter-Opfer-Umkehr. Erstens wurde im Sinne des sogenannten Schuldabwehrantisemitismus ständig nach vermeintlichen jüdischen Untaten und Verbrechen gesucht. Auch diese Untaten konnte die SED wieder durch Dimitroffs

6 Vgl. Walter Ulbricht, Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in: *ders.*, Reden und Aufsätze, Hamburg 1968, S. 27–40, hier: S. 39 f.

7 Vgl. Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 426.

8 Philipp Gessler, Sekundärer Antisemitismus. Argumentationsmuster im rechtsextremen Antisemitismus, in: bpb.de vom 21.11.2006, URL: <www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37962/sekundaerer-antisemitismus/> [2.11.2022].

9 Vgl. Haury, Antisemitismus von links, S. 41.

Faschismustheorie konstruieren. Denn durch die Annahme, dass nicht das Volk, sondern lediglich eine kleine Elite von »Finanzkapitalisten« den Faschismus installiert hätten, gerieten auch Jüdinnen und Juden durch die Verknüpfung mit dem Kapitalismus in die Täterrolle.¹⁰ Nicht etwa das deutsche Volk, sondern Kapitalisten – und unter ihnen auch Jüdinnen und Juden – seien schuld am Aufstieg des Faschismus, so die Logik der SED.

Außerdem wurde das Verlangen nach Wiedergutmachung »als ungerechtfertigt, als Ausdruck von Geldgier, ewiger Rachsucht oder generellen Hasses auf alles Deutsche abgewehrt«.¹¹ Die (ost)deutsche Bevölkerung wird somit als Opfer jüdischer bzw. zionistischer Angriffe dargestellt.

Jüdinnen und Juden als »Opfer zweiter Klasse«

Für Ulbricht und seine Getreuen waren sie selbst, die Kommunisten, die Hauptopfer des Faschismus. Analysiert man den unter anderem von Ulbricht und Pieck verfassten Gründungsauftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, fällt auf, dass die Verbrechen des Hitlerregimes von der Annexion Österreichs, über die Eroberung fremder Länder, die Bombardierung Englands bis hin zum Überfall auf die Sowjetunion genau aufgezählt wurden. Sogar die Menschenvernichtung in den Gaskammern wurde thematisiert.¹² Jüdinnen und Juden als Opfergruppe wurden jedoch dezidiert nicht genannt. Mit dieser Nicht-Nennung wurde nicht nur Wiedergutmachungsforderungen frühzeitig entgegengetreten, sondern die Shoah relativiert. Die Auslassung ist dabei kein einmaliges Versehen von Ulbricht, sondern zieht sich durch all seine Reden.¹³

Der theoretische Hintergrund dieser Haltung ist erneut in Dimitroffs Faschismusdefinition zu finden. Diese besagt nicht nur, dass das »deutsche Volk« schuldlos am Aufstieg des Faschismus gewesen sei, sondern geht ferner davon aus, dass das

10 Vgl. *ders.*, *Der Marxismus-Leninismus und der Antisemitismus*, S. 26.

11 Ebd.

12 Vgl. *Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945*, URL: <www.1000dokumente.de/pdf/dok_0009_ant_de.pdf> [16.2.2021].

13 Vgl. *Ulbricht*, *Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung*; *ders.*, *Die Niederlage Hitlerdeutschlands ist die Rettung für das deutsche Volk*, in: *ders.*, *Reden und Aufsätze*, Hamburg 1968, S. 20–24.

Hauptziel des Faschismus die Arbeiterklasse gewesen sei.¹⁴ Der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden spielte für die Moskauer KPD-Kader, im Gegensatz zu manchen Westemigranten der KPD wie beispielsweise Paul Merker, nur eine zweitrangige Rolle. Dies hängt unter anderem mit der Übernahme der sowjetischen Politik zusammen, die Jüdinnen und Juden nicht als Nation anerkannte und im Antisemitismus nur ein Ablenkungs- und Spaltungsinstrument auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft sah.¹⁵

In der DDR wurden Jüdinnen und Juden daher als »Opfer zweiter Klasse« eingestuft. Sie traten damit hinter politisch Verfolgte zurück, die staatlich anerkannte »Kämpfer gegen den Faschismus« waren und durch diesen Titel mehr Vergünstigungen und materielle Hilfen vom »Ausschuss für Opfer des Faschismus« (OdF) erhielten.¹⁶ Die Erduldungen der Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus wurden damit herabgewürdigt und geleast.

Durch die rein ökonomische Betrachtungsweise des Faschismus und dessen Ausbildung der gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Rassenideologie betrieb die SED eine Täter-Opfer-Umkehr, die als sekundärer Antisemitismus bezeichnet werden muss. Zudem wird durch die Annahme, Faschismus sei nur eine Form des Kapitalismus, der Shoah ihr singulärer Charakter aberkannt. Die SED ging davon aus, dass ein ähnliches Verbrechen jederzeit wieder in einem kapitalistischen Land begangen werden kann. Die Schuld der Deutschen wurde somit auf den Kapitalismus an sich übertragen.¹⁷ Die DDR verwehrte aus diesen Gründen bis zum Ende ihres Bestehens jegliche Rückerstattungs- oder Wiedergutmachungsleistungen an Jüdinnen und Juden. Mit der Einführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung und der Enteignung der Kapitalisten sahen Ulbricht und seine Anhänger die Ursachen für Faschismus und Antisemitismus als behoben an. Mit der deutschen Vergangenheit hatte man folglich nichts mehr zu tun und war daher auch nicht dazu verpflichtet, Wiedergutmachung zu leisten.¹⁸

14 Vgl. Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Forschung*, Darmstadt 1989, S. 21–29.

15 Vgl. Haury, *Antisemitismus von links*, S. 298.

16 Vgl. ebd., S. 308.

17 Vgl. ebd., S. 377 f.

18 Vgl. ders., *Der Marxismus-Leninismus und der Antisemitismus*, S. 27.

Die Ursachen für Antisemitismus in dem vermeintlich antifaschistischen Staat liegen sowohl in den ideologischen Schnittstellen zwischen Kommunismus und Antisemitismus als auch in der rein ökonomischen Betrachtungsweise des Faschismus. Mit der jüngsten deutschen Geschichte versuchte die Partei zu brechen und lehnte es ab, Wiedergutmachungszahlungen an Jüdinnen und Juden zu leisten, um nicht zum Rechtsnachfolger des faschistischen Deutschlands zu werden.¹⁹ Ulbricht und die SED-Führung haben dabei jedoch billigend in Kauf genommen, dass sie durch ihren im Gewand des Antizionismus und Shoah-Relativismus getarnten Judenhass in dieser Hinsicht der ideologische Nachfolger des NS-Regimes wurden.

Ideologische Affinität zwischen Kommunismus und Antisemitismus

Doch geht dieser Judenhass von Einzelpersonen wie Stalin oder Ulbricht aus oder ist er dem Kommunismus inhärent? Das kommunistische Weltbild ist grundsätzlich ein manichäisches, die Welt ist in zwei sich gegenüberstehende Gruppen geteilt, in Gut und Böse. Anders als im völkischen Nationalismus, in dem das eigene »gute« Volk dem anderen »bösen« Volk entgegensteht, kann im Marxismus-Leninismus das andere Volk nicht dieses Feindbild einnehmen. Schließlich versteht sich der Kommunismus als internationalistische Bewegung und beruft sich auf alle Völker der Erde.²⁰ Nicht ohne Grund heißt es im Kommunistischen Manifest: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«²¹ Die zentrale binäre Trennlinie innerhalb der manichäischen Weltanschauung des Kommunismus verläuft somit nicht zwischen verschiedenen Völkern, sondern innerhalb eines Volkes entlang sozial konstruierter Klassen. Auf der einen Seite steht das werktätige bzw. schaffende Volk und auf der Gegenseite die raffenden Kapitalisten.²² Durch diese Unterteilung entsteht ein dem Kommunismus eigener Nationalismus, »der einen gefährlichen ›Volksfeind‹ konstruiert, welcher sowohl von außen als auch von innen

19 Vgl. Jochen Staadt, Die SED-Geschichtspolitik und ihre Folgen im Alltag, in: Andreas H. Apelt/Maria Hufenreuter (Hrsg.), Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016, S. 99–138, hier: S. 103.

20 Vgl. Haury, Antisemitismus von links, S. 440 f.

21 Friedrich Engels/Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Kapital und Politik, Frankfurt am Main 2013, S. 90.

22 Vgl. Haury, Antisemitismus von links, S. 440 f.

bedroht und der sowohl sozial als auch national als fremd und nicht dazugehörig definiert wird«.²³

Diese Rolle der Volksfeinde nahmen auch im Kommunismus die Juden ein. Während Karl Marx in seinem frühen Werk »Zur Judenfrage« Juden noch als »Scharcherer« bezeichnete und Geld ihren Gott nannte,²⁴ wandelten sich diese Bezeichnungen im Laufe der Zeit und spätestens nach der Shoah wurde aus dem Scharcherer der »zionistische Monopolkapitalist« oder »Kosmopolit«.²⁵ Die antizionistische Form des Antisemitismus argumentiert nicht rassisch und spricht nicht einmal explizit Jüdinnen und Juden an. So ist es sogar möglich, die »werk-tätigen Juden« als gut zu klassifizieren und gleichzeitig gegen »Zionisten« vorzu-gehen. Der Antizionismus ist – wie auch andere Ausprägungen des Antisemitis-mus – ein Antisemitismus ohne Jüdinnen und Juden.²⁶ Die von außen geschaffe-ne vermeintliche Gefahr dient in der marxistisch-leninistischen Ideologie dazu, um nach innen ein homogenes Kollektiv unter kommunistischer Führung zu konstruieren und damit letztlich die Legitimierung und Sicherung der Herrschaft der kommunistischen Parteien zu gewährleisten.²⁷ Die Schuld an selbst produzierten Problemen konnte durch die ständige Entlarvung feindlicher Agenten auf diese projiziert werden.²⁸ Der Vorwurf des Kosmopolitismus wurde im Folgen-den als Machtmittel genutzt, um die Parteilinie intern durchzusetzen und jede Abweichung zu eliminieren. Besonders innerhalb der Kampagne gegen Kosmo-politen tritt die ideologische Affinität zwischen Kommunismus und Antisemitis-mus deutlich hervor.²⁹

23 Ders., Der Marxismus-Leninismus und der Antisemitismus, S. 16.

24 Karl Marx, Zur Judenfrage, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA), erste Abtei-lung, Werke, Artikel, Entwürfe, Bd. II, Ostberlin 1982, S. 141–170, hier: S. 164.

25 Haury, Antisemitismus von links, S. 442.

26 Vgl. ebd., S. 463.

27 Vgl. ebd., S. 429.

28 Vgl. ebd., S. 461.

29 Vgl. ders., »Finanzkapital oder Nation«. Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5, 1996, H. 1, S. 148–171, hier: S. 161.

Literatur

Aufwurf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945, URL: <www.1000dokumente.de/pdf/dok_0009_ant_de.pdf> [16.2.2021].

Becker, Jurek, Mein Vater, die Deutschen und ich, in: *Die Zeit*, Nr. 21 vom 20.5.1994.

Dimitroff, Georgi, Arbeiterklasse und Faschismus, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), *Texte zur Faschismuskritik I. Positionen und Kontroversen*, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 57–62.

Engels, Friedrich/Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, in: *Karl Marx, Kapital und Politik*, Frankfurt am Main 2013, S. 61–90.

Gessler, Philipp, Sekundärer Antisemitismus. Argumentationsmuster im rechtsextremen Antisemitismus, in: bpb.de vom 21.11.2006, URL: <www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/37962/sekundaerer-antisemitismus/> [2.11.2022].

Haury, Thomas, »Finanzkapital oder Nation«. Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 5, 1996, H. 1, S. 148–171.

Haury, Thomas, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

Haury, Thomas, Der Marxismus-Leninismus und der Antisemitismus, in: Andreas H. Apelt/Maria Hufenreuter (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR und die Folgen*, Halle 2016, S. 11–33.

Marx, Karl, Zur Judenfrage, in: *Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA), erste Abteilung. Werke, Artikel, Entwürfe*, Bd. II, Ostberlin 1982, S. 141–170

O.A., Protokoll des XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933, Moskau-Leningrad 1934.

Staad, Jochen, Die SED-Geschichtspolitik und ihre Folgen im Alltag, in: Andreas H. Apelt/Maria Hufenreuter (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR und die Folgen*, Halle 2016, S. 99–138.

Ulbricht, Walter, Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in: *ders., Reden und Aufsätze*, Hamburg 1968, S. 27–40.

Ulbricht, Walter, Die Legende vom »Deutschen Sozialismus«, Ostberlin 1946.

Ulbricht, Walter, Die Niederlage Hitlerdeutschlands ist die Rettung für das deutsche Volk, in: *ders., Reden und Aufsätze*, Hamburg 1968, S. 20–24.

Wippermann, Wolfgang, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Forschung, Darmstadt 1989.

5. Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Frank Ahland ist promovierter Historiker und Archivar der Kreisstadt Unna.

Riccardo Altieri ist Historiker und Leiter des Johanna-Stahl-Zentrums für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken. Er hat in Würzburg Geschichte und Germanistik studiert und anschließend in Potsdam bei Mario Keßler und Frank Jacob promoviert. Thema seiner Dissertation war eine Doppelbiografie über Rosi Wolfstein und Paul Frölich.

Peter Beule ist seit 2018 Referent für die Geschichte der Sozialen Demokratie im Referat »Public History« des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach seinem Studium der Politischen Wissenschaft, der Neueren Geschichte und der Musikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonner Institut für Geschichtswissenschaft sowie im Archiv der sozialen Demokratie. Seine an der Universität Bonn angesiedelte Dissertation ist 2019 unter dem Titel »Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren« (Droste Verlag, Düsseldorf 2019) erschienen.

Stefan Braun lebt in Duisburg und ist Geschichts- und Religionslehrer an einer Gesamtschule. Er beschäftigt sich vor allem mit der transnationalen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes.

Maria Daldrup leitet seit 2019 das Archiv der Arbeiterjugendbewegung. Sie studierte Geschichte, Fachjournalistik, Soziologie und Germanistik an der Universität Gießen. Nach einem Volontariat im Verlag Westfälisches Dampfboot in Münster arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt »Bevölkerungsfragen« an der Universität Oldenburg sowie im DFG-Projekt »Erschließung und Digitalisierung des Fotografen-Nachlasses Julius Groß« im Archiv der deutschen Jugendbewegung. Danach war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachjournalistik Geschichte an der Universität Gießen. Seit 2013 ist sie als

Lehrbeauftragte und freiberufliche Historikerin tätig, unter anderem beim Deutschen Jugendherbergswerk.

Christian Dietrich ist Privatdozent an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina und akademischer Mitarbeiter am Axel Springer-Lehrstuhl für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte, Exil und Migration.

Bernd Faulenbach ist Historiker an der Ruhr-Universität Bochum, bis 2007 stellvertretender Leiter des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation und seit 1993 Honorarprofessor im Bereich der Zeitgeschichte; zahlreiche Publikationen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, vielfältige Funktionen im Grenzbereich von Wissenschaft und Politik, insbesondere auch in Einrichtungen der Erinnerungskultur.

David Hamann promovierte 2021 an der Freien Universität Berlin in Neuerer/neuester deutscher Geschichte mit der Arbeit: Ein Ticket von Brody über Berlin nach New York. Die organisierte Solidarität deutscher Juden für osteuropäische jüdische TransmigrantInnen im Krisenjahr 1881/82. Seine Forschungsschwerpunkte sind neuere und neueste deutsche und deutsch-jüdische Geschichte, jüdische Migrationsgeschichte und Wissenschaftsgeschichte. Seit 2010 leitet er als freiberuflicher Historiker die Firma Recherche-Dienste (www.recherche-dienste.de).

Jacob Hirsch studierte Politikwissenschaften und Germanistik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Redakteurstätigkeit unter anderem für das Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, INDES und Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Dazu ist er ehrenamtlich im Bereich der Erinnerungskultur beschäftigt.

Ralf Hoffrogge ist Historiker mit Schwerpunkten auf Gewerkschaftsgeschichte, Wirtschaftsdemokratie und Geschichte der Arbeiterbewegungen, tätig an der Ruhr-Universität Bochum und am Leibniz-Institut für Zeithistorische Forschung Potsdam. Jüngste Veröffentlichungen: Die Arbeiter und die Anderen? Arbeiterbewegung, Nation und Migration, Schwerpunkt der Zeitschrift »Arbeit – Bewegung – Geschichte«, Nr. I/2021, Metropol, Berlin 2021 sowie Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution, Karl Dietz Verlag, Berlin 2018.

Frank Jacob lehrt Globalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Nord Universität, Bodø in Norwegen. Nach dem Studium der Geschichte und Japanologie in Würzburg und Osaka bis 2010 und der Promotion in Erlangen 2012 folgten Anstellungen an der Universität Würzburg sowie der City University of New York. Jacobs Forschungsschwerpunkte umfassen die vergleichende Revolutionsforschung, Revolutionstheorie, Anarchismus und Militärgeschichte.

Gunter Lange, Berufsausbildung in der Sozialversicherung, gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit, längere Zeit in der Gewerkschaftspublizistik tätig. Er studierte Publizistik in Berlin und ist als freier Autor unter anderem für die Frankfurter Rundschau, Vorwärts, Süddeutsche Zeitung und den Deutschlandfunk tätig. Er verfasste diverse Biografien, darunter über Jeanette Wolff, Otto Suhr, Ernst Schellenberg und Siegfried Aufhäuser; zuletzt: Der Nahschuss – Leben und Hinrichtung des Stasi-Offiziers Werner Teske.

Kristina Meyer ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin. Zuvor war sie viele Jahre wissenschaftliche Geschäftsführerin des »Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Promoviert wurde sie mit einer Arbeit über »Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990« (Wallstein Verlag, Göttingen 2015). Seit 2019 ist sie Ko-Sprecherin des Geschichtsforums beim SPD-Parteivorstand.

Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin und Historikerin. Bis 2007 war sie wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und lehrte an verschiedenen Universitäten.

Julius Övermeyer studiert Zeitgeschichte in Potsdam. Derzeit beschäftigt er sich im Rahmen seines Masterstudiums mit Antisemitismus in postkolonialen Theorien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen der Antisemitismus im Nachkriegsdeutschland und die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Ursula Reuter hat in Heidelberg, New York und Köln Geschichte und Jüdische Studien studiert. 2002 hat sie ihre Dissertation über die politische Biografie von Paul Singer abgeschlossen. Nach Stationen unter anderem im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und im S. L. Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität

Duisburg-Essen leitet sie seit 2018 die Germania Judaica – Kölner Bibliothek zur Geschichte des Deutschen Judentums e. V.

Uwe Roßbach ist seit 1998 Geschäftsführer von »Arbeit und Leben Thüringen«. Er ist Sozialwissenschaftler und beschäftigt sich mit Arbeits-, Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie der Theoriegeschichte der Arbeiterbewegung.

Yuval Rubovitch studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Hebrew University in Jerusalem. Seine Masterarbeit verfasste er über die deutsche Sozialdemokratie und den Zionismus vor dem Ersten Weltkrieg. Er wurde von der Israelischen Akademie der Wissenschaften mit dem Jacob-Talmon-Preis für Masterstudenten ausgezeichnet. Promoviert wurde er in Halle mit einer Arbeit über Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität. Darüber hinaus war er Lehrbeauftragter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Augustana-Hochschule Neuendettelsau.

Jürgen Schmidt leitet seit Juli 2021 das Karl-Marx-Haus in Trier. Zuvor arbeitete er unter anderem am Wissenschaftszentrum Berlin und an der Humboldt-Universität zu Berlin im Kolleg »Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive«. Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung.

Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er ist Redaktionsmitglied der »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft« (spw) und Mitherausgeber der Zeitschrift »Kritische Justiz« (KJ). Veröffentlichungen unter anderem zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Rechts- und Verfassungstheorie.

Judy Slivi ist Soziologin und seit 2016 in der politischen Bildung bei »Arbeit und Leben Thüringen« tätig. Ihre Projekte umfassen historisch-politische Bildung (Konzeption und Organisation von Ausstellungen), aber auch Integrationsarbeit und Jugendbildung.

Abraham de Wolf ist Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten Software, Urheberrecht und Arbeitsrecht. Er ist Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Außerdem ist er Vorsitzender von »Torat Ha-Kalkala, Verein zur Förderung der angewandten jüdischen Wirtschafts- und Sozialethik e.V.« in Frankfurt am Main.